



WERTEUNION

„Wir wählen die Freiheit!“

Grundsatz- programm



Leitidee

Die WerteUnion setzt sich für ein rechtsstaatliches und demokratisches Deutschland ein, das von der Menschenwürde und der Freiheit seiner Bürger ausgeht. Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheit seiner Bürger in der Gesellschaft und ein friedvolles Miteinander in der Staatengemeinschaft zu fördern. Das Fundament lebendiger Demokratie bildet für uns die christliche und humanistische Tradition.

Wer wir sind und wofür wir stehen

Die WerteUnion ist eine freiheitliche konservative Partei. Sie will die Werte, die Deutschland stark gemacht haben, wieder mit Leben erfüllen. Wir stehen zu unserer Heimat und ihren Traditionen. Dabei geht es nicht um ein Zurückfallen in eine verlorene Vergangenheit, sondern darum, dass wir mit christlichen und freiheitlichen Werten als unsere Werkzeuge die Probleme von heute und von morgen lösen. Diese Werte wurzeln in der geistigen Tradition von Christentum, Humanismus sowie Aufklärung, welche den Menschen als grundsätzlich der Wahrheit und dem Guten verpflichtet verstehen. Seine Anlage zu Selbstbildung und Kreativität sowie zugleich zu ethischer Verantwortung und sozialem Verhalten gilt es im Rahmen des Rechtsstaats zur Freiheit zu entfalten, nicht aber sie zu blockieren, zu steuern oder zu instrumentalisieren. Die WerteUnion sieht in der geistigen Freiheit der Bürger den Nährboden einer funktionsfähigen Demokratie. Sie will daher die vollumfängliche Realisierung von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Wir lehnen politische Ideologien sowie jede Art der Indoktrination oder Bevormundung durch Weltanschauungen entschieden ab.

Die WerteUnion setzt sich für ein rechtsstaatliches und demokratisches Deutschland ein, in dem sich der Staat aus dem Leben der Bürger weitgehend heraushält, weil nicht der Staat, sondern die Bürger grundsätzlich frei entscheiden sollen, wie sie leben, wie sie ihre Kinder erziehen, wie sie arbeiten und wirtschaften wollen. Uns ist die Freiheit des Einzelnen wichtig. Der Staat hat die Sicherheit der Bürger zu garantieren und so ihre individuelle Freiheit zu schützen.

Wir stehen für eine realistische, an den Interessen der Bürger ausgerichtete und ausgewogene Politik, die Einseitigkeiten und Extreme vermeidet. Wir verstehen uns als Anwalt der Bürger und wollen den Staat zum Wohle der Menschen gestalten. Deshalb lehnen wir parteipolitisches Taktieren ab und werden eine Politik betreiben, die Probleme löst und Zukunft sinnvoll gestaltet. Wir streben einen respektvollen Politikstil an. Wir kennen keine politischen Brandmauern.

Die Gewaltenteilung und der Rechtsstaat müssen gestärkt werden. Die Amtszeit des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten ist zu begrenzen. Wir wollen, dass Menschen mit Berufserfahrung Verantwortung übernehmen und nicht reine Berufspolitiker. Fachliche Kompetenz und nicht Quoten sollen über die Besetzung von Positionen entscheiden.

Inhaltsverzeichnis

Leitidee.....	1
1. Verfassung, Recht und Entideologisierung	3-6
2. Medien und Meinungsfreiheit	7-10
3. Bürgerliche Werte und Familie	11-13
4. Migration und Staatsangehörigkeit	14-19
5. Innere Sicherheit	20-24
6. Soziale Marktwirtschaft, Wirtschafts- und Sozialpolitik	25-30
7. Finanz- und Steuerpolitik	31-33
8. Energie- und Umweltpolitik	34-37
9. Land- und Forstwirtschaft, Ernährungssicherheit	38-44
10. Wissenschaft und Forschung.....	45-46
11. Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege	47-54
12. Bildung, Handwerk und Hochschulwesen.....	55-57
13. Mobilitätspolitik.....	58-62
14. Europa- und Außenpolitik.....	63-66
15. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Bundeswehr	67-69
16. Digitalisierung.....	70-77
17. Kulturpolitik.....	78-80



1. Verfassung, Recht und Entideologisierung

Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat

Die Erosion von Rechtsstaatlichkeit und freiheitlicher Demokratie ist die größte Gefahr für unsere Gesellschaft. Gründe hierfür sind zu sehen zum Beispiel in einer zunehmenden Schwächung des Parlaments, einer fortschreitenden Ideologisierung und Politisierung der gesamten Gesellschaft mit ihren verschiedenen Institutionen u.a. durch politisch gesteuerte Auswahl von „Experten“, Komitees, Ethikräten und anderen Gremien sowie in Maßnahmen zur Steuerung der Meinungsbildung (Demokratieförderungsgesetz, Maßnahmen gegen sog. Desinformation). Dies führt dazu, dass abweichende Meinungen unterdrückt und öffentliche Kontroversen behindert werden. Als demokratisch gilt nur noch das, was der Durchsetzung der jeweiligen Ideologie dient. Das trägt zur Spaltung der Gesellschaft und zur Missachtung von Grund- und Menschenrechten bei.

Die WerteUnion wird sich für eine tatsächliche Wiederherstellung der grundlegenden Funktionen des Parlaments als Volksvertretung sowie der Gewaltentrennung einsetzen und Elemente der direkten Demokratie einführen. Die staatsleitenden Diskussionen sollten nicht an Organe und in Kommissionen ausgelagert werden, sondern müssen im Plenum des Parlaments geführt werden. Der Parteieinfluss auf Verwaltung und Rechtsprechung muss reduziert und transparent gemacht werden. Die Gewissensentscheidung eines Parlamentariers ist zu stärken und das persönliche Abstimmungsverhalten der Abgeordneten ist in der Regel öffentlich zu machen. Das Gewicht des einzelnen Volksvertreters sollte durch eine erneute Wahlrechtsreform mit einer stärkeren Personalisierung erhöht werden.

Wir wollen den Einfluss von Ideologien zurückdrängen, die die Neutralität des Staates bedrohen und die freiheitliche Gesellschaft totalitär unterwandern. Es geht uns darum, die parlamentarische Demokratie wiederherzustellen und unsere Freiheitsrechte effektiv zu schützen. Der Rechtsstaat, in dem das Recht und nicht eine Ideologie herrscht, muss gewährleistet und dort, wo das Recht verdrängt wurde, muss das Recht wieder in Kraft gesetzt werden.

Qualität des Rechts und Bürokratieabbau

Der Rechtsstaat ist nur so gut wie das Recht, auf dem er beruht und das er hervorbringt. Recht kann nur herrschen, wenn es durchdacht und gut gemacht ist. Unsere Gesetze aber sind – auf allen Ebenen und verstärkt durch wechselseitige Überlagerungen – über die Jahre und Jahrzehnte immer zahlreicher, umfangreicher, unübersichtlicher und teilweise sogar in sich widersprüchlich geworden. Diese Qualitätsmängel verursachen, von der Politik notorisch unterschätzt oder kleingeredet, erhebliche Rechtsunsicherheit bis hin zu systemischen Verwerfungen, wie wir sie beispielsweise im Asyl- und Ausländerrecht oder auch im Datenschutzrecht erleben.



Die hohe Quantität an Gesetzen sowie ihre mangelnde Qualität sind zusammen mit einer unangemessenen Ausweitung eines staatlichen Interventionismus und seiner Regelungsbereiche eine wesentliche Ursache für eine scheinbar kaum mehr kontrollierbare Bürokratie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens und der Verwaltung, die von der Wirtschaft völlig zurecht und immer lauter als eines der drängendsten Probleme für den Standort Deutschland und Europa beschrieben wird. Eine zentrale Rolle spielt bei der Ausweitung von Gesetzen und Bürokratie die Europäische Union. Die WerteUnion will daher eine umfassende Revision insbesondere der Unzahl in den letzten Jahrzehnten entstandener neuer Gesetze unter Beteiligung von Rechtswissenschaftlern und Praktikern erreichen. Sie wird sich für eine Reform der Gesetzgebungsprozesse und allgemein für eine qualitätsorientierte Rechtspolitik auf nationaler und auf europäischer Ebene einsetzen. Der Einfluss von Interessensgruppen auf die Gesetzgebung muss begrenzt werden und darf nur transparent und in einem sachlich wie rechtlich adäquaten Rahmen erfolgen.

Die WerteUnion wendet sich entschieden gegen eine Überfrachtung des Grundgesetzes mit Regelungsgegenständen, die nicht selten aus eher machtpolitischen bzw. ideologischen Gründen dem normalen Gesetzgebungsprozess entzogen werden sollen. Dies betrifft insbesondere Fälle, welche staatliche Einschränkungen von Grundrechten „durch die Hintertür“ bedeuten können, wie es zum Beispiel im Fall der Aufnahme der „Klimaneutralität bis 2045“ in Art. 143h GG zu erwarten ist. Die WerteUnion wird dieses Gesetz und ähnliche neue Gesetze mit Verfassungsrang, welche die Freiheitsrechte der Bürger oder die Arbeit der parlamentarischen Opposition beschneiden können, im Zusammenhang mit den übrigen verfassungsrechtlichen Arbeiten kritisch prüfen und sich gegebenenfalls für ihre Aufhebung einsetzen.

Gewährleistung der Gewaltenteilung

Ein Grundproblem unserer aktuellen Verfassungsrealität besteht in der faktischen Gewaltenverschränkung anstelle der Gewaltenteilung, da durch personelle Verflechtungen und Wahlverfahren eine gesicherte Trennung und gegenseitige Kontrolle der Legislative, Exekutive und Judikative nicht mehr ausreichend stattfindet. Die Gewaltenteilung als tragendes Grundprinzip unserer Verfassung (Art. 20 Abs. 2 GG) und Säule des Rechtsstaats muss gewährleistet werden. Die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit ist zu sichern, auch und gerade in Fällen, welche Regierungsinteressen berühren.

Fachliche Professionalisierung der Politik

Wir brauchen in den Parlamenten sowie in der Regierung ein hohes Maß an berufs- und fachbezogener Professionalität mit praktischer Erfahrung. Politiker, die für bestimmte Ämter nicht über das notwendige Maß an fachlicher Eignung und Befähigung verfügen, sollten diese Ämter nicht übernehmen. Eine Dominanz von Berufspolitikern in den Parlamenten schadet unserer Demokratie.



Die Bundesregierung sollte professionell geführt werden. Die Ministerien und die gesamte Staatsverwaltung müssen auf ein Maß zurückgebaut werden, das für das Funktionieren einer freiheitlichen Demokratie unerlässlich ist. Hierbei sollten systemische Möglichkeiten für Vetternwirtschaft und Amtsmissbrauch und der Missbrauch von Befugnissen zur Bekämpfung politischer Gegner aufgehoben werden.

Unabhängigkeit der Justiz und von Behörden

Die Unabhängigkeit der Justiz muss gewährleistet werden. Dazu zählt, dass Politiker – auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt – nicht in Richterämter gewählt werden dürfen und ihr Einfluss auf die Richterwahl beschränkt wird. Parteipolitische Erwägungen dürfen bei der Besetzung von hohen Funktionen in der Staatsverwaltung keine Rolle spielen. Die Staatsanwaltschaften müssen unabhängig sein und dürfen nicht mehr den Weisungen der Regierungen unterstehen.

Die WerteUnion will die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums wieder in Kraft setzen. Insbesondere muss die Führung von Polizei und Nachrichtendiensten im Sinne von Artikel 33 Abs. 5 GG auf ihren gesetzlichen Auftrag und auf Wahrung der Neutralität verpflichtet sein und darf grundsätzlich nicht von der Regierung politisch instrumentalisierbar sein. Auch leitende Ämter in Behörden dürfen nicht durch Personen besetzt werden, die Interessenskonflikte durch eine vorhergehende entsprechende Tätigkeit in Forschung oder Wirtschaft aufweisen; hier ist eine Frist von mindestens fünf Jahren zu wahren.

Entideologisierung der Gesellschaft, Debatte und Toleranz statt Spaltung

Die WerteUnion sieht mit großer Sorge, dass in Deutschland gegen Andersdenkende agitiert wird, indem diese als nichtdemokratisch oder gar verfassungsfeindlich diffamiert werden und zur Ausgrenzung dieser Personen, Gruppen oder Parteien aufgerufen wird. Diese Agitation gegen politische Oppositionsbestrebungen in der Gesellschaft wird vornehmlich unter der Parole „Kampf gegen Rechts“ geführt. Sie ist für eine freiheitliche Demokratie zerstörerisch. Die Ideologisierung und Spaltung der Gesellschaft durch den Kampf gegen Andersdenkende führen zu einem Aufwiegeln und Aufhetzen von Teilen der Bevölkerung. Dies muss beendet werden. Die Gesellschaft muss wieder befriedet und ausgesöhnt werden. Dies geht aus der Sicht der WerteUnion nur durch eine Streitkultur, die offene Debatten führt und wechselseitige Toleranz aufbringt.

Staat und Gesellschaft müssen entideologisiert werden. Damit die Bürger frei und selbstbestimmt leben können, muss der Staat wieder auf seine Schutzfunktion reduziert werden. Die Verwendung der Gendersprache soll in staatlichen Schulen, Universitäten und allen öffentlichen Einrichtungen unterbunden werden. Verfassungsfeindliche und extremistische Organisationen, die politische Gegner durch Gewalt oder Androhung von Gewalt einschüchtern, müssen untersagt werden. Die Werte-



Union fordert, dass sich der Staat aus der direkten Förderung von Nichtregierungsorganisationen und Denkfabriken einschließlich parteinaher Stiftungen zurückzieht und sich gegenüber der Einflussnahme durch solche privaten Organisationen immunisiert und diese auch nicht für politische Zwecke einsetzt.



2. Medien und Meinungsfreiheit

Meinungsfreiheit muss wieder selbstverständlich sein

Meinungsfreiheit ist nicht nur eine Errungenschaft demokratischer Gesellschaften, sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie. In ihr kann um den besten Weg zur Lösung von Problemen nur gerungen werden, wenn Meinungen, die auf unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Weltbildern und Informationen beruhen, zugelassen werden. Eine freie Gesellschaft sollte sich mit kritischen Meinungen konstruktiv auseinandersetzen, auch scharfe Formen von Satire und Spott aushalten und im Wettbewerb der Stimmen unrichtige Behauptungen selbstbestimmt abwehren können. Hier ist die Urteilsbildung des Einzelnen gefragt, die ihm nicht durch staatliche Maßnahmen abgenommen werden kann. Die Grenze ist erreicht, wenn Persönlichkeitsrechte und Jugendschutzrechte verletzt werden oder zu Gewalt, sei es gegen Personen oder Gruppen oder Institutionen, aufgerufen wird.

Medien brauchen Autonomie

Medien sind in einer freiheitlichen Demokratie notwendig, damit die Bürger sich selbstständig und kritisch ihre Meinung bilden können. Um als freier und mündiger Bürger politisch partizipieren und selbstbestimmt an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen zu können, braucht er Medien, die ihm ein breites und plurales Tatsachen- und Meinungsbild zur Verfügung stellen. Journalisten sind daher verpflichtet, möglichst exakt die Tatsachen herauszufinden und diese neutral in den Nachrichten zu übermitteln. Sie müssen bei kontroversen Themen die Vielzahl heterogener Positionen sichtbar machen. Ihre eigenen subjektiven Deutungen und Ansichten sind sauber von der Berichterstattung selbst zu trennen und in eigens gekennzeichneten Kommentaren wiederzugeben. Die Medien haben außerdem den Auftrag, die politisch Handelnden sowie Entwicklungen in der Gesellschaft kritisch zu begleiten und Fehler, Fehlentwicklungen und Missstände aufzuzeigen. Es ist festzustellen, dass die Medien in zunehmendem Maß diesem Auftrag nicht mehr gerecht werden, sondern die Meinungsbildung in der Bevölkerung durch ideologische Haltung, durch Agitation und Propaganda in Bindung an politische und gruppenspezifische weltanschauliche Positionen beeinflussen wollen. Wir brauchen eine Befreiung der Medien von politischer, ideologischer und auch ökonomischer Fremdsteuerung. Die WerteUnion will den Medien ihre Autonomie zurückgeben und die Meinungsfreiheit vollumfänglich wiederherstellen. Nur so können die Medien „vierte Gewalt“ im Staat sein und dazu beitragen, dass politischen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen gegengesteuert wird.

Medien von staatlicher Einflussnahme und allen Formen der Zensur befreien

Die Medien können nur dann als die Vierte Gewalt wirksam werden, wenn sie die Meinungsvielfalt der Menschen abbilden. Hierfür muss ihre Unabhängigkeit von



Interessen staatlicher Organisationen angestrebt werden. Der Staat darf keinen Einfluss auf die Medien durch direkte oder indirekte Finanzierung ausüben. Aus diesem Grunde hat eine staatliche Alimentierung sogenannter „Faktenchecker“ und der Medien im Allgemeinen durch leistungslose Zahlungen oder von staatlichen Stellen bezahlte Werbung zu unterbleiben. Die WerteUnion lehnt die staatliche Einflussnahme auf die Medien generell ab. Dazu gehört auch, dass der Verfassungsschutz Zeitschriften und Zeitungen sowie Medienhäuser oder Verlage bzw. Verlagsgruppen nicht im Verfassungsschutzbericht aufführen und auf diese Weise ihre öffentliche Stellung beeinträchtigen darf.

Die digitalen und sozialen Medien stehen unter ständig anwachsendem Druck zur Informationseinschränkung und -überwachung durch neue Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene (zum Beispiel Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Gesetz über digitale Dienste); diese Gesetze gehören wieder abgeschafft.

Freiheitsfeindlich ist auch die politisch instrumentalisierte Lenkung der öffentlichen Meinungsbildung durch das sogenannte „Informationsmanagement“, das zum Beispiel mit Löschung, negativer Kategorisierung, Ignorieren oder Reichweitenreduzierung arbeitet. Eine zentrale Rolle spielt hierbei das themenbezogene (Risiko-) Informationsmanagement durch zum Beispiel die Vereinten Nationen oder auch die Weltgesundheitsorganisation. Diese arbeiten mit den großen Technologieplattformen sowie Medien und Institutionen zusammen. Mithilfe „sozialen Hörens“ werden abweichende Meinungen eruiert und ihre Entstehungsherde mit von den zuständigen Institutionen ausgewählter sogenannter „korrekter Information“, die tatsächlich aber oft Falschbehauptungen enthält, geflutet. Hinzu kommen Warnungen durch Markierungen der Posts oder auch Beiträge zur Entlarvung (sog. „Prebunking“). Außerdem werden Faktenchecks und Widerlegungen (sog. „Debunking“) eingesetzt. Die als Maßstab der Informationsbewertung gesetzten Kriterien werden von internationalen und nationalen politischen wie z.B. VN, WHO oder EU vorgegeben.

Diese Institutionen nehmen die Funktion eines Informations-Regulators wahr. Sie können diese Funktion instrumentalisieren und abweichende oder politisch den Machthabern als nicht opportun erscheinende Meinungen, seien sie noch so gut wissenschaftlich begründet, unterdrücken. Unterstützt werden solche Formen der Zensur durch das Gesetz für digitale Dienste. Es verpflichtet Anbieter von Informationsplattformen hoher Reichweite dazu, nicht nur rechtswidrige, sondern auch „anderweitig schädliche Informationen“, wie sie die genannten Informations-Torwächter bestimmen, zu löschen; andernfalls stehen hohe Geldstrafen an.

Hinzu kommt die Nutzung der eingerichteten Meldestellen nach dem Hinweisgeber-schutzgesetz. Denn die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf Äußerungen von Beamten im Hinblick auf einen Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue macht auch Hinweise auf Delegitimierung des Staates durch Informationen relevant, die als „schädlich“ bewertet werden, was zu Formen des Mobbings, der Stigmatisierung und Druckausübung durch Kollegen und Vorgesetzte und damit indirekt zur Einschränkung der Meinungsfreiheit führen kann. Die öffentlich-rechtlichen Medien sowie die



großen Leitmedien folgen diesem politisch gesetzten Kurs oft bereitwillig, wie ihre eher einseitige Berichterstattung etwa zu Corona oder zum Klimawandel zeigt.

Die WerteUnion weist jede Form eines Informationsmanagements mit autoritativer Festlegung von ‚korrekter Information‘ durch Institutionen wie VN, WHO oder nationale Ministerien entschieden zurück. Die Demokratie lebt davon, dass die Bürger sich selbst ein kritisches Urteil bilden und dieses in einem offenen und transparent geführten Diskurs aushandeln. Für solche Debatten müssen die Medien einen freien Raum schaffen. Den Medien obliegt es, als Korrektiv zu wirken, der Unterdrückung abweichender Ansichten entgegenzuwirken, mögliche politische oder ideologische Fremdsteuerungen der Meinungsbildung aufzudecken und jedem politischen Missbrauch der Informationskontrolle entschieden entgegenzuwirken.

Die Grenzen der freien Meinungsäußerung ziehen allein das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch. Jedoch muss auch das Strafgesetzbuch wieder bereinigt werden, auch im Hinblick auf das Sonderstrafrecht zugunsten von Politikern. Alle unbestimmten Rechtsbegriffe, welche die Strafbarkeit vorverlagern und Willkürentscheidungen möglich machen, so dass sie gegen Meinungsäußerung politisch instrumentalisiert werden können, müssen abgeschafft werden.

Volle Transparenz über ökonomische Einflussnahmen

Gründe für die bereitwillige Anpassung der Medien an die Informationssteuerung liegen in lobbyistischen Verflechtungen des Personals sowie ökonomischen Faktoren durch Sponsoring, Werbeschaltungen und öffentlich-private Partnerschaften. Investigativer Journalismus findet heute in den nicht öffentlich-rechtlichen sowie alternativen Medien mit zumeist geringer Reichweite statt, die sich oftmals gegen Benachteiligungen sowie gegen Stigmatisierung und Diffamierung zur Wehr setzen müssen. Jede Form staatlicher Finanzierung und öffentlich-privater Partnerschaften im Bereich der Medien lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wollen die Medien zur vollumfänglichen Transparenz über die Kapitalgeber, Anteilshalter, Sponsoring und Geldeinnahmen etwa durch Werbung durch Großkapital, d.h. jenseits einer Bagatellgrenze für Werbeschaltung, verpflichten.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reformiert werden

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss dringend und grundlegend reformiert werden. Die Zwangsgebühren sind abzuschaffen und auf Nutzergebühren umzustellen. Über sonstige Finanzquellen ist vollumfängliche Transparenz herzustellen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss, soll er seine Existenzberechtigung behalten, Staatsferne gewährleisten und seinem Auftrag einer Wiedergabe der in der Gesellschaft vorhandenen Meinungsvielfalt, auch und gerade im Hinblick auf kontroverse Positionen, nachkommen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen ausufernden Finanzbedarf, da er sich einer teilweise festzustellenden Selbstbedienungsmentalität leitender Beschäftigter und verkrusteten bürokratischen Strukturen verdankt. Staatli-



che Fehlanreize haben diese Fehlentwicklung begünstigt und werden mit der Umstellung auf Nutzergebühren abgestellt. Sollte diese Reform nicht gelingen, ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk abzuschaffen.

Verpflichtung zu Veröffentlichung von Gegendarstellungen beugt Diffamierungen vor

Da in den letzten Jahren eine eklatante Zunahme von Diffamierungen von Personen, Gruppierungen und Institutionen sowie Falschaussagen in allen Medien zu beobachten ist, wollen wir die Möglichkeit einer Gegendarstellung für private und juristische Personen vereinfachen. Medienbetreiber werden dazu verpflichtet, Gegendarstellungen und Rechtfertigungen betroffener privater und juristischer Personen unverzüglich zu veröffentlichen.



3. Bürgerliche Werte und Familie

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist für uns Verpflichtung aller staatlicher Gewalt, so wie dies in Artikel 1 im Grundgesetz verankert ist. Das Recht auf Leben ist oberstes Menschenrecht (Art. 2 Grundgesetz). Das menschliche Leben darf niemals als verfügbar oder minderwertig betrachtet werden. Jeder Mensch, unabhängig von Alter, Fähigkeiten, Herkunft, Glauben, Geschlecht oder Gesundheit, ist wertvoll. Die unantastbare Würde des Menschen und der Wert jedes menschlichen Lebens ist in allen Lebensphasen zu schützen. An diesem engagierten „Ja“ zum Leben lässt sich die Humanität einer Gesellschaft ablesen. Die WerteUnion setzt sich für Bedingungen ein, unter denen man sich immer für das Leben entscheiden kann – auch in schweren Entscheidungssituationen, sei es in der Schwangerschaft oder bei schwerer Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder in hohem Alter.

Der Mensch ist zu Freiheit und Verantwortung berufen

Es ist Aufgabe des Staates, die Berufung zur Freiheit jedem Menschen zu ermöglichen. Der Staat soll Sicherheit gewähren, damit die Bürger ihr Leben in Eigenverantwortung und sozialer Verantwortung selbst gestalten können. Es muss wieder der Grundsatz gelten, dass der Staat für den Menschen da ist – und nicht der Mensch für den Staat. Die WerteUnion ist dem christlich-humanistischen Menschenbild verpflichtet, zu dem in gleicher Weise die Achtung der Menschenwürde, die Befähigung des Einzelnen zu sozialem Handeln und seine Verantwortung für den Dienst am Allgemeinwohl gehören.

Familien sind das Herz der Gesellschaft

Die Familie ist die Grundlage für alles in unserem Leben. In der Familie werden Aufbau und Pflege tragfähiger sozialer Bindungen gelernt und gelebt, aus denen sich Selbstvertrauen und Leistungsbereitschaft zusammen mit Solidarität und sozialem Verhalten entwickeln. Familiäre Bindungen, gelebte Liebe und Respekt, Fürsorge und Rücksichtnahme kann der Staat nicht hervorbringen, aber er kann hierfür hilfreiche Rahmenbedingungen schaffen. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates (Art. 6 Grundgesetz). Die WerteUnion bekennt sich zu diesem Schutzauftrag unseres Grundgesetzes, der alle angeht und für die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft wichtig ist. Selbständige Familien mit hohem Zusammenhalt sind in einem der Freiheit und der Würde jedes Einzelnen dienenden Staat unverzichtbar. Familien wollen und sollen frei von staatlicher und ideologischer Bevormundung ihr Leben gestalten. Unsere Politik muss die Rechte und Pflichten der Familien und ihre zentrale Bedeutung für unsere Gesellschaft wieder neu und verstärkt anerkennen und fördern. Die WerteUnion steht deshalb für eine ressortübergreifende wertschätzende Familienpolitik.



Für die WerteUnion bleibt die Ehe zwischen Frau und Mann ein starkes und nachhaltiges Leitbild in unserer Gesellschaft, denn es wird von der überwältigen Mehrheit gelebt, und die meisten Kinder in Deutschland wachsen in einer Familie mit ihrer Mutter und ihrem Vater auf. Auch Getrennt- und Alleinerziehende müssen angemessene Unterstützung erhalten. Die individuelle Freiheit anderer Vorstellungen und Realitäten in Bezug auf Geschlecht und Beziehung erkennt die WerteUnion an. In einer freiheitlichen Gesellschaft sollen die Bürger grundsätzlich frei entscheiden können, wie und mit wem sie zusammenleben möchten. Es ist nicht Aufgabe des Staates, von Parteien oder Medien, den Bürgern einen Lebensstil aufzudrängen. „Verantwortungsgemeinschaften“, d.h. eheähnliche Verhältnisse mit mehr als zwei Personen, und die Ersetzung von Mutter und Vater durch mehrere „Elternteile“ (sog. Mehr Elternschaft), lehnen wir jedoch ab.

Kinder müssen besondere Wertschätzung erfahren

Wir möchten, dass neugeborene Kinder eine besondere Wertschätzung erfahren. Eine der wichtigsten Aufgaben der Familienpolitik ist es, die finanzielle Situation für Familien mit Neugeborenen und kleinen Kindern zu verbessern: Das Elterngeld muss weiterentwickelt werden. Die Kindergrundsicherung lehnen wir ab, denn sie ist ohne Mehrwert für Kinder. Die Familie muss generell besser gefördert werden und ihr sollte ausreichend Wohnraum zur Verfügung stehen, damit Kinder sich gut entwickeln können. Wohneigentum für Familien soll besonders gefördert werden.

Die WerteUnion bekennt sich uneingeschränkt zum Schutzauftrag unserer Verfassung für die Familien, die gestärkt werden müssen. Wir werden dazu ermutigen, Familien zu gründen und sich für Kinder zu entscheiden. Damit wollen wir auch die dringend nötige Kehrtwende in der demographischen Entwicklung einleiten. Denn der Geburtenmangel von heute ist der Fachkräftemangel von morgen.

Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir streben auch eine familienfreundliche Arbeitswelt an, die Eltern hilft, gemäß ihrer persönlichen Entscheidung und Notwendigkeit Elternzeit zu nehmen, um Erwerbs- und Familienzeit gut miteinander vereinbaren zu können. Mütter sollen in den Stand versetzt werden, selbst entscheiden zu können, ob sie berufstätig sind oder sich selbst um Ihre Kinder kümmern möchten. Denn es ist und bleibt das erste Recht und die erste Pflicht von Eltern, ihre Kinder selbst zu erziehen und ihnen die Entwicklung zu einer Persönlichkeit zu ermöglichen, die fähig zu Freiheit und Verantwortung ist. Die WerteUnion will Unterstützungsangebote optimieren, welche eine frühkindliche Entwicklung in der Familie ermöglichen. Es sollen Angebote für eine flexible Ganztagsbetreuung in vorschulischen Einrichtungen und in der Schule gefördert werden. Es müssen mehr und gezielte finanzielle Formen der Anerkennung von Elternzeit durch Elterngeld und Steuervorteile geschaffen werden. Zur Förderung der Familien



gehört zudem die spürbare Wertschätzung der Erziehungs- und Pflegeleistungen bei der gesetzlichen Renten- sowie auch bei der Pflegeversicherung.

Die WerteUnion setzt sich für eine spürbare Stärkung der Eigenverantwortung von Eltern für ihre Kinder ein. Sie bekräftigt das grundgesetzlich verankerte Erziehungsrecht der Eltern und erteilt der Aufnahme von gesonderten Kinderrechten in das Grundgesetz eine klare Absage. Das Mitspracherecht der Eltern in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen gemäß dem grundsätzlichen Recht der Verantwortungsübernahme von Vater und Mutter soll konsequent gestärkt und ausgebaut werden.

Schutz des ungeborenen Lebens, von Kindern und Frauen

Wir fordern die Rücknahme der Aufhebung des Werbeverbots für Abtreibung (§ 219a StGB) und die Beibehaltung des §218 StGB mit Pflichtberatung. Wir lehnen die Gender- und Transgenderideologie sowie die Sexualisierung von Kindern, die sich in Bildungseinrichtungen zunehmend verbreitet, ab. Das Selbstbestimmungsgesetz werden wir abschaffen. Betroffene brauchen vielmehr eine wirkliche und ernsthafte Unterstützung mit psychologischer und medizinischer Beratung. Minderjährige dürfen keine Pubertätsblocker – außer aus zwingenden medizinischen Gründen – verabreicht bekommen. Auch chirurgische Eingriffe zur Änderung von Geschlechtsmerkmalen Minderjähriger ohne medizinischen Grund sind zu verbieten.

Wir lehnen die Legalisierung der Eizellspende sowie der Leihmutterschaft, auch der selbstlosen ab. Auch andere Formen der Ausbeutung von Frauen sowie der Einschränkungen von Frauenrechten weisen wir zurück. Die WerteUnion will die Prostitutionsgesetze erhalten und um Schutzpflichten und -rechte erweitern.

Ausbau von Unterstützungsangeboten für Pflege in der Familie

Die Pflege von Senioren und erkrankten Angehörigen durch die eigene Familie muss stärker wertgeschätzt und durch eine Verbesserung der sozialen und finanziellen Rahmenbedingungen unterstützt werden. Alle Generationen gemeinsam leisten einen unverzichtbaren Dienst für die Zukunft unserer Gesellschaft. Mehrgenerationenfamilien unter einem Dach verdienen besondere Unterstützung.



4. Migration und Staatsangehörigkeit

Ideologiegetriebene Migrationspolitik beenden

Das individuelle Asylrecht für politisch Verfolgte und Flüchtlinge stellt gerade für uns Deutsche eine wichtige gesellschaftliche und völkerrechtliche Errungenschaft dar. Die WerteUnion schätzt, anerkennt und wahrt das Asylrecht. Jedoch muss das Asylrecht vor unberechtigter Inanspruchnahme geschützt werden und auch die beginnende rechtspolitische Diskussion um seine Umwandlung in eine institutionelle Garantie darf nicht tabuisiert werden. Die von den Regierungen Merkel und Scholz geförderte millionenfache unkontrollierte Masseneinwanderung nach Deutschland hält die WerteUnion für unverantwortlich. Denn die Masseneinwanderung hat erhebliche Kosten, Probleme auf dem Wohnungsmarkt, bei der medizinischen Versorgung und in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sowie einen erheblichen Anstieg insbesondere der Gewaltkriminalität verursacht. Sie führt zur Destabilisierung der Demokratie und verursacht schwere gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Schäden.

Die WerteUnion ist der Auffassung, dass diese Migrationspolitik ideologiegetrieben und in Teilen rechtswidrig ist. Die rechtswidrige Inanspruchnahme des Asylrechts wollen wir umgehend beenden und die geltenden gesetzlichen Regelungen mit besonderem Fokus auf Straftäter, Gefährder und unberechtigte Bezieher staatlicher Transferleistungen durchsetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die ideologisch motivierten Reformen des Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsgesetzes rückgängig gemacht werden.

Die WerteUnion befürwortet eine an den Interessen Deutschlands ausgerichtete Einwanderungspolitik insbesondere für qualifizierte Fachkräfte. Jede Form einer Quotenregelung für Ausländer und Migranten lehnen wir ab.

Unkontrollierte Zuwanderung und Asylmissbrauch beenden

Die WerteUnion fordert, dass die Bundespolizei angewiesen wird, mit allen erforderlichen und geeigneten Mitteln den Schutz des Bundesgebietes vor illegaler Einwanderung und Asylmissbrauch zu gewährleisten. Die Bundespolizei wird dazu Grenzübertreite von Ausländern, die nicht im Besitz gültiger Einreisepapiere sind, auch unter Anwendung unmittelbaren Zwangs, unterbinden, soweit wegen eines unzureichenden Schutzes der EU-Außengrenzen Kontrollen an den deutschen Grenzen nötig sind.

Asylgesuche an deutschen Staatsgrenzen sind wegen der Drittstaatenregelung unbeachtlich, sind also nicht anzunehmen. Die Drittstaatenregelung dient unmittelbar der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und dem Schutz der inneren Sicherheit Deutschlands. Sie hat Verfassungsrang (Art. 16a Abs. 2 Grundgesetz) und verweist den Asylsuchenden aus gutem Grund und im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention auf möglichen Schutz im Ersteinreisestaat. Dies sind grundlegende,



existentielle Interessen, die auch vom übergeordneten EU-Recht ausdrücklich anerkannt werden (Art. 72 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Ausnahmen von der Zurückweisung sind daher nach geltendem Recht nur dann zulässig, wenn Deutschland in der EU ausnahmsweise für die Prüfung des Asylantrags zuständig ist.

Die rechtswidrige Praxis der Bundesregierung insbesondere seit der Grenzöffnung im September 2015 führte jedoch dazu, dass Deutschland durch die massenhafte voraussetzungslose Einreisegestattung für alle Asylverfahren zuständig wurde, die eigentlich schon im Ersteinreisestaat, also an der EU-Außengrenze, hätten erledigt werden müssen. Dies ist ein eklatanter Bruch nicht nur von europäischen Rechtsgrundsätzen, sondern auch unserer Verfassung, der endlich und schnell beendet werden muss.

Dem Asylrecht wieder Geltung verschaffen

Ein Asylgesuch in Deutschland erscheint Ausländern als besonders erfolgversprechend, da die bis heute fortgesetzte „Willkommenskultur“ eine Absenkung juristischer Hürden und erleichterten Zugang zu staatlichen Leistungen verspricht. Dies will die WerteUnion abstellen und dafür eintreten, dass die Asylverfahren wieder streng an der Gesetzesgrundlage ausgerichtet werden. Weitergehende Aufenthaltsrechte sind abzuschaffen, denn das Asylrecht ist ausreichend, um unseren humanitären völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Für Ausländer ist das Asylverfahren unter den Voraussetzungen des Artikels 16a Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention durchzuführen. Ein Asylverfahren wird nicht durchgeführt, wenn Personen über einen sicheren Drittstaat nach Deutschland gekommen sind und ein anderer Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist. Die WerteUnion möchte das Asylverfahren kostenpflichtig machen. Organisationen, welche die Migration von Ausländern nach Deutschland unterstützen, dürfen nicht mehr staatlich gefördert werden. Schleuser sind strafrechtlich zu verfolgen. Jede Organisation oder Person, die Asylsuchende einladen, müssen für die Dauer des Aufenthaltes bis zur Ausreise die Kosten für deren Unterhalt, die Versorgung und die Verfahrenskosten aufkommen. Der Aufenthalt von Asylsuchenden und Ausreisepflichtigen wird auf den jeweiligen Landkreis / Kreisfreie Stadt räumlich beschränkt.

Die WerteUnion ist der Auffassung, dass Asylanträge von Asylsuchenden, die nicht über gültige Einreisepapiere verfügen und nicht mittels anderer Dokumente oder Belege ihre Identität glaubhaft machen, nicht bearbeitet werden sollen. Ausländer, die nach allgemeiner Lebenserfahrung erwachsen sind, aber im asyl- oder ausländerrechtlichen Verfahren die Rechtsstellung eines Minderjährigen beanspruchen, haben zu beweisen, dass sie minderjährig sind.

Aus Sicht der WerteUnion sollen Asylanträge als offensichtlich unbegründet behandelt werden, wenn über die Identität oder das Alter falsche Angaben gemacht worden



sind, der Asylsuchende in einem Nachbarstaat des Heimatstaates Schutz vor politischer Verfolgung hätte beantragen können, der Asylsuchende die Fluchtgründe selbst geschaffen hat oder die freiheitliche demokratische Grundordnung Deutschlands oder das deutsche Volk ablehnt.

Asylberechtigte und Flüchtlinge genießen nur so lange Schutz, wie die Verfolgungssituation bzw. Bedrohungssituation im Herkunftsstaat es erforderlich macht. Die Anerkennung ist zu widerrufen, wenn sich die Situation dort verändert hat. Die WerteUnion möchte, dass die Anerkennung spätestens fünf Jahre nach Erlass des Anerkennungsbescheids erlischt. Sofern die asyl- und abschiebungsrelevante Situation im Herkunftsstaat fortbesteht, kann ein Antrag auf Fortsetzung des Asylstatus gestellt werden. Ist die Asylanerkennung entfallen, soll gleichwohl ein Aufenthaltstitel erteilt werden, sofern die Voraussetzungen nach dem Aufenthaltsgesetz gegeben sind.

Die Attraktivität Deutschlands für Asylsuchende beenden

Asylsuchenden sollen grundsätzlich nur Sachleistungen zur Sicherung sozialer und gesundheitlicher Mindeststandards gewährt werden. Bargeldleistungen sind mit Ausnahme eines Minimums an Taschengeld nicht zu gewähren. Die WerteUnion will alle Asylbewerber und ausreisepflichtige Ausländer dazu verpflichten, spätestens drei Monate nach Aufnahme des Asylverfahrens durch Erwerbstätigkeit selbst für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Wenn nachweislich keine Erwerbstätigkeit aufgenommen wird, muss eine Sozialarbeit bzw. Bürgertätigkeit in der Wohnsitzgemeinde verpflichtend sein. Angebote von und Zugang zu Deutschkursen müssen für diese Personengruppe erleichtert werden.

Der Familiennachzug darf nur zu rechtskräftig anerkannten Asylberechtigten gestattet werden. Wir wollen den Familiennachzug auf den Ehepartner und auf die nachweislich eigenen minderjährigen Kinder beschränken. Ein Familiennachzug findet nicht statt, wenn eine Familienzusammenführung auch in einem anderen Staat möglich ist. Der Asylberechtigte hat den Lebensunterhalt seiner nachziehenden Familie zu sichern. Ferner gilt auch für die nachgezogenen Personen die Verpflichtung, dass Familienmitglieder im erwerbsfähigen Alter für ihren Lebensunterhalt aufkommen müssen.

Die politische Betätigung von Ausländern ist, wenn sie den Interessen der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Volkes zuwiderläuft, nach § 47 des Aufenthaltsgesetzes strafbar. Die WerteUnion will, dass diese Vorschrift durchgesetzt wird. Ferner fordert sie, dass zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Ausländer keine öffentlichen Versammlungen abhalten dürfen, auf denen verfassungsfeindliche Forderungen wie zum Beispiel nach einem Kalifat oder der Scharia erhoben werden, und dass das öffentliche Zeigen ausländischer Flaggen, Farben und Hoheitssymbole verboten werden kann.



Abschiebung und Rückübernahme durchsetzen

Ausländer, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, müssen das Land verlassen. Die freiwillige Ausreise hat grundsätzlich Vorrang vor der Abschiebung. Wenn diese Personen nicht freiwillig ausreisen, ist der Aufenthalt durch Abschiebung zu beenden. Die Abschiebung von illegal eingereisten Ausländern und Ausländern, denen gegenüber die Abschiebung bereits angedroht worden ist, hat ohne Vorankündigung zu erfolgen. Ausländer, die sich ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland aufhalten, sind in Abschiebungshaft zu nehmen, es sei denn, eine gesetzte Frist zur freiwilligen Ausreise und zur Regelung der Verhältnisse in Deutschland ist noch nicht abgelaufen. Die Abschiebungshaft dauert bis zum Vollzug der Abschiebung. Sie kann auch in besonderen Einrichtungen vollzogen werden. Die Kosten für die Abschiebung trägt der Ausreisepflichtige. Sein Vermögen wird bis zur vollzogenen Abschiebung als Kautions eingezogen. Sofern Ausländer ihrer Ausreisepflicht nicht freiwillig nachkommen und abgeschoben werden, verfällt – unbeschadet ihrer Pflicht, die Kosten für die Abschiebung zu zahlen – ihr Vermögen als Kautions.

Wie in allen anderen Rechtsgebieten ist auch im Abschiebungsrecht das Verfahren so zu vereinfachen, dass Entscheidungen über die Abschiebung in aller Regel auch durchgesetzt werden. Die europarechtlichen Möglichkeiten der Abschiebehaft insbesondere für Straftäter und Gefährder sind dabei voll auszuschöpfen. Die wirtschaftliche, medizinische und politische Lage im Herkunftsstaat steht einer Abschiebung dieser Personen nicht entgegen, es sei denn, es bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass im Falle der Rückkehr des Betroffenen mit konkreter politischer Verfolgung oder Menschenrechtsverletzung zu rechnen ist. Das Interesse der Allgemeinheit, vor straffälligen Ausländern durch Abschiebung geschützt zu werden, überwiegt grundsätzlich das Interesse des Asylsuchenden und seiner Familienangehörigen, die familiäre Lebensgemeinschaft mit den Straftätern in Deutschland fortzusetzen.

Die WerteUnion will die Befugnis zur Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern der Bundespolizei übertragen. Die Bundespolizei soll pragmatisch und zielorientiert das Ausweisungs- und Abschiebungsrecht vollziehen und Mindestabschiebungszahlen für regulär abzuschiebende Personen erzielen.

Sanktionen gegen Staaten im Fall der Rücknahmeverweigerung ihrer Staatsangehörigen

Die WerteUnion ist der Auffassung, dass Staaten, die entgegen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen eigene Staatsangehörige nicht zurückübernehmen oder die bei der Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen nicht kooperativ mitwirken, die politische und wirtschaftliche Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland verlieren sollten. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen der entwicklungspolitischen und kulturellen Zusammenarbeit, Privilegierungen im Luft- und Seeverkehr sowie Visa-



erleichterungen. Sofern keine Bereitschaft zur Kooperation gezeigt wird, kann die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Staaten beendet werden.

Beendigung der Geschäfte mit der Migration

Die europäische und insbesondere die deutsche Migrationspolitik hat die Entstehung migrationsgetriebener Geschäftsmodelle begünstigt und fördert diese weiterhin. Die WerteUnion wird sich dafür einsetzen, dass das Geschäft mit der Migration beendet wird. Schleuserorganisationen sind zu zerschlagen und zu verbieten. Ihr Vermögen und das der handelnden kriminellen Akteure ist einzuziehen. Steuergelder dürfen nicht an Organisationen gezahlt werden, welche die Asyl-Migration fördern. Organisationen, die sich an der Einschleusung von Ausländern beteiligen, sind zu verbieten.

Einwanderung von Fachkräften steuern

Fachkräfte aus dem Ausland sind heute ein wichtiger Faktor des deutschen Arbeitsmarktes. Langfristig müssen der Fachkräftemangel und das demographische Problem Deutschlands jedoch vor allem durch arbeitsmarkt-, bildungs- und familienpolitische Maßnahmen gelöst werden. Zusätzlich kann Einwanderung von qualifizierten Ausländern, auch aus dem Nicht-EU-Ausland, in begrenztem Umfang sinnvoll sein. Als Befürworter des freien EU-Binnenmarktes setzen wir jedoch zur Begegnung des Fachkräftemangels vor allem darauf, Deutschland für Deutsche und EU-Bürger wieder deutlich attraktiver zu machen und so zu verhindern, dass ausgerechnet diese sowie hochqualifizierte Drittstaatsangehörige unserem Land massenhaft den Rücken kehren bzw. emigrieren. Wir wollen die wirtschaftlichen Standortbedingungen verbessern.

Deutsche Staatsangehörigkeit zu klaren Bedingungen

Aus Sicht der WerteUnion muss das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert werden. Es darf nicht weiter zugelassen werden, dass die deutsche Staatsangehörigkeit vor-schnell Personen verliehen wird, die sich nicht in Deutschland integriert haben oder

sich nachweislich nicht integrieren wollen. Die WerteUnion will veranlassen, dass die deutsche Staatsangehörigkeit erst beantragt werden kann, wenn der Ausländer seit mindestens sieben Jahren über eine Niederlassungserlaubnis verfügt, seinen Lebensunterhalt selbständig bestreiten kann, ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nachweist und die Gewissheit besteht, dass er loyal zur verfassungsmäßigen Ordnung und zu den Interessen des deutschen Volkes steht.

Die Einbürgerung unter Hinnahme einer doppelten oder mehrfachen Staatsangehörigkeit wird auf Staatsangehörige der Staaten der EU beschränkt. Die Einbürgerung



unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit soll bei Nicht-EU-Bürgern die Ausnahme bleiben. Der Staatsangehörigkeitserwerb durch Geburt in Deutschland im Fall ausländischer Eltern (ius soli) wird abgeschafft. Der nachträgliche Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit ohne Zustimmung deutscher Behörden führt zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Von der rechtlichen Möglichkeit des Entzugs der deutschen Staatsangehörigkeit bei straffälligen Doppelstaatern soll konsequent Gebrauch gemacht werden.

Fragmentierung und Abspaltung in der Gesellschaft überwinden

Für ein harmonisches Zusammenleben ist es erforderlich, dass Migranten die deutsche Sprache beherrschen und die kulturellen, geschichtlichen, politischen und gesellschaftlichen Traditionen Deutschlands kennen, akzeptieren und teilen. Diese Kenntnisse müssen im Fall der Einbürgerung eigens nachgewiesen werden. Parallelgesellschaften müssen vermieden werden. Religiöse Gemeinschaften müssen verfassungskonform sein.



5. Innere Sicherheit

Sicherheit der Bürger als verfassungsmäßige Verpflichtung und Kernaufgabe des Staates

Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel und eine grundlegende Neuausrichtung im Bereich der Inneren Sicherheit. Der Schutz der Bürger ist verfassungsmäßige Verpflichtung und Kernaufgabe staatlichen Handelns. Der freiheitliche demokratische Verfassungsstaat als Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts hat den Bürgern die Ausübung ihrer Grund- und Menschenrechte und ein Leben in Frieden und Wohlstand zu gewährleisten. Die Innere Sicherheit ist das Ergebnis der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, des Respekts vor geltendem Recht und der Fähigkeit zur staatlichen Rechtsdurchsetzung. Verwaltungsnotwendige Abläufe sind auf das Mindestmaß zu reduzieren.

Die Erfüllung des Verfassungsauftrages verlangt ein ganzheitliches Verständnis, das alle für die Sicherheit bedeutsamen Aufgabenfelder des Staates und nichtstaatlicher Stellen einbezieht. Die WerteUnion wird den Verfassungsauftrag konsequent umsetzen und nachdrücklich alle Formen der Kriminalität sowie Extremismus, Terrorismus, Islamismus und Antisemitismus wirksam bekämpfen. Die Wahrung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist unser Grundanliegen. Die WerteUnion wird dafür sorgen, dass durch eine ganzheitlich ausgerichtete Politik der Personalumfang bei den Sicherheitsbehörden angepasst wird und der verfehlten Migrations- und Sicherheitspolitik Rechnung getragen wird.

Sicherheitsbehörden wertschätzen und Bürgernähe fördern

Die WerteUnion strebt an, dass die Arbeit der Sicherheitsbehörden Wertschätzung erfährt und keine voreiligen öffentlichen Distanzierungen oder Sanktionierungen durch die Regierung und die Verwaltung erfolgen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei wieder bürgernah und durch die Bevölkerung als Freund und Helfer mit Achtung und Respekt wahrgenommen wird. Das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, die in erster Linie dem Schutz der Bürger dienen, soll gestärkt werden. Anstandsverletzung und Gewalt gegenüber Sicherheits- und Rettungskräften ist mit Konsequenz zu begegnen.

Soweit Handlungsräume durch Verlagerung von Anordnungs Kompetenzen von der Polizei auf die Justiz eingeschränkt wurden, soll eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die originär verantwortlichen Behörden erfolgen, wo immer dies im Interesse des Schutzes der Bevölkerung und rechtsstaatlich geboten ist.

Zersplitterung im Sicherheitsbereich beseitigen

Die Zuständigkeiten im Bereich der polizeilichen und ordnungsbehördlichen Gefahrenabwehr sind in Deutschland auf Bund, Länder und Kommunen verteilt und



unterschiedlich organisiert. Die Aufgabenbereiche der jeweiligen Behörden sind klar abzugrenzen. Diese Zersplitterung führt zu erheblichen rechtlichen und bürokratischen Hemmnissen und zu ernsthaften Defiziten bei der Gewährleistung Innerer Sicherheit. Es verursacht zugleich gravierende Mehrkosten. Der Datenaustausch zwischen den Behörden auf Landes- und Bundesebene ist zu optimieren.

Der Aufgabenvollzug, vor allen Dingen im Bereich des Gefahrenabwehrrechts, ist daher zu vereinheitlichen. Dies gilt besonders für Aufgaben, die bislang in den Ordnungs-, Versammlungs-, Waffen- und Ausländer- bzw. Integrationsbehörden wahrgenommen werden. Wirklichkeitsfremde Bürokratie- und Datenschutzvorschriften sowie Zusammenarbeitshindernisse, die den Rechtsstaat und die Sicherheit der Bürger schwächen, werden beseitigt.

Ganzheitliches und realistisches Kriminalitätslagebild erstellen

Die Beurteilung der Sicherheitslage erfolgt im Wesentlichen auf der Grundlage der jährlichen Polizeilichen Kriminalstatistik und – getrennt davon – des Lagebildes zur Politisch Motivierten Kriminalität. Diese bilden nur die von der Polizei erfassten Fälle ab und damit nur einen Teil des Kriminalitätsgeschehens. Das eigentliche Ausmaß der Gesamtkriminalität, insbesondere der Zusammenhang von allgemeiner und politischer Kriminalität sowie die internationalen Bezüge, wird so nicht erkennbar.

Die WerteUnion setzt sich daher mit Nachdruck für eine ganzheitliche und realistische Darstellung der jährlichen Kriminalitätslage im Sinne einer Verlaufsstatistik ein. Darin sind weitere Kriterien wie die Herkunft der Tatverdächtigen zu erfassen, um gezielte, auch präventive, Maßnahmen zu ermöglichen.

Organisierte Kriminalität und Korruption schlagkräftig bekämpfen

Die Bekämpfung organisierter und schwerer Kriminalität sowie Korruption ist eine herausragende sicherheitspolitische Aufgabe aller Strafverfolgungsbehörden. Die auf Macht, politischen Einfluss und wirtschaftlichen Gewinn zielenden illegalen Aktivitäten sind häufig mit legalen Strukturen sowie zunehmend auch mit dem internationalen Terrorismus vernetzt. Die daraus erwachsenden Gefährdungen für den freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat sind elementar und können diesen perspektivisch handlungsunfähig machen.

Die zuständigen Sicherheitsbehörden benötigen umfassende und zielführende Befugnisse, um diesen besonders gefährlichen, gemeinschädlichen und das Gerechtigkeitsprinzip besonders verletzenden Verbrechen die Handlungsmöglichkeiten zu nehmen. Dazu gehört auch, verbrecherisch erlangtes Vermögen dauerhaft einzuziehen, soweit der Nachweis des legalen Erwerbs nicht erbracht wird.



Terrorismus und Extremismus durch Verfassungsschutz wirksam aufklären, Militär- und Wirtschaftsspionage entschieden entgegenwirken

Die Aufgaben des Verfassungsschutzes gemäß der Artikel 73 und 87 des Grundgesetzes dienen dem Schutz der freiheitlichen und wehrhaften Demokratie. Sie sind auf gesetzlicher Grundlage und politisch unbeeinflusst zum Schutz der Verfassungsordnung und zur Abwehr terroristischer und extremistischer Gefahren für die Bevölkerung wahrzunehmen. Die eigenständigen, unterschiedlich leistungsfähigen Verfassungsschutzbehörden der Länder sind in das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) unter Wahrung der regionalen Präsenz zu integrieren. Der Verfassungsschutz hat die verfassungsmäßige Ordnung zu schützen. Der Verfassungsschutz darf nicht gegen die politische Opposition eingesetzt werden. Versuchen, ihn als Regierungsschutz zu missbrauchen, ist entschieden entgegenzuwirken.

Deutschland ist aufgrund seiner wirtschaftlichen und industriellen Bedeutung nach wie vor im Zielspektrum ausländischer Geheimdienste. Auch die Zuständigkeiten und Befugnisse des Bundesnachrichtendienstes (BND) sind demgemäß angemessen auszugestalten.

Politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Werteordnung ernstnehmen und Machtstrukturen beseitigen

Die Religionsfreiheit nach Artikel 4 des Grundgesetzes ist unantastbar. Der politische Islam, also Islamismus oder fundamentalistischer Islam, und die Scharia sind jedoch gegen die Werteordnung des Grundgesetzes gerichtet und gehören nicht zu Deutschland. Diejenigen Moscheevereine und -verbände, die gegen die Werteordnung des Grundgesetzes agieren, werden verboten, ihre Imame – sofern sie nicht deutsche Staatsangehörige sind – ausgewiesen. Das Vermögen dieser Moscheevereine soll eingezogen werden.

Justiz für gewachsene rechtsstaatliche Herausforderungen befähigen, Jugendstrafrecht stärken

Die Justiz ist den neuen differenzierten und hochkomplexen Herausforderungen nicht ausreichend gewachsen, wie sie sich vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Cyberkriminalität zeigen. Dies führt zunehmend zur Vergrößerung des Dunkelfeldes und zu rechtsfreien Räumen. Hinzu kommt die häufig lange Verfahrensdauer, die in der Öffentlichkeit den Eindruck rechtlicher Unsicherheit erhöht.

Die Justiz hat zur Wahrung des inneren Friedens ihren rechtsstaatlichen Beitrag zu leisten. Für ihre vielfältigen Aufgaben bei der Durchsetzung des Rechts und bei Rechtsprechung benötigt sie qualifiziertes Personal und eine moderne, digitale Sachausstattung.



Der hohe Anteil von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund an der Gewaltkriminalität spiegelt die mangelnde Integration in die deutsche Gesellschaft wider. Bei der Strafzumessung ist auch aus generalpräventiven Gründen die Ablehnung der deutschen Gesellschaft zu berücksichtigen. § 46 des Strafgesetzbuches ist entsprechend zu ändern.

Kinder und Jugendliche sind steigendem Maße am Kriminalitätsgeschehen beteiligt. Zur Stärkung des Rechtsbewusstseins und zur Normverdeutlichung spricht sich die WerteUnion für schnellere Verfahren, Ausschöpfung des Strafrahmens und restriktive Anwendung des Jugendstrafrechts aus; ansonsten soll die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts erfolgen. Wie bisher soll bei Anwendung des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) eine Prüfung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit möglich sein (§ 3 JGG) und bei mangelnder Reife familiengerichtliche Maßnahmen. Die WerteUnion fordert die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts für Straftäter, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, als Regelfall. Für strafunmündige Kinder (unter 14 Jahren) müssen bei schweren Straftaten zum Fremd- und Selbstschutz geeignete Maßnahmen, z.B. die Unterbringung in Einrichtungen, zur Anwendung kommen. Die stark anwachsende Kriminalität von Kindern und Jugendlichen ist im Übrigen ein Alarmsignal, dass mit unserer Gesellschaft grundlegend „etwas nicht stimmt“; ihr muss auf allen politischen Feldern (Migration, Schul- und Digitalbildung, Wertevermittlung, Elternrechte etc.) begegnet werden. Dieses Problem kann nicht durch bloße Absenkung der Strafmündigkeit gelöst werden.

Der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz ist zukunftsorientiert aufzustellen

Die WerteUnion anerkennt die wichtige Rolle der Feuerwehren für den Brandschutz und die Brandbekämpfung sowie den sozialen Zusammenhalt insbesondere im ländlichen Raum. Gefährdungen, die sich aus der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa zunehmend auch für die kritische Infrastruktur ergeben, sowie unterschiedliche Naturkatastrophen und Bedrohungen stellen uns vor neue Herausforderungen. Der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, insbesondere Rettungsdienste und das technische Hilfswerk (THW), sind daher auszubauen. Die WerteUnion hält es für notwendig, auch den Selbstschutz der Bevölkerung zu stärken, damit die Menschen für eventuelle Notfälle besser vorbereitet sind.

Waffenrecht

In Deutschland gibt es derzeit mehr als 1,3 Millionen Sportschützen und über 460.000 Jäger, die legalen Zugriff auf Waffen haben. Sowohl das Schützenwesen, als auch die Jägerschaft sind tief in der Tradition verwurzelt. Sie sind deswegen ein wertvolles Gut unserer Gesellschaft und tragen einen großen Anteil am Vereinswesen und am Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sowohl Sportschützen als auch Jäger werden sowohl durch ihre Vereine als auch durch umfangreiche Schulungs-



maßnahmen zum verantwortungsvollen Umgang mit der Waffe und ebenso deren Verwahrung ausgebildet. Das Waffenrecht wurde in den letzten Jahren aus politischem Aktionismus immer wieder verschärft, um damit von Defiziten innerhalb anderer Aspekte der inneren Sicherheit abzulenken. Dadurch konnte aber weder die Sicherheit des einzelnen Bürgers erhöht noch die immer weiter steigende Tendenz zu Straftaten begrenzt werden.

Die in jüngster Zeit eingeführten Richtlinien und Verfahren haben den damit verbundenen bürokratischen Aufwand derart gesteigert, dass die vor Ort zuständigen Behörden an die Grenze der Belastbarkeit gebracht werden, was derzeit zu enormen Verzögerungen bei der Abarbeitung von Anträgen aber auch bei sinnvollen Kontrollmaßnahmen führt. Die WerteUnion fordert eine Entbürokratisierung des Waffenrechts und damit die Rückführung des Waffenrechtes und die daraus abgeleiteten Verordnungen auf einen sachlichen und anwendbaren Rahmen, der sowohl die Sicherheit als auch die praktische Ausübung durch einen angemessenen Aufwand berücksichtigt. Sowohl Schützen als auch Jäger dürfen nicht für Defizite anderer Aspekte verantwortlich gemacht werden oder unter politischer Willkür leiden.



6. Soziale Marktwirtschaft, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Freiheit mit sozialem Ausgleich und bildet so die Grundlage für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Gerechtigkeit. Auf diese Weise kann das von Ludwig Erhard vertretene Ziel „Wohlstand für alle“ erreicht werden. Die zentralen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft sind Privateigentum, Eigeninitiative, Eigenverantwortung, Freiheit und Unternehmertum neben einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik und dem Bestreben nach sozialer Gerechtigkeit. Die Soziale Marktwirtschaft schafft die Anreize für Innovationen und technischen Fortschritt und damit für Wirtschaftswachstum. Denn das, was verteilt werden soll, muss erst erwirtschaftet werden. Diese zentralen Elemente müssen wieder gestärkt werden, damit das bestehende Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialem Ausgleich korrigiert wird. Die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe des Staates besteht darin, einen stabilen und transparenten Ordnungsrahmen für die Wirtschaft zu schaffen, welcher Bürgern und Unternehmen einen möglichst großen Spielraum gibt und den Schutz des Privateigentums garantiert. Es gilt das Prinzip: So viel Markt wie möglich und nur so viel Staat wie nötig.

Schlanker und leistungsfähiger Staat

Die WerteUnion will einen schlanken und leistungsfähigen Staat. Wir werden konsequent auf nationaler und europäischer Ebene prüfen, welche bürokratischen Regelungen und Behörden verschlankt oder abgeschafft werden können. Nur so bekommen die Bürger und Unternehmen mehr wirtschaftlichen Spielraum für Eigeninitiative und eigenverantwortliches Handeln. Markt und Wettbewerb dürfen nicht länger durch Bürokratie und durch mehr sowie undurchdringliche Regulierungen und Vorschriften gelähmt werden. Staatliche Eingriffe in den Markt sind grundsätzlich so zu gestalten, dass die Funktionsweise des Preismechanismus nicht beeinträchtigt wird. Konsumtive Ausgaben des Staates müssen reduziert werden. Stattdessen soll der Staat seine Haushaltspolitik am Bedarf von Investitionen orientieren.

Die Zurückdrängung von Bürokratie und Steuerstaat ist für alle wichtig. Besonders betroffen ist der Mittelstand, der mit mehr als 3 Millionen Unternehmen und mehr als 20 Millionen Beschäftigten von größter Bedeutung für die deutsche Wirtschaft ist. Es sind vor allem Selbständige und mittelständische Unternehmen, die am meisten unter bürokratischen Auflagen und hohen Steuern leiden. Ihnen fällt die Erfüllung dieser Auflagen besonders schwer, da die damit verbundenen Kosten bei ihnen stärker ins Gewicht fallen als bei Großunternehmen.



Für Technologieoffenheit

Der Staat soll Forschung und Entwicklung fördern, darf aber nicht das Marktergebnis vorwegnehmen, indem er sich anmaßt zu entscheiden, welche Technologie die bessere ist, und diese dann durch Gebote und Verbote durchsetzt. In einem offenen und fairen Wettbewerbsprozess sollen sich am Markt die Technologien durchsetzen, die am besten geeignet sind, die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. In allen Forschungsgebieten, welche potenzielle Hochsicherheitsrisiken bergen, sind eine Technikfolgenabschätzung vorzunehmen und ethische sowie die Grund- und Menschenrechte betreffende Belange zu prüfen.

Wirtschaftspolitik mit ökologischer Verantwortung

Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz mit Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit vereint und nicht durch ideologisch besetzte Klimapolitik gesteuert wird. Die Umweltpolitik muss die Bewahrung aller unserer natürlichen Lebensgrundlagen zum Ziel haben und in ökologischer Verantwortung erfolgen. Ökologie und Ökonomie können miteinander in Einklang gebracht werden, wenn eine marktbasierende und kosteneffiziente Umweltpolitik betrieben wird.

Der Wettbewerb muss funktionieren

Die Soziale Marktwirtschaft ist durch funktionsfähigen Wettbewerb und sozialen Ausgleich gekennzeichnet. Der Wettbewerb ist dabei kein Selbstzweck, sondern soll dem Wohle aller dienen, indem er die Konsumentensouveränität schützt sowie die missbräuchliche Ausnutzung wirtschaftlicher und politischer Macht verhindert. Der Schutz der Wettbewerbsfreiheit ist deshalb eine der zentralen wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staates. Die Wettbewerbspolitik steht vor großen Herausforderungen, insbesondere durch die dominierende Stellung internationaler Großkonzerne. Diese Herausforderungen muss der Staat annehmen. Aber der Staat muss nicht nur den Wettbewerb schützen und fördern, er darf diesen auch nicht selbst verzerren. Deshalb ist grundsätzlich auf Subventionen zu verzichten, es sei denn, diese sind zum Erhalt von für die nationale Sicherheit unverzichtbaren Branchen oder der Infrastruktur im Bereich der Daseinsvorsorge notwendig.

Klares Bekenntnis zum deutschen Mittelstand

Die WerteUnion bekennt sich ausdrücklich zum deutschen Mittelstand als tragende Säule unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Mit rund 3 Millionen Unternehmen stellt der Mittelstand mehr als die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und bildet über 70 % der Auszubildenden aus. Der Mittelstand ist eine unverzichtbare Basis für Wohlstand, Innovation und soziale Stabilität in Deutschland.



Mittelständische und familiengeführte Unternehmen stehen für Verlässlichkeit, regionale Verantwortung, nachhaltiges Wirtschaften und generationenübergreifendes Denken. Sie sichern nicht nur Beschäftigung in allen Regionen unseres Landes, sondern prägen auch unsere Gesellschaft durch Unternehmergeist, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Gemeinwohlorientierung. Die WerteUnion setzt sich dafür ein, dass diese Werte wieder als tragfähige Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft geschätzt werden.

Die WerteUnion will den Mittelstand gezielt politisch unterstützen, indem wir einen Ordnungsrahmen schaffen, der Bürokratie und Überregulierungen abbaut, Investitionen erleichtert und die steuerlichen Rahmenbedingungen wettbewerbsfähig gestaltet.

Die Kontinuität familiengeführter Betriebe ist ein Stabilitätsfaktor für unsere Gesellschaft, den wir wieder stärken wollen. Wir anerkennen den Mittelstand als Motor einer freiheitlichen Marktwirtschaft, die Wohlstand der Bürger ermöglicht und zugleich unsere soziale Ordnung, regionale Identität sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Deutliche Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

In keinem Industrieland der Welt sind die volkswirtschaftlichen Produktionsmittel so stark gealtert wie in Deutschland. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland wiederherzustellen, fordert die WerteUnion Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung. Nur auf diese Weise lässt sich die Produktivität steigern, was angesichts der demographischen Entwicklung unumgänglich ist. Die notwendigen Investitionen müssen vom Staat und von den Unternehmen getätigt werden. Deshalb müssen die Investitionsbedingungen der Unternehmen verbessert werden, was eine stärkere Fokussierung der deutschen Wirtschaftspolitik auf die Angebotspolitik, zum Beispiel auf die Verbesserung der digitalen Infrastruktur und Verkehrsinfrastruktur sowie der Energieinfrastruktur und Versorgungssicherheit verlangt. Darüber hinaus ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Standorts Deutschlands im internationalen Wettbewerb notwendig, um die Abwanderung wichtiger Wirtschaftszweige und die derzeit stattfindende Deindustrialisierung zu stoppen und gleichzeitig für ausländisches Kapital attraktiver zu werden. Dabei ist der Wettbewerb um ausländische Direktinvestitionen mit der Qualität und Attraktivität des Standorts zu führen, nicht mit Subventionen. Auf kommunaler Ebene sollten ausreichend Gewerbegebiete und reine Industriegebiete ausgewiesen werden.

Deutschland muss eine offene Volkswirtschaft bleiben

Offene Märkte mit Wettbewerb schaffen Wohlstand. Für uns sind daher der EU-Binnenmarkt und ein fairer Welthandel die Grundlage für den Exporterfolg und den Wohlstand Deutschlands. Handelsbeschränkungen und Wirtschaftssanktionen lehnen wir im Regelfall ab. Eine wachsende Bürokratisierung des internationalen



Handels auf nationaler und europäischer Ebene, wie beispielsweise durch das Lieferkettengesetz und andere Regulierungen, lehnen wir ab. Die Globalisierung hat nicht nur der deutschen Volkswirtschaft, sondern auch vielen anderen Staaten erhebliche Wohlstandsgewinne beschert. Einer protektionistischen Handelspolitik erklärt die WerteUnion eine klare Absage.

Die Geldwertstabilität ist die Hauptaufgabe der Geldpolitik

Eine stabilitätsorientierte Geldpolitik ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus sozialen Gründen unverzichtbar. Kernaufgabe der Geldpolitik der EZB ist die Wahrung der Geldwertstabilität. Es ist nicht Aufgabe der Zentralbank, auf direkte oder indirekte Weise zur Staatsfinanzierung beizutragen. Ferner ist dafür Sorge zu tragen, dass die Benutzung von Bargeld weiterhin uneingeschränkt möglich ist. Der Nutzung von Bitcoin, einem dezentralen Geld und Kryptowährungen stehen wir grundsätzlich offen gegenüber.

Sozialpolitik mit Maß und Ziel

Hinter dem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft steht auch das Bekenntnis zum Sozialstaat, der dafür sorgt, dass alle Bürger die Chance bekommen, am Wohlstand zu partizipieren. Wer in eine wirtschaftliche Notlage gerät, dem muss geholfen werden. Aber die Sozialpolitik muss sich auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren und darf nur eine Hilfe zur Selbsthilfe darstellen. Wir lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Das diesem schon sehr nahekommende „Bürgergeld“ muss reformiert werden. Wir fordern einen deutlichen Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Transferleistungen. Arbeit muss sich wieder lohnen – und zwar auch dann, wenn man keine Transferleistungen des Staates in Anspruch nimmt. In der Sozialen Marktwirtschaft steht das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit an erster Stelle. Damit unvereinbar sind Umverteilungsmaßnahmen, welche nicht Chancen-, sondern Ergebnisgleichheit zum Ziel haben.

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels muss die gesetzliche Sozialversicherung stabilisiert und zukunftsfähig gemacht werden. Dazu ist es unter anderem unabdingbar, die unkontrollierte Zuwanderung unqualifizierter Wirtschaftsflüchtlinge, die unser System der sozialen Sicherung ganz erheblich belasten, sofort zu stoppen. Des Weiteren muss die gesetzliche Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden.

Die Rente muss dringend reformiert werden

Im Bereich der Altersvorsorge ist der Reformbedarf besonders groß. Das bisherige Rentensystem in Deutschland ist wesentlich von der demographischen Entwicklung abhängig, was aktuell zu erheblichen Risiken für jüngere Menschen führt. Die Nachhaltigkeitslücke im deutschen Rentensystem beträgt ca. 3 Billionen Euro. Die



Lebenserwartung ist um ca. 10 Jahre gegenüber den 1970er Jahren gestiegen, während die Geburtenrate zurückging. Die bisherigen Lösungsansätze in der deutschen Rentenpolitik, wie sie von den etablierten Parteien über Jahrzehnte vorgeschlagen wurden, haben sich als inadäquat erwiesen. Nach 2030 wird es voraussichtlich zu einem Kollaps kommen, wenn keine grundlegende Reform erfolgt.

Diese Reform sollte auf mehreren Säulen aufbauen: Erstens braucht es das gesetzliche Rentensystem der Umlagefinanzierung, wie es seit jeher für das deutsche Rentensystem charakteristisch ist, zweitens bedarf es einer steuerfinanzierten Unterstützung, und drittens muss das Rentensystem um ein kapitaldeckendes Element, wie es bereits sämtliche skandinavische Länder seit längerer Zeit erfolgreich praktizieren, bspw. in Form eines Staatsfonds, ergänzt werden.

Das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung ist von zweckfremden Ausgaben wie zum Beispiel von unberechtigten Anwartschaften zu befreien. Gleichzeitig muss eine stärkere Entkopplung der Rentenentwicklung von der Lohnentwicklung erfolgen. Wir setzen uns für eine grundsätzliche Flexibilisierung des Renteneintrittsalters ein. Wir plädieren für eine regelgebundene Anpassung der Zugangsrenten. Die Fixierung auf ein festes Renteneintrittsalter ist daher aufzugeben. Unser Ansatz zur Verbesserung der Rentensituation soll primär über die Förderung der Vermögensbildung erfolgen. Um neben der gesetzlichen Rente Anreize für eine private Altersvorsorge zu schaffen, ist diese durch Zuschüsse und Steuervergünstigungen zu fördern.

Um zukünftige Rentenzahlungen zu sichern, muss ein Sonderkapitalstock geschaffen werden, der demographische Schwankungen abfedert und solide Erträge erwirtschaftet. Dazu soll ein anfangs geringer, aber wachsender Teil der Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung als Kapitalstock separiert und breit gestreut am Kapitalmarkt investiert werden. Die Kapitalerträge sollen von der Rentenversicherung verwendet werden, um die laufenden Auszahlungen an alle Berechtigten zu sichern. Gleichzeitig sollte nach Vorbild der skandinavischen Länder ein Staatsfonds zur Deckung zukünftiger Rentenleistungen geschaffen werden. Zur Finanzierung des Staatsfonds ist zu prüfen, ob oder inwieweit Mittel aus den Targetsalden (Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB) herangezogen werden könnten.

Gute Bedingungen zur Schaffung und Erhaltung von Wohnraum

Die Kosten für das Wohnen sind in den letzten Jahren wesentlich stärker gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Privates Wohneigentum ist ein Vermögensbestandteil, der nicht nur wirtschaftlich unabhängig macht und der Altersvorsorge dient, sondern auch zu sozialer Stabilität beiträgt. Die Schaffung von Wohneigentum darf nicht länger durch überzogene Regulierungen beispielsweise im Baurecht verteuert und behindert werden. Vielmehr sollten geeignete Rahmenbedingungen sowie die Vermögensbildung gefördert werden. Die Grunderwerbsteuer



für den Ersterwerb selbstgenutzten Wohnraums von Privatpersonen muss abgeschafft und die Grundsteuer muss deutlich gesenkt werden. Der Erhalt von Wohneigentum über Generationen muss begünstigt und eine innerfamiliäre Übertragung ohne Steuern möglich werden. Wir wollen eine steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums.

Auch der Mietwohnungsmarkt würde durch den geforderten Bürokratieabbau entlastet werden. Steigenden Mieten muss auf der Nachfrageseite durch eine Beendigung der unkontrollierten Zuwanderung entgegengewirkt werden. Bedürftige Mieter sollten mit Wohngeld unterstützt werden. Nicht ordnungskonforme Eingriffe in die Mietpreisbildung, insbesondere einen „Mietpreisdeckel“, lehnen wir dagegen genauso ab wie ein Mietrecht und bürokratische Vorschriften, die Investitionen in den Wohnungsbau behindern.

Es darf weder auf nationaler noch europäischer Ebene Regulierungen zur energetischen Sanierung und Renovierung sowie zur Wahl der Heizsysteme geben, die die Hauseigentümer faktisch enteignen. Stattdessen sollen marktliche Anreizstrukturen für ein adäquates Wohnangebot sowie für die Beachtung ökologisch sinnvoller Produkte wieder Geltung haben.



7. Finanz- und Steuerpolitik

Zurück zu einer soliden Finanzpolitik

Zu einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik gehören äquivalente, an Leistung und Gegenleistung orientierte Steuern. Die in einer Marktwirtschaft gewünschten Wettbewerbsprozesse können sich entfalten, wenn der Staat in effizienter Weise öffentliche Güter, wie einen funktionierenden Rechtsstaat und eine leistungsfähige Infrastruktur, bereitstellt. In der Sozialen Marktwirtschaft muss der Staat Bürgern und Unternehmen einen möglichst großen Spielraum für eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln lassen. Dies ist für die WerteUnion ein wesentlicher Grundsatz der Steuerpolitik.

Da die Staatsverschuldung zu Lasten kommender Generationen geht und den Handlungsspielraum künftiger Regierungen einschränkt, ist die implizite und die explizite Neuverschuldung streng zu beschränken. Sie darf nur unter bestimmten Voraussetzungen und in einem genau begrenzten Umfang zulässig sein. Im Regelfall ist der Staatshaushalt ohne Kreditaufnahme auszugleichen. Dieses Ziel ist vor allem durch eine sparsame und wirtschaftliche Ausgabenpolitik zu erreichen. Denn der deutsche Staat hat heute kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Anreize für konsumtive Ausgaben, welche beispielsweise die Einwanderung in unser Sozialsystem begünstigen, sind zu reduzieren. Aus diesem Grund lehnt die WerteUnion die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz genauso ab wie deren Aufweichung.

Für ein einfaches, gerechtes und leistungsfreundliches Steuersystem

Die Einkommensteuer muss dem Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit Rechnung tragen, darf aber die Leistungsanreize nicht zu stark beeinträchtigen. Der Spitzensteuersatz liegt in Deutschland weit über dem EU-Durchschnitt. Auch deshalb soll der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden. Die kalte Progression wollen wir durch eine dynamische Anhebung des Steuerfreibetrages und eine Abflachung des Tarifverlaufs eliminieren. Daraus resultiert eine deutliche Senkung der Einkommensteuer für alle. Am Ehegattensplitting ist festzuhalten. Für eine Ausweitung zu Familiensplitting setzen wir uns ein. Ausnahmeregelungen und ungerechtfertigte Steuervergünstigungen sind zu streichen, auch um das Steuersystem zu vereinfachen. Die Erbschaftsteuer wird abgeschafft. Die erneute Einführung einer Vermögenssteuer lehnen wir grundsätzlich ab.

Die Unternehmensbesteuerung muss international wettbewerbsfähig werden. Zu diesem Zweck sollte langfristig die Gewerbesteuer durch einen kommunalen Hebesatz auf die abgesenkte Einkommen- und die Körperschaftsteuer ersetzt werden. Um eine Diskriminierung thesaurierter Gewinne in Personengesellschaften zu vermeiden, sollten die Regelungen des Einkommensteuerrechts an das Körperschaft-



steuerrecht angepasst werden. Dadurch könnte nicht nur die Unternehmenssteuerlast gesenkt, sondern auch der Steuerwettbewerb auf kommunaler Ebene gestärkt werden.

Das Steuersystem muss insgesamt entbürokratisiert und vereinfacht werden, indem unter anderem Bagatellsteuern abgeschafft werden. Das Bemühen um Steuergerechtigkeit darf nicht dazu führen, dass die Transaktionskosten der Besteuerung deren Nutzen übersteigen. Darüber hinaus sind die Unternehmen von ihren Pflichten, immer weitere Aufgaben der Finanzbehörden zu übernehmen (Beispiel: das Plattformen-Steuer-Transparenzgesetz) zu entbinden.

Die finanzielle Privatsphäre der Bürger schützen

Übergriffe des Staates in die finanzielle Privatsphäre der Bürger müssen verhindert oder, wo sie schon stattgefunden haben, rückgängig gemacht werden. Den „gläsernen Bürger“ darf es nicht geben. Deshalb lehnen wir sowohl das europäische Vermögensregister als auch die europäische Anti-Geldwäsche-Behörde entschieden ab und fordern die Rücknahme der zu weitgehenden Überwachungs- und Meldevorschriften von Banken, Immobilienmaklern und anderen Unternehmen. Wir sind prinzipiell gegen die Einführung des digitalen Euro – weil er einen großen Schritt zur Überwachung des Ausgabenverhaltens der Bürger ermöglicht.

Mehr Föderalismus wagen, Subsidiarität beachten

Der Föderalismus muss gestärkt werden. Dazu ist das bisherige Übergewicht des kooperativen Elements im deutschen Föderalismus durch eine stärker wettbewerbliche Ausrichtung zu korrigieren. Die Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden sind klar voneinander abzugrenzen, und Gemeinschaftsaufgaben müssen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Dabei muss das Subsidiaritätsprinzip maßgeblich sein, wonach eine möglichst dezentrale Kompetenzverteilung anzustreben ist. Vor allem darf der Bund nicht länger immer mehr Aufgaben an sich ziehen und die grundgesetzlich verankerten Kompetenzen der Länder immer mehr aushöhlen. Im Zweifel muss sich der Bund auf eine Rahmengesetzgebung beschränken, die nur grundlegende Prinzipien regelt und den Ländern weite Umsetzungsspielräume lässt.

Finanzautonomie von Ländern und Gemeinden stärken

Auf der Einnahmenseite gilt es, die Finanzautonomie von Ländern und Gemeinden zu stärken, damit diese eigenverantwortlich über die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Einnahmen entscheiden können. Wir befürworten einen Finanzaus-



gleich zwischen den Ländern im Sinne der grundgesetzlich gebotenen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Aber Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichheit. Deshalb darf der Finanzausgleich die Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern nicht vollständig nivellieren, damit diese noch Anreize zur Verbesserung ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft haben. Nur auf diese Weise kann der Wettbewerb zwischen den Ländern und zwischen den Gemeinden intensiviert werden und nur auf diese Weise kann der Föderalismus seine politischen und ökonomischen Vorteile entfalten.

So viel Europa wie nötig, so viel Subsidiarität wie möglich

Im Rahmen der Europäischen Union müssen die wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen grundsätzlich bei den Mitgliedstaaten liegen. Das Subsidiaritätsprinzip muss auch im Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten gelten. Heute ist das Gegenteil der Fall: Institutionen der EU überschreiten oft ihre Kompetenzen und missachten die in den Verträgen grundgelegten Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Diese Entwicklung zum Zentralismus muss rückgängig gemacht werden. Eine europäische Lösung ist nur in den Fällen angezeigt, in denen dies für das Funktionieren des Binnenmarktes erforderlich ist, also beispielsweise im Bereich der Handels- und Wettbewerbspolitik.

EU-Steuern und EU-Schulden verhindern

Wir lehnen nicht nur die Einführung von EU-Steuern entschieden ab, sondern fordern auch die Zurückführung des EU-Budgets auf das Maß, das zur Erfüllung derjenigen Aufgaben notwendig ist, die unbedingt auf europäischer Ebene erfüllt werden müssen. Wir wollen keine Schuldenunion. Eine Mithaftung für die Schulden anderer Staaten lehnen wir ebenso strikt ab wie die Ausweitung der gemeinschaftsweiten Verschuldungskompetenz.



8. Energie- und Umweltpolitik

Deutschland braucht ständig verfügbare und preiswerte Energie

Die erratische Politik der letzten Jahre (Atomausstieg, mit gleichzeitigem und überhastetem Ausbau sog. „Erneuerbarer“), hat einen wesentlichen Anteil an der aktuellen Wirtschaftskrise in Deutschland. Stahl- und Aluminiumproduzenten, die Chemieindustrie, aber auch Zukunftsbranchen sind davon stark betroffen. Der produzierende Mittelstand und die deutsche Industrie können nur dann international konkurrenzfähig produzieren, wenn sie auf kostengünstige und ständig verfügbare Energie zurückgreifen können.

Der Anteil des Ausbaus wetterabhängiger Stromproduktion durch Windturbinen und Solarkollektoren nimmt beständig zu. Im Winter, an sonnenarmen Tagen („Dunkelflauten“) und nachts kommt es regelmäßig zum starken Einbruch der Energieerzeugung unseres Stromnetzes und damit zu kurzfristigen Preisanstiegen an den Strombörsen. Zur Vermeidung eines „Brownout“ oder sogar eines großflächigen „Blackouts“ müssen Netzschwankungen durch die Vorhaltung eines konventionellen Kraftwerksparks als Doppelstruktur ausgeglichen werden. Um den stetig steigenden Bedarf an Energie zu bedienen (z.B. E-Mobilität, KI-Rechenzentren), brauchen wir wieder mehr lastfolgefähige Kraftwerke mit niedrigen Betriebskosten und eine gesicherte Versorgung durch thermische Kraftwerke für Industrie, Gewerbe und Haushalte. Stromimporte sollten auf Grund der in der Regel deutlich höheren Kostenabhängigkeit vermieden werden.

Energieinfrastruktur mit Augenmaß ausbauen

Die WerteUnion steht für einen technologieoffenen Energiemix, der eine sichere und günstige Stromversorgung im Blick hat. Forschungsprojekte zu kurzzeitigen und saisonalen Speichersystemen sollten unterstützt werden, sofern sie die Stabilisierung des Stromnetzes in geeigneter Weise unterstützen. Bis zur kommerziellen Nutzung von Zukunftstechnologien zum Beispiel der Fusionstechnologie, ist auf verlässliche, konventionelle Energieerzeugung zurückzugreifen. Kohle- und Gaskraftwerke bleiben in den Betrachtungen für die nächsten Jahrzehnte relevante Aspekte, wenn es um die Sicherstellung der Stromversorgung geht. Die Restriktion in Deutschland keinen Strom mit Kohle zu erzeugen, existiert auf europäischer Ebene nicht und ist somit mindestens bis 2040 eine Übererfüllung europäischer Vorgaben, die in Frage zu stellen ist. Deutschland könnte vorbehaltlich einer ökologischen Überprüfung nach wie vor einen beträchtlichen Teil des Bedarfs an Erdgas und Braunkohle aus heimischen Lagerstätten gewinnen, so wie es in der Vergangenheit der Fall war. Daher ist auch die Exploration eigener Gasvorkommen und deren Förderverfahren zu prüfen.

Gas aus Übersee ist wegen der unvermeidlichen Verluste während des Transportes potenziell umweltschädlicher als deutsches Erdgas.



Sicherstellung der Stromversorgung durch Kernkraftwerke

Kraftwerke auf der Basis von Kernspaltung werden als eine umweltverträgliche Art der Stromerzeugung angesehen, was von fast allen Industrieländern erkannt wurde. Sie haben einen geringen Flächenverbrauch und den geringsten Schadstoffausstoß. Das gilt insbesondere für bereits gebaute Kernkraftwerke. Deutschlands Kernkraftwerke gehörten zu den sichersten und zuverlässigsten weltweit. Die WerteUnion fordert die Abschaffung des Verbots der Stromerzeugung durch Kernkraftwerke in Deutschland und die Vereinheitlichung mit Europäischer Gesetzgebung. Kernkraftwerke der dritten und vierten Generation sind in vielen Ländern der Welt im Betrieb und im Bau. Die Forschung in Kerntechnologie und die Evaluierung neuer Reaktortechnologien sollten unterstützt werden.

Die WerteUnion bekennt sich zur Technologieoffenheit

Dies bedeutet, dass auch in Zukunft in die Forschung und Entwicklung von neuen Technologien investiert werden muss. Auch die Kernenergie muss in diesem Kontext einer kontinuierlichen Neubewertung unterzogen werden, denn Wissenschaft und Forschung müssen dem politischen Verbot bestimmter Technologien übergeordnet sein. Die besten Konzepte werden sich dann durch ihre Vorteile von allein am Markt durchsetzen.

Vernunft und Umweltschutz vor Ideologie – Wirtschaftlichkeit vor Subventionen

Die Energiepolitik Deutschlands ist seit der rot-grünen Koalition von 1998 geprägt von Ideologie und irrationalen Ängsten. Das ins Grundgesetz aufgenommene Ziel der „Klimaneutralität bis 2045“ ist aus ökonomischer Sicht unvernünftig, der Zeitrahmen ist außerdem unrealistisch und sollte daher einer Überprüfung unterzogen werden. Die Gesamtkosten für die Energiewende sollten stattdessen auf einer sachgerechten Planung beruhen und nicht auf ideologisierten Annahmen und Visionen. Die Energiewende in ihrer jetzigen Form und Geschwindigkeit der Umsetzung führt allerdings zu einer Abwanderung der Industrie und trägt damit signifikant zu Deutschlands wirtschaftlichem Niedergang bei.

Schluss mit Emissionshandel und Geoengineering

Die ökologisch kontraproduktive und ökonomisch destruktive Politik, so wie sie in Deutschland und der EU („Green Deal“) gegenwärtig betrieben wird, muss umgehend beendet werden; insbesondere das nationale und das europäische Emissionshandelssystem mit CO₂-Abgaben auf fossile Energieträger. Die Kohlendioxidemissionen Deutschlands betragen im Durchschnitt nur 1,8 % der durch



menschliche Handlung freigesetzten Emissionen, die wiederum nur 4,8 % der Gesamtemissionen sind, denn die natürlichen Emissionen betragen ca. 95,2 %. Das heißt, Deutschland könnte nur etwa 0,08 % der globalen Emissionen einsparen. Eine Reduktion dieses kleinen Anteils am globalen Emissionshaushalt würde kaum messbare Auswirkungen auf das Klima haben, aber zur Zerstörung oder Abwanderung unserer Industrien und zur Verarmung von großen Teilen der deutschen Bevölkerung führen. Abgesehen davon gilt, dass Emissionsreduktionen, wenn überhaupt, nur international koordiniert sinnvoll wären, unter Einbeziehung insbesondere Chinas, das für etwa ein Drittel der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich ist. Der frühzeitige Kohleausstieg in Deutschland im globalen Kontext hat demnach keine rationale Basis. Versuche, das Klima durch Geoengineering wie das Ausbringen großer Mengen an Aerosolen in die Atmosphäre zu beeinflussen, sollten im Vorfeld einer gründlichen Überprüfung zu den Auswirkungen auf Natur und Gesundheit unterzogen werden.

Reduzierter Ausbau sogenannter „erneuerbarer Energien“ auf landwirtschaftlichen und naturnahen Flächen

Deutschland ist ein schönes Land mit einer Landschaft, Natur- und Tierwelt, die geschützt und erhalten werden müssen. Der Ausbau sogenannter „erneuerbarer Energien“ erfordert aufgrund der geringen Energiedichte einen großen Flächenverbrauch. Er zieht die Umwidmung wertvoller Agrarflächen und eine Zerstörung der Landschaft durch die Umwandlung in Industriegebiete nach sich und steht in Konkurrenz zur Nahrungsmittel-Produktion. Wir haben bereits genauso viel Fläche für Energiepflanzen wie für Lebensmittel. Die vielerorts die Landschaft prägenden Energiepflanzen-Monokulturen sind jedoch für die Artenvielfalt schädlich.

Der Bau zukünftiger Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Wäldern und auf naturnahen Flächen sollte immer einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung unter Einbeziehung aller Energieträger und ohne ideologische Einflüsse unterzogen werden. Zukünftig sollten Subventionen eingestellt und Rückbauverpflichtungen obligatorisch durchgesetzt werden, um die ökologische Nachhaltigkeit sicherzustellen. Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen benötigen große Ressourcen bei der Herstellung, was oft zu Umweltproblemen führt, und sie haben eine wesentlich geringere Lebensdauer als konventionelle Kraftwerke, was die Ressourcenproblematik derzeit noch verschärft. Den damit verbundenen Kosten muss bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung im Vergleich zu anderen Technologien eine angemessene Rolle zukommen.

Keine Zwangsmaßnahmen bei Heizung und Gebäudedämmung

Energiesparen ist grundsätzlich ökonomisch und ökologisch sinnvoll. Überzogene Maßnahmen, um den Heizenergiebedarf von Gebäuden zu reduzieren, stellen hingegen inakzeptable Eingriffe in die Freiheits- und Eigentumsrechte (Bestands-



schutz!) der Eigentümer dar. Wegen hoher Anschaffungskosten sind sie oft nicht rentabel. Hohe Kosten für die Sanierung oder den Bau von Gebäuden haben zudem negative Auswirkungen auf das Wohnungsangebot und verschärfen den Mangel an Wohnungen in Deutschland. Die WerteUnion lehnt unverhältnismäßige Auflagen zur Dämmung von Gebäuden, die sich aus dem aktuellen Gebäudeenergiegesetz ergeben und das Bauen und Wohnen unnötig verteuern, ab. Wir setzen uns für die Angleichung an den EU-Standard ein.



9. Land- und Forstwirtschaft, Ernährungssicherheit

Für eine praxisorientierte Agrarpolitik

Deutschland verfügt über eine hochproduktive Landwirtschaft. Sie ist die Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung und sichert die nationale Unabhängigkeit mit Nahrungsmitteln. Mit ihren Zulieferern und den Abnehmern von landwirtschaftlichen Produkten, ihren vor- und nachgelagerten Wirtschaftssektoren sowie internationalen Partnern bildet sie einen leistungsfähigen Ernährungssektor. Unser Land ist arm an Rohstoffen, aber es hat fruchtbare Böden und günstige klimatische Bedingungen für Ackerbau und Viehzucht sowie Fischerei, Wein- und Gartenbau. Unsere landwirtschaftlichen Unternehmer stehen für ein enormes Leistungspotenzial.

Die WerteUnion ist bestrebt, Tendenzen in der Landwirtschaft zur Industrialisierung in Form zum Beispiel von Konzernen, Agrarholdings oder Kartellen entgegenzuwirken, denn die Monopolisierung senkt die Leistungsfähigkeit und die Anpassungsfähigkeit, mindert die Qualität und Vielfalt der Produkte und schränkt die regionale und nationale Versorgungsunabhängigkeit ein. Außerdem zerstört die Agrarindustrie die gewachsene Kulturlandschaft, deren Schönheit und Artenreichtum von kleinteiligen und vielfältigen Parzellierungen leben. Wir wollen diese Form einer landwirtschaftlichen Kulturlandschaft durch Förderung von Familienbetrieben im Voll- und Nebenerwerb sowie Agrargenossenschaften pflegen. Stabile (Mehr-)Familienbetriebe und Genossenschaften stärken durch enge Kooperation ihre Position im Markt.

Die WerteUnion steht für eine praxisorientierte Agrarpolitik, die das Privateigentum schützt und die Arbeit achtet. Wir wollen einen verbesserten Austausch zwischen Landwirten und der Politik schaffen, um Bedürfnisse und Probleme frühzeitig zu erkennen. Wir wollen der Landwirtschaft ihre Autonomie zurückgeben, ihre Eigenverantwortung stärken und Überregulierungen sowie Bürokratie abbauen. Die Landwirtschaft muss von politischer Fremdsteuerung befreit werden, denn z.B. die Klimaideologie trifft durch Kampagnen wie die Net Zero Agenda der Vereinten Nationen, die eine Reduktion von Kohlendioxid- und Methanemissionen auf fast Null fordert, die Bauern verstärkt. Die Landwirtschaft muss stärker an der Entwicklung der Förderprogramme und Rahmenbedingungen beteiligt werden, die den Betrieben Wertschöpfung ermöglichen und der Bevölkerung gesunde, bezahlbare Lebensmittel sichern. Wir möchten eine Agrarpolitik, welche Qualität und Nachhaltigkeit in den Vordergrund rückt und lehnen eine einseitige Ausrichtung auf Quantität und Produktionsintensität ab.

Lebensverhältnisse im ländlichen Raum verbessern

Wir sehen die wichtigsten Aufgaben der deutschen Agrarpolitik darin, unsere landwirtschaftlichen Ressourcen zu sichern und zu entwickeln, eine weitestgehende Selbstversorgung mit Lebensmitteln und eine möglichst hohe Zahl selbständiger



Unternehmen zu erreichen. Das Leitbild der WerteUnion ist der landwirtschaftliche mittelständische Unternehmer, als Familienbetrieb oder im Verbund mit anderen Landwirten oder in Agrargenossenschaften, mit seiner Verbindung aus Eigentum und Arbeit, aus Privatinitiative und Nachhaltigkeit in Generationenverantwortung. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Betriebsübergabe und -weiterführung durch Junglandwirte einfacher und attraktiver machen. Auch alternative Formen zur Sicherung regionaler Autonomie von Betrieben etwa durch Vereine oder Genossenschaften begrüßen wir. Hierzu gehört auch eine sozialgerechte Sicherung der Rente für Landwirte und ihre Familien. Wir werden uns für eine Überprüfung des Gesetzes der Alterssicherung für die Landwirtschaft (ALG) einsetzen. Denn wir wollen nachhaltige Zukunftsperspektiven für alle Generationen schaffen.

Durch geeignete Maßnahmen sind die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu verbessern, damit sie in Bezug auf die Grundversorgung gleichwertig mit dem urbanen Raum sind. So kann der demographischen Entwicklung und Abwanderungsprozessen aus dem ländlichen Raum entgegengewirkt werden. Nur so lässt sich langfristig der Erhalt und die Weiterführung von landwirtschaftlichen Betrieben sicherstellen und eine Stärkung des ländlichen Raums erreichen. Zu diesem Zweck sind die entsprechenden Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) auf einem gleichbleibend hohen Niveau zu halten und nach Möglichkeit aufzustocken. Es müssen umfangreiche Investitionen in den ländlichen Raum, insbesondere in dessen Versorgungsinfrastruktur sowie in soziale und regionale Projekte erfolgen, um die vorgenannten Ziele zu erreichen.

Landwirtschaftliche Ressourcen sichern und entwickeln

Landwirtschaftliche Böden gehören in die Hand ihrer Bewirtschafter. Das Bodenrecht ist dahingehend zu ändern, dass selbständige ortsansässige Landwirte erwerbsbedingt auch und gerade vor NGOs privilegiert sind. Die Land- und Siedlungsgesellschaften dürfen nicht mehr privatisiert sein und auf Eigengewinn wirtschaften. Es ist zu erwägen, sie abzuschaffen und die Kontrolle über die Vermarktung von Flächen und Betrieben an die Landwirtschaftskammer anzugliedern.

Produktive Böden müssen geschützt werden vor ausuferndem Energiepflanzenanbau sowie vor Versiegelung und Verödung durch Wind- und Solarkraftwerke. Wir wollen eine Landwirtschaft unterstützen, die regionale Vielfalt lebt und den Boden für fruchtbare Humusbildung pflegt. Hierfür sind Gemischtbetriebe entscheidend, da diese eine Kreislaufwirtschaft betreiben können, die Pflanzenbau- und Viehwirtschaft in ein ausgewogenes Verhältnis bringt. Tierhaltung, speziell Rinderhaltung in bäuerlichen Strukturen, ist für lebendigen Bodenaufbau durch Mikrobiompflege sowie für den Grünlanderhalt wichtig.

Den Verwaltungsapparat im Baurecht gilt es zu modernisieren und zu digitalisieren, damit die Bearbeitungszeiten für Bauvorhaben landwirtschaftlicher Unternehmen



erheblich reduziert werden können. Es muss langfristig Planungssicherheit für landwirtschaftliche Bauvorhaben hergestellt werden. Die politischen und planungsrechtlichen Rahmenbedingungen wollen wir im Austausch mit den Landwirten erarbeiten. Zur Erhaltung und zukunftsfähigen Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Unternehmen wollen wir Ausbildung und Forschung in Agrarberufen fördern. Hierzu gehören überbetriebliche Kooperationen, die Intensivierung der Partnerschaften zwischen Schulen, Praxisbetrieben und externen Partnern sowie der Ausbau der Agrarwissenschaften an Berufsfach- und Hochschulen sowie im Fernstudium und in öffentlichen Forschungseinrichtungen.

Naturschutz aus Überzeugung

Die WerteUnion vertritt einen Ansatz der „Kulturnatur“, die den Menschen als Teil der Natur betrachtet. Naturschutz ist durch und mit dem Menschen sinnvoll zu betreiben. Gerade nachhaltige Pflege der Natur ist in der Lage, hochgradige Biodiversität auszubilden. Der Schutz von Raubtieren wie Wolf und Bär ist zu begrenzen, wenn Tierhaltung und menschliche Bewegungsfreiheit in der Natur gefährdet sind. Jagdrechtliche Vorschriften zur Bejagung von Wölfen und anderen Wildtieren sind zur Regelung der Populationsdichte entsprechend im EU-Recht und im Bundesjagdgesetz zu schaffen.

Die WerteUnion lehnt die Stilllegung landwirtschaftlicher Produktionsflächen ab. Wir setzen uns ein für eine standortgerechte Bewirtschaftung und freiwillige Programme z. B. zum Humusaufbau von Böden, zur ökologischen Landwirtschaft und für die Erhaltung der Artenvielfalt in der Natur. Wir sind gegen generelle Verbote und Einsatzbegrenzungen von Pflanzenschutzmitteln. Diese sind vielmehr mit Blick auf Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz einzusetzen. Bedarfsgerechte und ertragsichernde Maßnahmen sind ohne ideologische Voreingenommenheit in ihren Vor- und Nachteilen unter Berücksichtigung der Forschungslage abzuwägen und mit Rücksicht auf ein nachhaltiges Umwelt-, Ressourcen- und Wassermanagement zu bewerten.

Nachhaltige und ökologische Landwirtschaft muss freiwillig und aus Überzeugung betrieben werden. Wir wollen ökologische Landwirtschaft nicht durch Regularien erzwingen, sondern vielmehr durch Angebote für Fortbildungen und Anreizprogramme unterstützen. Übermäßige Kontrollen konventioneller und ökologischer Betriebe müssen auf ein vernünftiges Maß reduziert werden.

Auch Verbraucher, mit besonderem Blick auf Kinder und Jugendliche, sollen Bildungsangebote zur Aufklärung über Landwirtschaft und gesunde Ernährung erhalten. Ökologisch arbeitenden Betrieben soll aber Schutz vor Kontamination mit gentechnisch veränderten Pflanzen und Pesti- sowie Herbiziden gewährt werden, indem deren Verwendung in der Landwirtschaft und ihren Produkten unter Kennzeichnungspflicht gestellt wird. Die Transparenz durch Kennzeichnungspflicht dient auch dem Verbraucherschutz.



Innovative Züchtungstechniken fördern, Risiken der Gentechnik beschränken

Saatgut muss patentfrei zur Verfügung stehen. Die WerteUnion sieht den Einsatz von „grüner Gentechnik“, insbesondere artüberschreitender, und die Anwendung von sogenannten „neuen genomischen Techniken“ kritisch. Vielmehr müssen klassische sowie innovative, auch durch Genanalyse unterstützte Züchtungstechniken gefördert werden. Denn diese Züchtungsformen vermeiden die Risiken gentechnisch veränderter Nutzpflanzen. Die von der EU-Kommission geplante Aufweichung der Regulierung von mit modernen Techniken genetisch modifizierten Organismen lehnt die WerteUnion kategorisch ab. Über den Einsatz von Gentechnik muss vollständige Transparenz und Sicherheit in allen Produkten gegeben sein; eine unkontrollierte Ausbreitung gentechnisch modifizierter Organismen ist zu verbieten, Anwender sind unter Haftung zu stellen. Die WerteUnion setzt sich für das Verbot von Gene Drives ein. Das ist eine neuartige Gentechnik, die eingesetzt werden kann, um ganze Spezies auszurotten. Die Anwendung in der freien Natur birgt unabschätzbar große Risiken für die Biodiversität und Ökosysteme.

Volle Transparenz über Inhaltsstoffe

Wir setzen uns für eine vollständige Deklaration der Inhaltsstoffe in Nahrungsmitteln und in allen für deren Herstellung erforderlichen Produkten in der Landwirtschaft ein. Dies gilt insbesondere für die Beimengung von Insektenbestandteilen, für labor-technisch fabrizierte Inhaltsstoffe („Laborfleisch“) und andere künstlich hergestellte Substanzen, beispielsweise Aromen, Konservierungsmittel und Farbstoffe. Wir fordern eine grundsätzliche Kennzeichnungspflicht für den Einsatz gentechnischer Verfahren und ihrer Produkte. Es muss für den Verbraucher vollständige Transparenz über den Einsatz von Gentechnik bestehen, damit seine freie Entscheidung über Kauf und Nutzung möglich wird.

Für einen fairen Wettbewerb

Die Ökonomie unserer Landwirtschaft leidet unter anhaltendem Preisdruck durch Importe aus Ländern mit meistens niedrigeren ökologischen und sozialen Standards. Importierte landwirtschaftliche Rohstoffe und Lebensmittel sollen eine eindeutige Lebensmittelkennzeichnung erhalten sowie den Grad der Beachtung sozialer und ökologischer Kriterien ausweisen. Die Standards innerhalb der EU sind zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Viele EU-Regelungen sind zu überprüfen und zu revidieren, denn sie entsprechen nicht der Realität und Vielfältigkeit landwirtschaftlicher Betriebe. Regeln dürfen nicht allein für Großbetriebe ausgelegt und dann auf Kleinbetriebe übertragen werden, die hierdurch Wettbewerbsnachteile erleiden. Es ist Freiraum für regionale Besonderheiten zu ermöglichen. Wir wollen Subventionen in der Landwirtschaft auf das Maß zurückfahren, welches zur Gewährleistung der Funktionalität und Wirtschaftlichkeit unserer heimischen Betriebe notwendig ist.



Voraussetzung dafür ist, dass der europäische Binnenmarkt geschützt wird vor Importen von außerhalb der EU und EFTA (Europäische Freihandelsassoziation). Deshalb lehnen wir Freihandelsabkommen ab, die unsere landwirtschaftlichen Betriebe weiter unter Druck setzen würden. Die EU-Agrarpolitik muss dringend grundlegend reformiert werden, insbesondere hinsichtlich bürokratischer Vorgaben und der Fremdsteuerung durch Subventionen.

Regionale Produktvermarktung ist durch rechtliche Rahmenbedingungen zur Förderung der Autonomie in der Landwirtschaft zu unterstützen. Hierzu sollen regionale Strukturen in der Zusammenarbeit von Bauern und Verbrauchern sowie mit den nachgelagerten Handwerksbetrieben wie Bäcker, Molkereien und Metzger leichter wieder auf- und ausgebaut werden können.

Den Landwirten die Autonomie zurückgeben

CO₂-Steuern oder der „Green Deal“ der EU mit Maßnahmenpaketen wie dem Zehnjahresplan „Vom Hof auf den Tisch“ senden die falschen Signale. Wir wollen solche ideologisch motivierten systemischen Fremdsteuerungen der Landwirtschaft abschaffen und dieser ihre Autonomie zurückgeben. Die Landwirte sollen selbst bestimmen, wie sie wirtschaften und ob und wie sie gegebenenfalls Extensivierung mit Rücksicht auf regionale klimatische und bodenrelevante Bedingungen sowie wirtschaftliche Erwägungen vornehmen.

EU-Recht hat zu einer massiven Überbürokratisierung geführt, die ihre eigenen Ziele im Kern verfehlt. Insbesondere müssen die Regeln für Düngung, Pflanzenschutz und Nutztierhaltung im Sinne der guten fachlichen Praxis vereinfacht und an die lokalen Bedingungen der landwirtschaftlichen Unternehmen angepasst werden. Hier sind sinnvolle Differenzierungen mit Blick auf die Betriebsgröße vorzunehmen. Die Werte-Union fordert außerdem eine Bagatellgrenze für kleinere Betriebe im Verwaltungsvollzug.

Die WerteUnion steht für eine Korrektur der Agrarumweltpolitik. Anreize und Pflichten zur Stilllegung und Extensivierung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen sind abzuschaffen. Stetige Ausweitung von Schutzgebieten durch einschränkende naturschutzrechtliche Auflagen sind kontraproduktiv zur Sicherstellung einer ausreichenden Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Inland. Eine nachhaltige Bewirtschaftung mit hohen ökologischen Standards trägt zur Pflege der Natur bei, wie beispielsweise eine über Generationen produktiv betriebene nachhaltige Forstwirtschaft zeigt.

Tierwohl und regionale Wertschöpfung stärken

Wir unterstützen Bestrebungen zur Verbesserung des Tierwohls, die sich auch für die Landwirte lohnen müssen. Wir wollen dafür sorgen, dass sie für ihre Anstrengungen und die höheren Kosten für tiergerechte Haltung faire Preise für ihre Pro-



dukte am Markt erzielen können. Der Bestandsschutz für Neu-, Aus- und Umbauten ist zu erweitern. Die bäuerliche Tierproduktion wollen wir dagegen so wenig wie möglich einschränken. Tierwohl hängt nicht von starren Haltungsregeln ab, sondern davon, dass möglichst viele Bauern sich eigenverantwortlich um überschaubare Tierbestände kümmern.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Schlachtbetrieb wieder regional verankert wird. Mobile Schlachtbetriebe und Hofschlachtungen durch Anpassung entsprechender Gesetze sollen leichter möglich sein und die Zusammenarbeit mit regionalen Metzgern und kleinen regionalen Schlachtbetrieben unterstützt werden. Denn so lassen sich für das Tierwohl negativ auswirkende lange Transporte und eine entwürdigende industrielle Schlachtung vermeiden. Wir lehnen weite überregionale nichttierartgerechte Transporte ab.

Forstwirtschaft in einem gesunden Verhältnis von Ökonomie und Ökologie

Der Wald ist ein wichtiger Kulturbestandteil Deutschlands. Eine seit mehr als 300 Jahren praktizierte Forstwirtschaft nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit prägt den Wald in Deutschland. Diese Wälder werden in verschiedensten Eigentumsstrukturen ertragreich und nachhaltig genutzt. Holz ist ein nachwachsender Rohstoff, der als Wald unser Klima positiv beeinflusst und in großer Menge und hoher Güte zur Bearbeitung bereitsteht.

Immer wieder gibt es politische Versuche auf Drängen der Naturschutzverbände, die Entscheidungsfreiheit der Waldbesitzer bzw. deren Eigentum einzuschränken. Die WerteUnion setzt sich für die Entscheidungsfreiheit des Waldeigentümers ein. Die WerteUnion will staatliche Regelwerke abbauen und die Selbstverwaltung stärken. Eine zukunftssträchtige Forstwirtschaft in Deutschland erfordert Rahmenbedingungen, die eine Wertschöpfungskette aus Bewirtschaftung und Ernte des Holzes und dessen Weiterverarbeitung langfristig begünstigen.

Um die Existenz der Forstbetriebe zu sichern, fordert die WerteUnion den Erhalt des Bundeswaldgesetzes in seiner jetzigen Fassung von 1975. Ideologie-basierter Naturschutz ist einzudämmen und der Wald als Wirtschaftswald zu erhalten. Waldbauliche Möglichkeiten, sowohl heimische wie fremdländische Baumarten zu mischen, stärken Resistenz und Resilienz des Waldes und sind nach Ansicht der WerteUnion eine wesentliche Grundlage für Wiederaufforstungen, gerade im Katastrophenfall. Die WerteUnion steht für den Schutz und Erhalt der Eigentumsstrukturen in der deutschen Forstwirtschaft und setzt sich ein für eine Bewirtschaftung in einem gesunden Verhältnis von Ökonomie und Ökologie.



10. Wissenschaft und Forschung

Erkenntnisfortschritt durch Wissenschaftsfreiheit

Die Wissenschaft trägt wesentlich zur Emanzipation des Menschen, zum Fortschritt und zur Schaffung von Wohlstand auf der ganzen Welt bei. Neben dem Rechtsstaat ist sie eine der Grundlagen der offenen Gesellschaft. Sie kann ihre Funktion aber nur dann erfüllen, wenn sie frei von jedweder Einflussnahme – sei sie politischer, ideologisch-weltanschaulicher oder ökonomischer Art – ist. Wissenschaft braucht einen offenen Freiraum, der nicht durch Vorgaben oder Tabus eingegrenzt wird, und ist allein dem Ringen um Erkenntnis im Bewusstsein methodischer Vielfalt und Perspektivität verpflichtet. „Die“ Wissenschaft im Sinne eines Katalogs unumstößlicher Wahrheiten kann es nicht geben. Denn auch eine herrschende Meinung, die von der Mehrheit der Wissenschaftler geteilt wird, kann sich als falsch und die Minderheitsmeinung als richtig erweisen. Die bedingungslose Bindung an Wahrheitssuche vollzieht sich als kontinuierlicher Prozess im offenen Diskurs konkurrierender begründeter und überprüfbarer Positionen. Sie ist Garant der Wissenschaftsfreiheit.

Die Wissenschaftsfreiheit findet nur dort ihre berechtigten Grenzen, wo die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in Kollision mit der moralisch-ethischen Verantwortung geraten. Ein demokratischer Diskurs muss daher die vertretbaren Grenzen von Hochrisikoforschung aushandeln, um im Zweifelsfall begründet auch Moratorien parlamentarisch zu beschließen. Die WerteUnion sieht beispielsweise die Gain-of-Function-Forschung, mit der die Übertragbarkeit und Aggressivität von Krankheitserregern gesteigert wird, als eine solche Hochrisikoforschung an und fordert eine internationale Ächtung der Gain-of-Function-Forschung.

Wissenschaft von Ideologisierung befreien

Die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre wird zunehmend durch moralische, ideologische, politische und ökonomische Vorgaben, Zwecke und Interessen beeinträchtigt. Niemand sollte aufgrund von Interessen festlegen, welche Gegenstände, Fragestellungen, Themen, Methoden und Argumente erforscht werden dürfen und welche zu tabuisieren sind. Diese aufzuhebende Fremdsteuerung betrifft insbesondere die Forschung in den Gebieten Klima-, Energie-, Migrations-, Friedens- und Genderforschung sowie zu gesundheitspolitischen Fragen, unter anderem zu Themen der WHO und zu den Corona-Maßnahmen. Durch den ideologisch erzeugten Konformitätsdruck werden wissenschaftliche Debatten begrenzt, in vorbestimmte Bahnen gelenkt oder verunmöglicht. Wer sich diesem Druck nicht unterwirft, wird ausgegrenzt und muss mit beruflichen, sozialen und finanziellen Nachteilen rechnen.

Diese Entwicklung schadet der Leistungs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Wissenschaft und der Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Deutschland. Die



WerteUnion verteidigt deshalb entschlossen die Freiheit von Forschung und Lehre und lehnt solche Einschränkungen und Vorgaben entschieden ab. Im Wissenschaftsbetrieb darf es grundsätzlich keine Denk- und Sprechverbote oder -gebote, Kontaktschuld und Cancel Culture geben. Quotenregelungen lehnen wir ab; das Leistungsprinzip muss Vorrang haben.

Keine politische Vereinnahmung der Wissenschaft

Wissenschaftliche Positionen ergeben keine Handlungsanweisungen, sondern sie bilden die Grundlage für politische Entscheidungen. Diese Entscheidungen müssen im freien, öffentlichen politischen Diskurs und durch die demokratisch legitimierten und an die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit gebundenen Instanzen getroffen werden. Es ist die Pflicht der Politik, in ihre Entscheidungsfindung auf transparente Weise das gesamte Spektrum heterogener wissenschaftlicher Positionen unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Konsequenzen einzubeziehen. Um dies zu gewährleisten, ist bei der Zusammensetzung wissenschaftlicher Politikberatungsgremien Pluralität sowohl in Bezug auf Fächer als auch auf Interessen und wissenschaftliche Positionen bindend vorzuschreiben. Politische Maßnahmen, insbesondere insoweit sie in Grundrechte eingreifen, sind hinsichtlich ihrer Erforderlichkeit, Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse zu überprüfen.

Grundfinanzierung der Wissenschaft sichern

Innovation in der Wissenschaft entsteht in freien Denk- und Experimentierräumen. Deshalb muss Grundlagenforschung finanziell unabhängig gesichert sein. Eine zweck- und interessenorientierte Fremdsteuerung von Forschung durch ökonomische Anreize und interessenfundierte Wettbewerbsstrategien in Form von drittmittelgestützten Forschungs- und Exzellenzprogrammen widersprechen der Wissenschaftsfreiheit. Im Unterschied zu Forschungsaufträgen müssen daher Forschungsprogramme von den jeweils beteiligten Wissenschaften selbst entwickelt werden und frei von Einflussnahme durch Gruppen bzw. Bewegungen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sein.



11. Medizinische Versorgung, Gesundheit und Pflege

Für ein solidarisches, humanes Gesundheitswesen

Die WerteUnion strebt ein solidarisch organisiertes, humanes Gesundheitswesen an, in dessen Zentrum die freie, informierte Therapieentscheidung des Patienten steht. Das Ziel liegt in einer hochwertigen, möglichst wohnortnahen medizinischen Versorgung der Bevölkerung, sowohl ärztlich als auch pflegerisch, sowohl technisch als auch menschlich, sowohl ambulant wie stationär – unabhängig von Alter, Einkommen oder Vermögen. Die Grundlage dafür bilden aktuelle, auf unabhängiger Wissenschaft beruhende Erkenntnisse, eine gute medizinische Ausbildung und bewährtes, reflektiertes Erfahrungswissen. Doch erst der freie Zugang zu hochwertigen und verständlichen Informationen über dieses Wissen ermöglicht Patienten und ihren Behandlern die individuell besten Therapieentscheidungen, die auf diese Weise auch die Selbstwirksamkeit des Patienten sowie das Vertrauen in die Medizin stärken.

Diese Ziele verlieren die politischen Entscheidungsträger seit vielen Jahren aus den Augen. Deutschland hat die höchsten Gesundheitsausgaben pro Kopf in der EU und liegt bezüglich der Lebenserwartung seiner Bürger auf den hintersten Rängen. Dies deutet den Handlungsbedarf an. Grundlegende neue Weichenstellungen sind notwendig, um die Funktionsfähigkeit des solidarischen deutschen Gesundheitssystems, um welches uns die Welt früher beneidete, wieder zu stärken.

Grundlagen guter Medizin sichern – gefährliche Übertherapien eindämmen

Um das Gesundheitssystem konsequenter an dieser Zielsetzung auszurichten, gilt es, den tatsächlichen prophylaktischen und therapeutischen Nutzen vieler Behandlungen umfassender wissenschaftlich zu erforschen und den ermittelten Nutzen auch zur Entscheidungsgrundlage zu machen. Wenig ist gewonnen, wenn Infrastrukturen und Verfügbarkeit medizinischer Angebote verbessert werden, jedoch die Behandlung selbst wenig nützt oder gar schadet. Insbesondere gilt es, gefährliche Überdiagnostik und Übertherapien besser zu identifizieren, die sich zu einem eigenen Gesundheitsrisiko entwickeln. Deshalb verfolgt die WerteUnion als zentrales Reformanliegen zukünftig die vorhandenen finanziellen Mittel gezielter und effektiver für gute Therapien einsetzen zu können und teils kostspielige, aber im Ergebnis fragwürdige oder sogar schädliche Irrwege zu verlassen.

Subsidiaritätsprinzip auch in der Medizin

Die Entscheidungsbefugnis zu Fragen regionaler medizinischer Versorgung obliegt immer mehr zentralen Strukturen. Oft wissen jedoch Regionen in Form der Kommunen oder Landkreise besser, welcher tatsächlicher Bedarf besteht. Es gilt die Verantwortlichkeiten in Entscheidung und Ausführung vermehrt dort einzubinden, wo die Versorgung auch stattfindet.



Unabhängigkeit der Forschung und Institutionen sicherstellen

Allerdings müssen für diese Zielsetzung Grundlagen gesichert werden. Als erstes muss die Unabhängigkeit der medizinischen Forschung wiederhergestellt werden. Insbesondere müssen die Drittmittelabhängigkeit und der daraus resultierende Ergebnisdruck medizinischer Studien wirkungsvoll abgebaut werden. Ebenso muss die Unabhängigkeit der Institutionen wieder gewährleistet sein. Die fachliche Weisungsbefugnis seitens des Dienstherrn, des Bundesministeriums für Gesundheit, ist aufzuheben. Die Fachbehörden und -Kommissionen sind rein fachlichen Vorgaben und wissenschaftlichen Standards verpflichtet. Insbesondere gilt es, die Verflechtungen zwischen den Gesundheitsbehörden wie Paul-Ehrlich-Institut (PEI), Robert-Koch-Institut (RKI) und Ständiger Impfkommision (StIKo) sowie auch der Ärztekammer mit der Pharmaindustrie aufzulösen und zukünftig effektiv zu verhindern.

Arzneimittelsicherheit und Behandlungsleitlinien verbessern

Gute Medizin benötigt Arzneimittelsicherheit. Die bestehende dysfunktionale Umsetzung geltender Regeln im Rahmen der Zulassung und Überprüfung von Arzneimitteln gefährdet unmittelbar Menschenleben. Die Unabhängigkeit des Zulassungsprozesses muss wieder garantiert sein und gegebenenfalls wieder neu aufgebaut werden. Im Arzneimittelgesetz sind rückwirkend alle Gesetze zu überprüfen, ob diese auf Pharmastellungsmaßnahmen oder -interventionen zurückzuführen sind und möglicherweise mit ungesichertem abhängigem fachlichem Erkenntnisstand in Widerspruch stehen. Ebenso muss die Qualität von Behandlungsleitlinien verbessert werden. Da fehlerhafte Behandlungsleitlinien sowohl die Patientengesundheit als auch den sinnvollen Einsatz finanzieller Ressourcen gefährden, verlangt die WerteUnion besser als bisher auf Unabhängigkeit und Hochwertigkeit bei der medizinischen Leitlinienerstellung zu achten.

Abrechnungssysteme und Datenerfassung an den Patienten orientieren

Derzeitige Anreiz- und Abrechnungssysteme setzen Anbieter medizinischer Leistungen häufig unter Druck, den kommerzielleren Behandlungsweg einzuschlagen ohne wirklichen Vorteil für den Patienten. Außerdem entstand ein destruktives Sektorendenken durch die Trennung von ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen, die Behandlungen häufig einer reinen Abrechnungslogik unterwerfen anstatt auf eine möglichst sinnvolle Verzahnung zu achten. Es bedarf eines besseren, gut ausbalancierten Regel- und Koordinationssystems, um die Finanzierungs- und Entlohnungssysteme stärker am tatsächlichen Nutzen für den Patienten auszurichten.

Die Dokumentationspflicht hat sich zu einem Bürokratiemonster ausgewachsen, welches vor allem das Personal belastet. Deshalb muss der medizinische Alltag ent-



schieden entbürokratisiert werden. Unsinnige, nur das Personal belastende Dokumentationspflichten müssen gestrichen werden. Die Entscheidungsqualität wird nicht durch Massenerfassung, sondern durch stichprobenartige, aber dafür repräsentative und qualitativ hochwertigere Erfassung medizinischer Daten verbessert. Die Datensicherheit muss wieder erhöht werden durch Abschaffung der zu Datenmissbrauch einladenden Massenerhebungen wie beispielsweise im Rahmen des „Europäischen Gesundheitsdatenraumes“ oder des Krankenhauspflegeentlastungsgesetzes. Die elektronische Patientenakte und die Telematikinfrastuktur müssen freiwillig bleiben, ohne dass Nachteile entstehen.

Krankenkassensystem reformieren

Die WerteUnion möchte die Krankenkassen zu ihrer Kernaufgabe, eine hochwertige Versorgung der Solidargemeinschaft zu sichern, zurückführen. Abrechnungssysteme sind zu überprüfen und auf ein patientenorientiertes Angebot und gerechte Abrechnung hin zu optimieren. Wir wollen das duale Versicherungssystem erhalten. Dazu bedürfen das staatliche und das private Kassensystem einer Reform. Transferleistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung für versicherungsfremde Leistungen sind zu beenden. Der Fehlanreize verursachende Gesundheitsfonds muss abgeschafft werden. Die stationäre Abrechnung über diagnosebezogene Fallgruppen muss reformiert werden.

Die Anzahl und Kosten der gesetzlichen Krankenkassen müssen angemessen reduziert werden, ohne jedoch einer Monopolisierung Vorschub zu leisten. Die Synergieeffekte durch die Verschmelzung von Berufsgenossenschaften und Krankenkassen sind zu diskutieren und gegebenenfalls umzusetzen. Der Wettbewerb privater Anbieter muss erhalten bleiben.

Krankenhausbetten und Pflegeeinrichtungen an den Bedarf anpassen

Im internationalen Vergleich belegt Deutschland eine Spitzenposition bei der Zahl von Krankenhausbetten pro Kopf. Fehlbelegungen durch Patienten, die keine Krankenhausbehandlung benötigen, und Übertherapien belasten finanzielle Ressourcen. Ein notwendiger Bettenabbau kann jedoch in einer alternden Gesellschaft nur unter bestimmten Bedingungen kontrolliert und ohne Beeinträchtigung der Versorgung erfolgen. Grundsätzlich muss die wohnortnahe Grund- und Regelversorgung erhalten bleiben. Die Intensivmedizin ist neu zu strukturieren bei gleichzeitigem Ausbau niederschwelliger Überwachungsstrukturen. Der Wettbewerb von öffentlichen und privaten Häusern ist fair zu gestalten. Jede Monopolbildung muss entschieden verhindert werden.

Die hochwertigen geriatrischen und palliativen Strukturen in Pflegeeinrichtungen müssen flächendeckend ausgebaut werden. Die häusliche Pflege muss höher geschätzt und finanziell gleichgestellt werden. Die Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen muss endlich umgesetzt werden statt der nun schon jahrelangen



leeren Versprechen. Der Personalschlüssel für direkte Pflege in Alten- und Pflegeeinrichtungen muss erhöht werden. Die Wahrung der Menschenrechte sollte dort kontinuierlich überprüft werden. Arzneimittelkaskaden, medikamentöse Fixierung und ungenehmigte Forschungsstudien müssen zielgerichtet aufgespürt und abgestellt werden. Der Beruf des Gesundheits- und Krankenpflegers wird erst dann wieder attraktiv werden, wenn Menschen, die diesen Beruf gewählt haben, auch angemessene Pflegebedingungen vorfinden.

Ambulante Versorgung durch Attraktivitätssteigerung freier Praxen sichern

Auch für die ambulante Versorgung ist der Ausbau und Erhalt einer wohnortnahen Grund-, Regel- und Notfallversorgung ein vorrangiges Ziel der WerteUnion, explizit auch für ländliche Regionen und im Hinblick auf eine notwendige Reduktion von Krankenhausbetten. Die Sicherung der ambulanten Versorgung liegt am besten in den Händen von selbstständigen Praxen. Jeder Politik, die das ändern möchte, in dem sie die ambulante Versorgung beispielsweise an Krankenhausträger verlagern möchte, erteilt die WerteUnion eine Absage. Mit ihr wird es keine vorrangige Staats- und Konzernmedizin geben. Doch es besteht jetzt schon eine Unterversorgung, die sich ohne Kurskorrektur zu dramatischen Versorgungslücken auswachsen wird. Deshalb muss sofort die Attraktivität der ärztlichen Niederlassung gesteigert werden, durch die bereits beschriebene konsequente Entbürokratisierung und durch angemessene Vergütung und IT-Unterstützung. Medizinstudium und Facharztausbildung müssen stärker am ambulanten Versorgungsbedarf ausgerichtet werden.

Ärztliche Unabhängigkeit schützen – Investorenmedizin begrenzen

Die WerteUnion warnt vor den Folgen einer zunehmenden Kommerzialisierung im Gesundheitswesen und lehnt den Aufkauf freiberuflicher Arztpraxen oder kommunaler Kliniken durch renditeorientierte Investoren entschieden ab. Um die ärztliche Unabhängigkeit und eine qualitativ hochwertige, patientenzentrierte Versorgung zu schützen, fordert sie eine Kombination aus Transparenzpflichten, einer Reform des Zulassungsrechts sowie Anreizen zur Förderung freiberuflicher Praxen – etwa durch Bürgschaftsprogramme für junge Ärzte. Ziel ist es, marktwirtschaftliche Strukturen so zu gestalten, dass medizinische Versorgung nicht zur Renditemaximierung verkommt.

Entscheidungskompetenz fördern - Therapiefreiheit garantieren

Die WerteUnion setzt den Fokus auf die Stärkung der Patienten-Selbstbestimmung. Nur ein gut informierter Patient kann zusammen mit seinem Arzt die beste für ihn passende Behandlung herausfinden. Deshalb muss die Verfügbarkeit hochwertiger Informationen zu Nutzen- und Schadenspotentialen der empfohlenen Behandlungsoptionen viel umfangreicher und verständlicher als bisher verfügbar gemacht



werden. Dazu gehört das offene Eingeständnis, dass eine verantwortungsvolle, moderne Medizin aufgrund ihrer Komplexität nicht immer die klare Aussage treffen kann, welches die beste Behandlungsmethode im individuellen Fall ist. Begleitend und besonders beim Fehlen klar belegter Vorteile eines modernen, pharmakologisch-technischen Behandlungsansatzes sind bewährte naturheilkundliche Behandlungsoptionen, die traditionell auf Individualität angelegt sind, eine gute, meist schonende Option. Auch die Homöopathie hat traditionell ihren Stellenwert. Angesichts des minimalen finanziellen Anteils an den Gesamtausgaben und der Beliebtheit solcher Verfahren tritt die WerteUnion für eine grundsätzliche Pluralität naturheilkundlich-homöopathischer Behandlungsansätze auch bezüglich der Erstattungsfähigkeit ein.

Grundsätzlich wird die WerteUnion das Selbstbestimmungsrecht des Patienten garantieren. Er soll sich auch gegen empfohlene Behandlungen entscheiden und in voller Freiheit andere Wege wählen können, auch wenn sie gemäß Leitlinien nicht erfasst oder kritisch gesehen werden. Dies schließt jedoch die grundsätzliche Verpflichtung von Anbietern alternativer Heilmethoden ein, sich um nachvollziehbare Nutzen- und Schadens-Analysen zu bemühen, um die Patientensicherheit nicht zu gefährden.

Aufarbeitung der Corona-Politik

Die Feststellung einer allgemeinen medizinischen Notlage ist das wirkmächtigste Instrument eines demokratischen Rechtsstaates, um die garantierten Grundrechte seiner Bürger bis ins Privateste hinein einzuschränken. Im Falle der Corona-Politik wurde dieser Notstand jedoch bewusst und entgegen der tatsächlichen Gefahrenlage willkürlich politisch angeordnet. Infolgedessen wurden durch in hohem Maße irrationale Maßnahmen und durch eine fragwürdige Impfkampagne Millionen Bürger körperlich, psychisch und finanziell geschädigt. Die Gesellschaft wurde gespalten. Der finanzielle Schaden für Deutschland wird auf 440 Milliarden Euro geschätzt. Eine gründliche politische, wissenschaftliche und justizielle Aufarbeitung ist dringend geboten, um eine Wiederholung einer solchen selbst verschuldeten Katastrophe zu verhindern. Nie wieder darf es möglich werden, einen medizinischen Notstand ohne harte und transparent nachprüfbare Daten, die eine tatsächliche Bedrohung in höchst eindeutiger Weise begründen, politisch durchzusetzen.

WHO-Verträge ablehnen

Die WerteUnion steht völkerrechtlich bindenden Vorschriften der Weltgesundheitsorganisation zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von Krankheiten kritisch gegenüber. Die Rolle der WHO in der Corona-Zeit war in inakzeptabler Weise von Irrationalität und Intransparenz sowie Durchsetzung in der Sache ungerechtfertigter Maßnahmen geprägt, mit fragwürdigen Vorteilen für pharmazeutische Anbieter. Die WHO hat dadurch Millionen Menschen erheblichen Schaden zugefügt. Zum Schutz



der eigenen Bevölkerung lehnt die WerteUnion deshalb die Übertragung souveräner nationaler Gesundheitskompetenzen im Sinne des vorliegenden Entwurfs eines WHO-Pandemievertrages sowie der Internationalen Gesundheitsvorschriften entschieden ab. Die Reformfähigkeit der WHO ist zu prüfen und gegebenenfalls sind eine Zusammenarbeit mit der WHO zu sowie deren Finanzierung beenden.

Für eine sinnvolle medizinische Vorsorge

Die medizinische Prävention und Früherkennung im Rahmen von Vorsorgeuntersuchungen und der Schutz vor schweren Erkrankungen durch Impfungen können medizinisch sinnvoll sein. Früherkennung sollte sinnvoll eingesetzt werden; sie ist nicht immer gesundheitsförderlich, sondern kann zu einem eigenen Gesundheitsrisiko werden, beispielsweise durch Fehlalarme. Die WerteUnion möchte diejenigen Verfahren, bei denen der Nutzen eindeutig im Vordergrund steht, der Bevölkerung breit zu Verfügung stellen. Reihenuntersuchungen jedoch, bei denen der Schaden bei gesunden Personen überwiegt, müssen auf Risikopatienten beschränkt werden.

Für die freie Impfentscheidung

Impfungen sind grundsätzlich eine Erfolgsgeschichte und haben mitgeholfen, gefährliche Seuchen zurückzudrängen, wie Diphtherie oder Kinderlähmung. Da diese lebensgefährlichen Erkrankungen jedoch heute nur noch selten vorkommen, muss auch das Schadenspotential der Impfung stärker bei der Bewertung miteinbezogen werden. Denn selbst bei einer geringen Nebenwirkungsrate sind bei millionenfacher Anwendung dennoch tausende gesunde Menschen von gesundheitlichen Nachteilen betroffen. Hier besteht eine Erkenntnislücke, die wissenschaftlich besser erforscht werden muss. Mit der WerteUnion wird es grundsätzlich keine Impfpflichten geben, weder sektorale, noch erst recht allgemeine Impfpflichten. Wir wollen, dass die Bürger ausreichend informiert und über den aktuellen Wissensstand empfohlener Schutzimpfungen aufgeklärt werden. Die WerteUnion setzt sich ausdrücklich für die freie Impfentscheidung ein, insbesondere auch von Eltern in Bezug auf ihre Kinder. Die Masernimpfpflicht werden wir wieder aufheben. Mit uns wird es keinen direkten oder indirekten Impfwang geben.

Keine Gesundheitsbevormundung, sondern Motivation durch Information

Die Frage der Gesunderhaltung berührt unmittelbar die Gesamtheit des Menschseins. Sie betrifft Zusammenhänge, die weit über Medizin und Krankheit hinausgehen, wie beispielsweise Gemeinschaftserleben, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, Sinnhaftigkeit und Zuversicht. Auch steht der Grad des Wohlstands einer Gesellschaft in einem direkten Zusammenhang mit der durchschnittlichen Lebenserwartung. Eine kluge Gesundheitspolitik weist auf diese Zusammenhänge hin und ist sich der eigenen Grenzen ihrer Wirkmächtigkeit bewusst. Die WerteUnion sieht



die Gesundheitsaufgabe des Staates vor allem darin, zurückhaltend und in sachlicher Umgebung wie Arztpraxen, Behörden oder Schulen auf gesicherte Gesundheitsgefahren hinzuweisen, und überlässt es dem Bürger selbst, ob er sich daran orientieren möchte.

Die WerteUnion lehnt jede paternalistische Bevormundung in der Gesundheitsförderung ab, insbesondere die zunehmende Praxis des Nudgings (Drängen zu staatlich gewolltem Verhalten), Angstkampagnen sowie Strafgebühren zur Verhaltenssteuerung als Vorstufen staatlichen Zwangs. Ausnahmen sind Drogen, die durch ihr Abhängigkeitspotential insbesondere bei früher Verfügbarkeit verheerende Schäden anrichten können. Hier muss ein verantwortlich handelnder Staat den Freiheitsgedanken gegenüber dem Schutz der Bürger abwägen. Unter dieser Prämisse lehnt die WerteUnion die Legalisierung von Cannabis ab.

Ethische Grundsatzfragen in der Medizin

Die Entscheidung für das Kind wollen wir in viel stärkerem Maße als bisher durch Unterstützung der Mütter und ihrer Familien in jeglicher Art erleichtern. Einer Aufweichung des bisher zulässigen Abtreibungszeitpunktes von 12 Wochen nach Empfängnis wird die WerteUnion nicht zustimmen; auch die Spätabtreibung etwa eines behinderten, aber lebensfähigen Kindes lehnen wir ab. Eine Aufweichung des Embryoschutzgesetzes (ESchG) lehnen wir ebenfalls ab.

Eingriffe zur Umwandlung von Geschlechtsmerkmalen müssen Erwachsenen vorbehalten bleiben. Pubertätsblocker sind nur im Fall sorgfältig ermittelter medizinischer Indikationen bzw. Notwendigkeiten zu verabreichen, da sie lebenslange Sterilität zur Folge haben können.

Das Lebensende soll in Würde und Selbstbestimmung erfolgen. Menschen müssen bei Multimorbidität im hohen Alter oder bei schweren Erkrankungen im Endstadium frei wählen können, ob sie eine technisch-pharmakologische Maximal-Behandlung wünschen oder eine zurückhaltende, auf Schmerzlinderung reduzierte Medizin. Dazu ist es dringend notwendig, palliativmedizinische Strukturen auszubauen und Sterbegleitung sowie Hospize zu fördern.

Eine Organspende darf nur mit vorheriger expliziter Zustimmung des Spenders erfolgen, der über das unsichere Todeskriterium für die Organentnahme, den sogenannten Hirntod, informiert wurde. Außerdem ist die Nachweispflicht zur Herkunft der Organe aus dem Ausland zwingend.

Die Legalisierung der sog. Leihmutterschaft sowie ihre aktuelle Praxis lehnen wir ab. Wir sehen die Leihmutterschaft auch im sogenannten altruistischen Fall kritisch, denn sie birgt grundsätzlich ein extrem hohes Ausbeutungspotential der Frau, verdinglicht das Kind und kann dessen psychische Schädigung sowie andere gesundheitliche Einschränkungen nach sich ziehen. Mit der WerteUnion wird es auch keine Aufweichung der rechtlichen Rahmenbedingungen der künstlichen Befruchtung



geben, deren möglichen Missbrauch sowie auch Gefahrenpotenzial für die Kindesgesundheit wir kritisch sehen.

Die WerteUnion steht grundsätzlich für die freie Therapieentscheidung der Bürger. Jede Form von Zwangstherapien lehnen wir entschieden ab.



12. Bildung, Handwerk und Hochschulwesen

Bildung als Schlüssel zur Zukunft

Eine hochwertige Bildung ist die Grundlage für eine freie, starke und innovative Gesellschaft. Sie vermittelt den Menschen die Fähigkeit, sich als eigenständige Persönlichkeiten zu entfalten, ihren Platz in Familie, Gesellschaft und Beruf zu finden und Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört auch, sich ehrenamtlich zu engagieren, anderen Menschen zur Seite zu stehen oder Führungsaufgaben zu übernehmen. Sie befähigt Menschen dazu, als Fachkräfte, Wissenschaftler oder Unternehmer den Fortschritt voranzutreiben, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit international zu sichern. Gute Bildung schafft Wohlstand, fördert soziale Teilhabe und eröffnet jedem Menschen bessere berufliche Perspektiven. Bildung und Wissenschaft können nur dort gelingen, wo sie frei bleiben von politischen Interessen, ideologischen Strömungen und einseitigen historischen Darstellungen. Deshalb haben zum Beispiel Gender-Mainstreaming und „woke“ Identitätspolitik in unseren Bildungseinrichtungen keinen Platz. Die WerteUnion steht für ein Bildungssystem, das sich am christlichen Menschenbild orientiert und Elternrechte stärkt.

Bildung muss besser werden – für alle

Trotz allgemeiner Schulpflicht gelten heute rund 6,2 Millionen Erwachsene in Deutschland als funktionale Analphabeten. Das sind 12,1 Prozent der 18- bis 64-Jährigen, viele davon mit Deutsch als Muttersprache. Seit Jahren zeigen internationale Vergleichsstudien regelmäßig, dass Deutschland in zentralen Bildungsbereichen hinterherhinkt. Wer Chancengerechtigkeit, wirtschaftliche Stärke und gesellschaftlichen Zusammenhalt ernst nimmt, darf diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Jetzt braucht es eine entschlossene Reform, die allen Menschen echte Bildungschancen eröffnet.

Bildung ist Ländersache – aber der Bund darf nicht untätig bleiben

Zwar liegt die Bildungshoheit bei den Bundesländern – ein zentraler Bestandteil ihrer Eigenstaatlichkeit. Der Bund darf laut Grundgesetz keine inhaltlichen Vorgaben machen, doch es braucht mehr Transparenz, Wettbewerb und Unterstützung auf Bundesebene, um Bildungsqualität flächendeckend zu sichern. Die WerteUnion unterstützt die Arbeit der Kultusministerkonferenz, fordert aber mehr Vergleichbarkeit und eine konsequente Qualitätskontrolle durch bundeseinheitliche Mindeststandards. Eine vom Bund finanzierte evidenzbasierte und ergebnisoffene Bildungsstudie soll analysieren, warum die Leistungen zwischen den Ländern so stark variieren, mit dem Ziel konkreter Verbesserungen. Deutschland braucht einen Bildungsaufbruch, der den Föderalismus nicht abschafft, aber leistungsfähig macht.



Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sinnvoll einsetzen

Digitale Bildung bedeutet: Chancen nutzen, Ablenkung begrenzen, Zukunft sichern! Digitale Kompetenz entscheidet im 21. Jahrhundert über Teilhabe, beruflichen Erfolg und Innovationsfähigkeit. Wer digitale Werkzeuge nicht souverän beherrscht, verliert den Anschluss. Deshalb braucht Deutschland eine Bildungspolitik, die Technologie nicht verklärt, sondern zielgerichtet einsetzt, dort, wo sie Lernen nachweislich verbessert. Für die weiterführenden Schulen bedeutet dies, dass moderne Technologien in den Unterricht gehören, aber nicht als Selbstzweck, sondern wohl überlegt und altersgerecht. Gerade in der Grundschule stehen Konzentration, soziale Entwicklung und grundlegende Kulturtechniken im Vordergrund. Ein konsequentes Handyverbot im Unterricht und in der Schule schützt den Lernraum und stärkt das Miteinander. Die WerteUnion setzt auf einen klaren Grundsatz: „Digitalisierung dort, wo sie pädagogisch nützt und Schutz dort, wo er notwendig ist.“ So entsteht ein Bildungssystem, welches Kinder stärkt, Lehrkräfte unterstützt und Deutschland technologisch konkurrenzfähig hält.

Grundkompetenzen sichern – in der Schule und zu Hause

Lesen, Schreiben und Rechnen sind das Fundament jedes Bildungswegs. Sie müssen bis zum Ende der dritten Klasse sicher beherrscht werden. Die WerteUnion fordert daher regelmäßige, verbindliche Kompetenzüberprüfungen in der Grundschule. Sprachliche und motorische Defizite sind bereits vor der Einschulung zu erfassen. Kein Kind ohne ausreichende Deutschkenntnisse soll in eine Regelklasse eingeschult werden. Eltern sind die ersten Bildungsbegleiter ihrer Kinder, doch nicht alle Familien können ihre Kinder gleich gut fördern. Besonders Kinder aus sozial schwächeren Familien bleiben dabei zurück, nicht wegen mangelnder Begabung, sondern weil das Leistungsprinzip vielerorts keine Rolle mehr spielt. Deshalb muss der Staat dort gezielt eingreifen, wo Elternhaus und soziales Umfeld nicht die nötige Unterstützung bieten. Die Leistungen engagierter Eltern verdienen Anerkennung, doch es darf nicht erwartet werden, dass sie die Defizite des Schulsystems ausgleichen. Bildungschancen müssen durch gezielte und verbindliche Förderung hergestellt werden.

Differenziertes und leistungsstarkes Schulsystem sichern

Die WerteUnion verteidigt ein vielfältiges und gegliedertes Schulsystem, das unterschiedliche Begabungen ernst nimmt und echte Wahlfreiheit garantiert. Gute staatliche Schulen, leistungsfähige Förderschulen und qualitätsorientierte Privatschulen sind kein Luxus, sondern notwendige Bausteine eines Bildungssystems, das individuelle Stärken fördert, statt sie zu nivellieren. Wer diese Vielfalt abschaffen will, gefährdet Bildung und nimmt Kindern Chancen. Besondere Angebote für Hochbegabte und für Schüler mit spezifischen Förderbedarfen dürfen nicht dem Zeitgeist geopfert werden. Sie müssen ausgebaut und nicht aus ideologischen Gründen eingeschränkt werden. Ein Bildungssystem, das nicht differenziert und allen alles ver-



spricht, endet in Mittelmaß für alle. Bildung umfasst mehr als Fachwissen. Selbstständigkeit, Leistungsbereitschaft, Disziplin und soziale Kompetenz sind zentrale Voraussetzungen für Erfolg im Leben. Lehrkräfte müssen diese Entwicklungen klar begleiten und bewerten können. Deshalb ist eine transparente Leistungsrückmeldung ab der ersten Klasse für die Kinder und ihre Erziehungsberechtigten unverzichtbar. Noten schaffen Orientierung, ermöglichen Förderung und verhindern, dass Lernschwierigkeiten jahrelang unentdeckt bleiben. Ein starkes Bildungssystem braucht Mut zur echten Differenzierung und nicht Angst vor Leistung.

Neutralität und Wissenschaftlichkeit statt Ideologisierung

Bildung darf kein Ort ideologischer Beeinflussung sein. Unterricht soll weltanschaulich neutral, wissenschaftlich fundiert und faktenbasiert erfolgen. Die WerteUnion lehnt die ideologische Überfrachtung des Unterrichts, insbesondere durch die sog. Gender-Ideologie, entschieden ab. Schule soll Raum für persönliche Entwicklung bieten, ohne politischen oder weltanschaulichen Druck. Die sexuelle Orientierung Jugendlicher ist Privatsache, die keinen Raum für ideologisch motivierte Schulprojekte lässt.

Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit beginnt im Klassenzimmer

Wenn Deutschland im globalen Wettbewerb bestehen will, brauchen wir ein Bildungssystem, das moderne Technologien nutzt, Talente fördert und Leistung belohnt. Das nach der Grundschule einsetzende Erlangen von Medienkompetenz soll integraler Bestandteil schulischer Bildung werden. Nur so bereiten wir die nächste Generation auf eine Welt vor, die sich rasant verändert – technologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

Die berufliche Ausbildung zurück an die Spitze führen

Der deutsche Ausbildungsberuf war jahrzehntelang ein globales Qualitätsversprechen. Mit seinen Abschlüssen wie dem Facharbeiter oder dem Meisterbrief stand er für Präzision, Verlässlichkeit und wirtschaftliche Stärke. Doch durch politische Einmischung, ideologische Experimente und das systematische Absenken von Standards wurde dieses Erfolgsmodell geschwächt. Die Folgen sind heute ein dramatischer Fachkräftemangel, sinkende Ausbildungsqualität und ein Handwerk, das um Nachwuchs kämpfen muss, statt selbstbewusst zu wachsen. Die WerteUnion setzt hier einen klaren Gegenakzent. Deutschland braucht eine wirtschaftspolitische Kehrtwende, mit starken Berufsschulen, einer hochwertigen dualen Ausbildung und einem Handwerk, das wieder attraktiv, leistungsorientiert und zukunftsfähig ist. Ohne exzellent ausgebildete Fachkräfte wird Deutschland weder die digitale Transformation meistern noch seine industrielle Basis sichern. Ein starker Wirtschaftsstandort entsteht nicht durch immer neue Bürokratie, sondern durch Menschen, die etwas können. Deshalb fordert die WerteUnion eine Rückkehr zu klaren Qualitätsmaß-



stäben, eine Stärkung des Meisterbriefs und eine Ausbildung, die wieder Weltklasse ist. Wer den Wohlstand von morgen sichern will, muss heute in die berufliche Bildung investieren – entschlossen, konsequent und ohne ideologische Scheuklappen. Das Handwerk sichert das Funktionieren unseres täglichen Lebens und muss seine Wertschätzung wieder zurückerhalten.

Autonomie der Hochschule stärken – wissenschaftliche Freiheit sichern

Die WerteUnion setzt sich für eine echte Stärkung einer Hochschulautonomie ein, die von Wissenschafts- und Meinungsfreiheit getragen wird. Wissenschaftliche Exzellenz entsteht nur dort, wo Forschung und Lehre frei von politischer Einflussnahme agieren können. Die deutsche Wissenschaftslandschaft ist vielfältig: Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und private Träger erfüllen unterschiedliche Funktionen. Diese Vielfalt braucht Freiräume, nicht immer neue Regulierungen. Derzeit wird die Autonomie vieler Hochschulen durch eine Überregulierung auf Landes- und Bundesebene eingeschränkt. Empirische Studien zeigen, dass Hochschulen mit größerer institutioneller Freiheit innovativer, international sichtbarer und effizienter arbeiten. Deshalb fordert die WerteUnion eine grundlegende Reform des Hochschulwesens, die von den Hochschulen selbst initiiert und nicht von außen gestaltet wird. Einschränkungen der Hochschulautonomie, die primär politischer Kontrolle dienen, sind abzubauen. Hochschulen müssen wieder selbst über ihre Profile, Personalstrategien, Curricula und Kooperationsformen entscheiden können. Wissenschaftliche Freiheit bedeutet auch institutionelle Freiheit. Gleichzeitig braucht ein autonomes Hochschulsystem eine verlässliche Grundfinanzierung. Unabhängig von der Trägerschaft ist sicherzustellen, dass Forschung und Lehre solide ausgestattet sind: personell, infrastrukturell und finanziell. Nur so lassen sich die Pluralität wissenschaftlicher Fachkulturen, die Nachwuchsförderung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft sichern. Ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem entsteht durch starke eigenverantwortliche Hochschulen, die ihre Zukunft selbst gestalten.

Bologna-Reform reformieren

Die Umsetzung der Bologna-Reform verwässerte ohne Not die Unterscheidung nach Berufsorientierung (Duale Ausbildung, Fachhochschulen, Berufsakademien) und Wissenschaftsorientierung (Universitäten, Forschungsinstitute, Akademien der Wissenschaft) und führte zur Abschaffung des international angesehenen Diploms. Die WerteUnion will eine Reform der Bologna-Reform, welche die disziplinäre Fachlichkeit stärkt, auf Qualität statt Quantität setzt und die Freiheit in der Lehre vollumfänglich wiederherstellt. Damit werden Wettbewerb und Vielfalt in der Hochschullandschaft gefördert und ihre Autonomie gefestigt. Dadurch wird Deutschland als innovationskräftiger Studien- und Wissenschaftsstandort gestärkt.



13. Mobilitätspolitik

Mobilität als eine tragende Säule der Freiheit

Die Mobilität ist eine tragende Säule der Freiheit der Menschen. Mobilität allen Bevölkerungsschichten in Deutschland zu ermöglichen, ist eine besondere Errungenschaft der Sozialen Marktwirtschaft. Die WerteUnion wird den ideologisch motivierten Abbau der Mobilitätsfreiheit rückgängig machen. Das für 2035 vorgesehene Verbrennerverbot ist aufzuheben. Das Straßennetz wird die dringend benötigte Modernisierung erfahren. Seine Nutzung wird nicht stärker durch CO₂-Abgaben, steigende Mauten, Mineralölsteuern und Strompreise eingeschränkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Mobilität für uns Bürger beruflich wie privat eine hohe Qualität erfährt und wieder finanziell erschwinglich wird. Für die WerteUnion ist die individuelle Mobilitätssouveränität eine Voraussetzung für die Verwirklichung von Freiheitsrechten.

Wir wollen auch die Gütermobilität erleichtern, da sie für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft von hoher Bedeutung ist. Der Wohlstand Deutschlands basiert auf einem intensiven Außenhandel. Für die Umsetzung von Im- und Exporten ist ein leistungsfähiger Güterverkehr ebenso wichtig wie für die Versorgung von Industrie, Handel und Endverbrauchern im Inland. Hierzu müssen die Transport- und Logistikunternehmen freie Hand bei der Verkehrsträgerwahl haben und auf eine intakte Verkehrsinfrastruktur zurückgreifen können.

Logistik ist unser Schlüssel für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft

Industrie und Handel in Deutschland sind auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Damit Mobilität in Deutschland wieder zum positiven Standortfaktor werden kann, werden wir die seit Jahrzehnten anhaltende Veralterung der Infrastruktur bei allen Verkehrsträgern aufhalten. Der Modernitätsgrad muss deutlich ansteigen, damit wir wieder Anschluss an andere Länder Europas bekommen.

Die Logistik ist der Schlüssel für einen funktionierenden Wirtschaftskreislauf und damit zur Freiheit von Menschen ebenso wie von Unternehmen. Die WerteUnion betrachtet daher Verkehrsträger wie Straße, Schiene, Wasser und Luft als Teile integrierter Verkehrssysteme. Hierzu ist die Koordination der Verkehrsträger unter Einbezug von funktionierenden Knotenpunkten wie Bahnhöfen, Flug-, See- und Binnenhäfen oder Container-Terminals weiterzuentwickeln und die zugehörige digitale Unterstützung zu intensivieren. Wir wollen vernetzte Mobilitätslösungen fördern, um die Effizienz der Infrastrukturen zu verbessern. Speziell im Güterverkehr ist die logistische Leistungsfähigkeit für Standortentscheidungen von Industrie und Handel essenziell. Der weiterhin stark wachsende Online-Handel zeigt illustrativ das Zusammenspiel von digitalen Plattformen und einer hochleistungsfähigen Logistik auf. Wer zu jeder Zeit Waren im Online-Handel bestellen möchte, setzt höchste Transparenz



sowie flexible und schnelle Lieferketten voraus. Private und gewerbliche Kunden erwarten immer kürzere Lieferzeiten verbunden mit einer Individualisierung von Zustellzeiten und Zustellorten.

Für Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit

Der Wettbewerb im Verkehrssektor ist wiederherzustellen. Dies wollen wir erreichen, indem wir bei allen Verkehrsträgern die Bereitstellung von Infrastruktur und deren Betrieb voneinander trennen. Das heißt, die öffentliche Hand trägt die Verantwortung für eine leistungs- und wettbewerbsfähige Mobilitätsinfrastruktur, aber der Betrieb erfolgt privat. Dies gilt auch für die Bahn, für die eine Trennung von Netz und Betrieb überfällig ist: Die öffentliche Hand stellt das Netz bereit, der Betrieb wird liberalisiert und privaten Anbietern diskriminierungsfrei zugänglich gemacht – im Güterverkehr ebenso wie im Personenverkehr. Auf diese Weise können Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Bahn hergestellt werden. Speziell der Güterverkehr mit der Bahn muss sich betriebswirtschaftlich rechnen.

Entscheidungen für Investitionen in die Mobilitätsinfrastruktur wird die WerteUnion auf der Basis von Grundversorgung, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz fällen. Die ideologiegetriebene, einseitig auf den sogenannten Klimaschutz ausgerichtete Verkehrspolitik wird beendet. Politisch motivierte Eingriffe in den Wettbewerb wie beispielsweise Regulierungen und Subventionen zugunsten einzelner Verkehrsträger sind abzuschaffen, denn für die Mobilitätspolitik hat der Wettbewerb der Verkehrsträger oberste Priorität. Wir lehnen private Investitionen in Infrastrukturen in Gestalt klassischer Public-Private-Partnership-Modelle ab, da sie für private Betreiber zu wenig Anreize setzen und zudem die staatliche Finanzierungsverpflichtungen auf die folgenden Generationen verschieben. Es ist deshalb geboten, neue, leistungsfähige PPP-Modelle zu entwickeln. Der anhaltenden Unterfinanzierung der Infrastruktur werden wir mit Hilfe eines Sonderprogramms entgegenwirken. Die nötigen Mittel werden aus einem Rückzug der staatlichen Finanzierung des Betriebs der Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt.

Modernisierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind dringend geboten

Es ist eine Kernaufgabe des Staates, eine funktionierende und preisgünstige Verkehrsinfrastruktur für jedermann bereitzustellen. Für eine effiziente Umsetzung sind private Unternehmen zu beauftragen, um ein intelligentes, störungsarmes und beschleunigtes Baustellenmanagement zu gewährleisten. Für die marode Infrastruktur auf der Straße (Brücken, Tunnel, Dauerbaustellen), auf der Schiene (Trassen für den Personen- und Güterverkehr, Terminals, Bahnhöfe) und in der Binnenschifffahrt (Brücken und Schleusen) ist ein Sofortprogramm zur akuten Krisenbewältigung aufzustellen. Um eine schnelle Behebung der eklatanten Mängel sicherzustellen, bedarf es dringend des Abbaus von Planungs- und Genehmigungshürden.



Ein besonderes Augenmerk bei den Infrastrukturmaßnahmen müssen die internationalen Transversalen erhalten – einschließlich des Ausbaus der Leistungsfähigkeit der davon betroffenen Knotenpunkte. Beim öffentlichen Personenverkehr muss sich der Fokus ausgehend von den Hochgeschwindigkeitstrassen auf das nachgeordnete Netz und die übrigen öffentlichen Verkehrsmittel ausdehnen, um das Mobilitätsangebot attraktiver zu machen. Hierbei sind die Mobilitätsbedürfnisse aller Gruppierungen der Bevölkerung – beispielsweise auch Familien und Senioren – zu berücksichtigen. Die Planung der Verkehrsinfrastruktur wird kostengünstige Parkflächen und komfortable Umsteigestationen als Schnittstellen der Verkehrsträger prioritär einbeziehen.

Betrieb und Erhalt der Infrastruktur über Nutzungsentgelte finanzieren

Die Infrastruktur soll von den Nutzern finanziert werden: Wer Mobilitätslösungen in Anspruch nimmt, bezahlt dafür. Lkws decken über die zu entrichtende Maut die von ihnen verursachten Nutzungskosten bereits zu mehr als 100%. Die Quersubventionierung des schienengebundenen Bahnverkehrs durch die Lkw-Maut soll beendet werden, sämtliche Einnahmen werden für den Strassenverkehr verwendet werden. Eine Pkw-Maut ist unnötig. Überschusseinnahmen der Lkw-Maut sollen zur Reduktion der Kraftstoffbesteuerung verwendet werden. Somit profitieren auch Pkw und Autofahren wieder bezahlbar.

Die Trassenpreise auf der Schiene wird die WerteUnion an den ökonomischen Notwendigkeiten zum Erhalt des Schienennetzes ausrichten und die Zeiten politisch gesetzter Trassenpreise beenden. Das Binnenschiff deckt bislang nur einen Bruchteil der Wegekosten. Deshalb sind die Nutzungsentgelte für die Wasserstraßen schrittweise nach oben anzupassen. Nur auf dem Rhein dürfen laut Mannheimer Akte keine Benutzungsentgelte erhoben werden.

Die Flughäfen in Deutschland benötigen dringend einen Masterplan, der sich an ökonomischen Notwendigkeiten und nicht an regionalen Begehrlichkeiten ausrichtet. Die wirtschaftlich relevanten Drehkreuze des Luftverkehrs sind zu stärken, indem gestützt auf beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren die bislang überlasteten Kapazitäten (Start- und Landebahnen, Terminals und Gates) an den Bedarf angepasst werden. Demgegenüber ist bei den unterausgelasteten, oft stark subventionierten Regionalflughäfen zu prüfen, inwieweit deren weiterer Betrieb ökonomisch weiter zu rechtfertigen ist. Damit wird die WerteUnion Wettbewerbsverzerrungen der Flughäfen in Gestalt subventionierter Start- und Landegebühren ein Ende setzen.

Entscheidungen in der Mobilitätspolitik setzen Expertenwissen voraus

Mobilität hat verschiedenste Dimensionen wie Technologie, Infrastruktur, Regulierung, Sicherheit, Verkehrsmittel, digitale Unterstützung, Verhalten von Menschen und Logistik für Material- und Warenströme. Hinzu kommen die Ansprüche unterschiedlicher Interessengruppen an die Mobilität. Oftmals werden mobilitätspolitische



Entscheidungen von regionalen und kommunalen Interessenvertretern beeinflusst, Expertise tritt zulasten von Partialinteressen in den Hintergrund.

Die WerteUnion wird parteipolitisch motivierten Prestigeprojekten ein Ende setzen und den Sachverstand von Experten in den Vordergrund stellen. Diese sollen jedoch nicht einseitig ausgewählt werden. Es darf keine politische oder ideologische Bevorzugung geben. Wir wollen vielmehr einen offenen Diskurs von Experten aus Wissenschaft und Praxis herstellen, um nach entsprechender Abwägung belastbare Mobilitätsentscheidungen treffen zu können. Hierfür sind vielseitige Aspekte zu berücksichtigen und weitsichtig Entwicklungsperspektiven zu erarbeiten. Denn diese Entscheidungen entfalten ihre Wirkung oft über Jahrzehnte und betreffen damit auch die nächsten Generationen.

Unsere Mobilitätspolitik setzt auf Technologieoffenheit bei der Infrastruktur

Die WerteUnion bekennt sich im Lichte des Freiheitsgedankens grundsätzlich zur Technologieoffenheit der Mobilitätspolitik. Nur so können die Potenziale bei der Entwicklung und Umsetzung von Innovationen geschöpft werden. Weil die öffentliche Hand für die Infrastruktur verantwortlich ist, muss sie eine Innovationsinitiative umfassend beleuchten können. Dies gelingt über Testfelder, mit deren Hilfe die Machbarkeit, die Leistungskraft, die Wirtschaftlichkeit und die Wettbewerbsfähigkeit einer Innovation zu prüfen ist. Testfelder sind basierend auf Expertenempfehlungen schnell einzurichten. Erst nach der Auswertung sollen Grundsatzentscheidungen zur dafür erforderlichen Infrastruktur getroffen werden. Zermürbende Innovationsverschleppungen wie etwa beim Lang-Lkw wird es mit der WerteUnion nicht geben.

Technologieoffenheit auch bei Antriebstechnologien

Grundsätzlich genießen nach der Grundversorgung der Bürger und der Wirtschaft der Umweltschutz und damit die Schonung natürlicher Ressourcen eine hohe Priorität. Für die WerteUnion ist deshalb eine umfassende Beurteilung neuer Technologien besonders wichtig. Der komplette Lebenszyklus einer Technologie ist in die Beurteilung des Ressourcenverbrauchs einzubeziehen. Einer ideologisch begründeten Einengung der Beurteilung von Verkehrsmitteln auf die Antriebstechnologie – wie etwa „null Emissionen von Elektroantrieben“ – erteilt die WerteUnion eine klare Absage. Die vielen offenen Fragen betreffen vor allem die Gewinnung und Verarbeitung der Rohstoffe für Batterien und Elektromotoren, das Recycling von gebrauchten Batterien am Ende der Nutzungszeit und die erforderlichen Stromnetze und Kraftwerke. Die Lade-Infrastruktur würde insbesondere beim Umstieg der Lkw-Antriebe auf Elektromotoren enorme Mengen an Ressourcen und Kapital verschlingen.

Die Soziale Marktwirtschaft maximiert erfahrungsgemäß die Innovationskraft der Wirtschaft durch den freien Wettbewerb von Unternehmen. Das bringt in jeder Hinsicht bessere Lösungen hervor als planwirtschaftliche Vorgaben von Bürokraten.



Deshalb wird es mit der WerteUnion kein Verbot von Verbrenner-Antrieben geben. Unter die einseitige Förderung elektrischer Antriebe wird die WerteUnion ebenfalls einen Schlussstrich ziehen. Ganz im Sinne der Konsumenten-Souveränität sollen die Menschen frei entscheiden dürfen, mit welcher Art von Antriebstechnologie sie unterwegs sein wollen.

Eine vergleichbare Linie vertritt die WerteUnion auch bei neuen Antriebsformen und Treibstoffen der Schifffahrt sowie beim Luftverkehr. Die rein politisch motivierte Förderung von Wasserstoffantrieben in der Hochsee-Schifffahrt oder von Sustainable Aviation Fuels (SAF) für Flugzeuge wird damit ein Ende haben.

Mobilität muss wieder zu einem Eckpfeiler der Freiheit werden

Die WerteUnion wird eine spürbare Kehrtwende in der Mobilitätspolitik herbeiführen und uns Bürgern die Freiheit bei ihren Mobilitätsentscheidungen zurückgeben. Mit der WerteUnion wird Mobilität für möglichst alle Bevölkerungsgruppen wieder bezahlbar werden. Dafür sorgen der Wettbewerb der Verkehrsträger und die Technologieoffenheit, befreit von Strafabgaben für bestimmte Verkehrsträger und Antriebstechnologien.



14. Europa- und Außenpolitik

Deutsche Außen- und Europapolitik muss interessengeleitet sein

Die Außen- und Europapolitik der Bundesrepublik Deutschland ist an den nationalen Interessen des Landes und seiner Bürger zu orientieren. Entsprechend ist das politische Agieren, sei es zwischenstaatlich oder in supranationalen Organisationen, auszurichten. Diese Außenpolitik, wie idealerweise jede Fachpolitik, ist sachlich und ideologiefrei, ohne historische Ressentiments und basierend auf dem gegenseitigen Respekt der Staaten und Völker, unter Anerkennung der internationalen, völkerrechtlichen Bestimmungen und Gesetze, dem Frieden verpflichtet zu gestalten.

Die WerteUnion bekennt sich zu einem Europa der Vaterländer

Jenseits der Befriedigung nationaler Bedürfnisse und Interessen ist die gedeihliche und friedliche Entwicklung der Nationen auf dem europäischen Kontinent von herausragender Bedeutung. Der Bundesrepublik Deutschland kommt damit als ökonomisch stärkstem Land eine besondere Bedeutung zu.

Träger und Vehikel des Europa-Gedankens ist institutionell die Europäische Union. Diese weiterzuentwickeln muss auch Deutschland sich verpflichtet sehen. Allerdings ist aus Sicht der WerteUnion der Zustand der EU aktuell besorgniserregend, da sie sich zunehmend zu einer übergriffigen, das nationale Bedürfnis einzelner Länder missachtenden Organisation gewandelt hat. Mit einer ausufernden Bürokratie schränkt sie das eigenständige Agieren der Mitgliedsländer als souveräne Nationalstaaten unzulässigerweise und zudem unprofessionell ein.

Mit nur geringer demokratischer Legitimation einzelner Institutionen und Schaltstellen innerhalb der EU agiert sie im Falle der Bundesrepublik in oft erheblichem Widerspruch zu nationalen deutschen Interessen. Daher fordert die WerteUnion eine gründliche Überprüfung der EU, der Machtfülle ihrer Institutionen, insbesondere der EU-Kommission, der Ablauforganisation innerhalb der EU und der Kommunikation mit den Mitgliedsländern. Zuvorderst steht die Freiheit der Nation, in diesem Falle Deutschlands, in ihrem ureigensten Interesse, ohne den Dirigismus einer „Überregierung“ Brüssels ihr Glück, ihre Sicherheit und ihren Wohlstand zu sichern und zu mehren. Eine Europäische Verfassung, die für alle Länder der Europäischen Union gültig wäre, lehnt die WerteUnion ab. Das Prinzip muss lauten: So viel Nation wie möglich, so wenig Europäische Union wie nötig.

Die Europäische Union wieder auf ihre Kernaufgabe zurückführen

Die WerteUnion begrüßt grundsätzlich die Europäische Union. Wir wollen den gemeinsamen Markt nach Innen und Außen stärken. Hierfür muss die EU das Subsidiaritätsprinzip strikt beachten. Die zunehmende Zentralisierung der EU jedoch ist wieder abzubauen. Auch der gewaltige Verwaltungsapparat der EU ist massiv zu



reduzieren. Die EU ist einer der wesentlichen Treiber der Regulierungsflut und Überbürokratisierung, unter welcher insbesondere die mittelständische Wirtschaft leidet. Diese Entwicklung muss dringend gestoppt, in wesentlichen Teilen überprüft und rückgängig gemacht werden.

Die EU muss eine klare Gewaltentrennung zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Gerichtshof und Europäischem Parlament aufweisen. Die einzelnen Organe dürfen sich nicht selbst ermächtigen und Kompetenzen anmaßen, vielmehr müssen sie von den Mitgliedstaaten ermächtigt und kontrolliert werden. Im Rechtswesen darf die EU sich nicht anmaßen, die über den Verfassungen der Mitgliedsstaaten stehende letzte Instanz zu sein. Die Vielfalt der Regionen ist eine Stärke Europas und darf nicht durch eine zentralistische Nivellierungspolitik aus Brüssel reduziert werden.

Die WerteUnion spricht sich klar gegen die Instrumentalisierung der EU zugunsten politischer Ziele auf ideologischer Grundlage aus, wie zum Beispiel die Vergemeinschaftung von Schulden, Steuern oder Energie, aber auch auf den Feldern von Industrie-, Außen- und Verteidigungspolitik sowie insbesondere in der Gesundheits- und Agrarpolitik sowie in der Lebensmittelindustrie. Die Durchsetzung der Agenda 2030 mit den Nachhaltigkeitszielen, darunter der Green Deal, sowie die Verpflichtung zur Klimaneutralität bis 2050 bzw. 2045 lehnen wir grundsätzlich ab. Auch die Informationspolitik mit dem Aufbau eines Kontrollapparats, der die Meinungsfreiheit insbesondere auf großen digitalen Plattformen einzuschränken droht, weisen wir zurück. Die Europäische Zentralbank sollte sich ausschließlich auf die Währungsstabilität des Euro konzentrieren und nicht zum Vehikel für weitere politische Ziele werden.

Die Vereinten Nationen wieder auf ihre Kernaufgaben zurückführen

Die Vereinten Nationen (VN) wurden 1945 zur Wahrung des Weltfriedens gegründet, haben sich jedoch seitdem sowohl durch ständige Blockaden im Sicherheitsrat als auch durch oft erschreckende Einseitigkeit, insbesondere im jeder Angemessenheit entbehrenden, stets negativen Umgang mit dem Staat Israel, als unfähig erwiesen, bei den großen Konflikten einen friedenssichernden Beitrag zu leisten. Die WerteUnion lehnt die Verbreiterung der Tätigkeit der VN und ihrer Unterorganisationen insbesondere durch die sogenannten Nachhaltigkeitsziele ab, weil dadurch unkontrollierte massenhafte Migration gefördert und eine grundfalsche, armutsfördernde energiepolitische Weichenstellung betrieben wird. Leider sind die VN zunehmend zu einem Instrument eines antiwestlichen, freiheitsfeindlichen Bündnisses geworden. Die WerteUnion verurteilt Doppelstandards und parteiliches Verhalten von VN-Organen, insbesondere des Generalsekretärs, des Menschenrechtsrats, der UNRWA sowie der Gerichte. Die WerteUnion strebt eine Reform des Sicherheitsrats der VN an. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vertreter Deutschlands aktiv in den VN-Organen mit einem klaren Bekenntnis zu freiheitlichen Werten des Westens mitarbeiten. Dessen ungeachtet erkennen wir den Sicherheitsrat der VN als



wichtiges Organ zur Friedenssicherung und Konfliktbeilegung an. Deutschland soll sich weiter an VN-Missionen beteiligen. Wir wollen darauf hinwirken, dass Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN erhält.

Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten

Die Bundesrepublik Deutschland muss sich bei der Zusammenarbeit und im Zusammenwirken mit anderen Ländern von ihren nationalen deutschen Interessen leiten lassen. Historische Verpflichtungen spielen dabei selbstverständlich eine Rolle. Aber auch macht- und ordnungspolitische Faktoren, die die Sicherheit sowie die soziale und ökonomische Entwicklung unseres Landes berühren, sind in ihrer Berücksichtigung entlang nationaler Interessendefinition zu bedienen. Außenpolitik ist immer auch Außenwirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland, oft damit auch vitale Interessen unseres Landes, müssen in der Regel Vorrang vor moralisch getriebenen Sanktionsregimen haben. Deutsche Außenpolitik ist „Diplomatiepolitik“. Das bedeutet, die Regierung spricht mit jedem, auf Augenhöhe und in Erwartung gegenseitigen Respekts.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind strategischer Partner Deutschlands mit besonderem Blick auf unsere nationale, territoriale Sicherheit und auf die Handelsbeziehungen. Sie sind auch unser wichtigster Partner bei der Verteidigung freiheitlicher Werte und verbriefter Menschenrechte auf Meinungsfreiheit und körperliche Unversehrtheit gegenüber supranationalen Organisationen wie WHO (Weltgesundheitsorganisation) und IPCC ("Weltklimarat"). Wir wollen bei diesen Fragen eine offene Zusammenarbeit, aber keine Hinterzimmerabsprachen in transatlantischen Organisationen.

Die Republik Frankreich ist mit Deutschland zusammen der „Motor der EU“. Allerdings wurden in den vergangenen Jahrzehnten zu oft deutsche Interessen dem Bedürfnis nach Harmonie in den Beziehungen mit Paris hintangestellt. Auch für die Beziehung mit Frankreich gilt, dass die Kooperation mit deutschen Belangen im Einklang stehen muss.

Der Staat Israel nimmt einen besonderen Platz in den auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland ein. Seine Souveränität und territoriale Integrität sind in deutschem Interesse und bilden einen verbindlichen Teil deutscher Staatsraison. Deutsche Außenpolitik muss sich für die berechtigten Interessen des jüdischen Staates und Volkes einsetzen.

Die Russische Föderation ist unser mittelbarer Nachbar. Der durch Russland begonnene Krieg in der Ukraine ist völkerrechtswidrig. Deutsche Außenpolitik muss dennoch der Diplomatie Raum geben. Deutschland ist im Besonderen gefordert, diplomatische Wege zur Beendigung von Konflikten zu finden, um eine dauerhafte Befriedung in Europa im Allgemeinen und im Osten des Kontinents im Besonderen zu erreichen. Russland sollte ein Weg zurück in die Gemeinschaft der Staaten aufgezeigt werden. Es muss vermieden werden, dass Russland in die Arme Chinas



getrieben wird und so ein Machtblock entsteht, der die Sicherheit der westlichen Nationen gefährdet. Auch hier ist Deutschland in einer besonderen Verantwortung, da es in der Vergangenheit Deutschlands Stärke war, Frieden durch Diplomatie zu schaffen.

Die Volksrepublik China ist ein Staat, der durch seine Wirtschaftskraft und sein Sendungsbewusstsein die Vormachtstellung der USA beenden will und die Multipolarität des Staatensystems anstrebt. Im pazifischen Raum strebt China eine hegemoniale Stellung an und bedrängt die souveränen Staaten in seiner Umgebung. Durch sein Engagement in der Staatengemeinschaft der BRICS, nunmehr BRICS+, seine Kreditpolitik in Afrika und Südamerika und seine kaum verschleierte ökonomische Druckpolitik durch das Seidenstraßenprojekt ist die VR China zu einem weltweiten Konkurrenten der westlichen Welt und seiner Werte geworden. Deutschland ist ein wichtiger Handelspartner der VR China in Europa, sollte aber expansionistischen Bestrebungen Chinas entgegentreten.

Entwicklungshilfe auf Kernaufgaben reduzieren

Deutsche Entwicklungshilfe hat nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu erfolgen. Diese hat neben den elementaren Bedürfnissen des Entwicklungslandes auch den nationalen Interessen Deutschlands zu dienen. Sie ist Teil deutscher Interessenpolitik und muss im Auswärtigen Amt verortet sein. Die Entwicklungshilfepolitik muss entideologisiert werden.

Unterstützt werden Vorhaben, die der dauerhaften Verbesserung der Lebensverhältnisse einer möglichst großen Anzahl von Menschen dienen und dafür Gewähr bieten, dass die Gelder zweckentsprechend eingesetzt werden. Dazu zählen das Gesundheitswesen, die bedarfsorientierte wirtschaftliche Entwicklung, die Bildung und die Entwicklung der landesweiten Infrastruktur. Entwicklungshilfe ist immer sachbezogene Hilfe und keine Fortsetzung deutscher Moralpolitik mit erhobenem Zeigefinger.

Es muss sichergestellt werden, dass die Entwicklungshilfe bei den Bedürftigen ankommt und nicht in Verwaltungs- und Regierungsapparaten versickert. Alle Projekte gehören unverzüglich auf den Prüfstand. Ländern mit weit fortgeschrittener Entwicklung, wie Raumfahrnationen und Atommächten, ist die Entwicklungshilfe umgehend zu streichen. Vor diesem Hintergrund bedarf die deutsche Entwicklungshilfepolitik einer grundlegenden Reform. Staaten, welche nachweislich Islamismus oder terroristische Gruppierungen unterstützen, ist keine Entwicklungshilfe zu gewähren.



15. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, Bundeswehr

Verteidigungspolitik als Grundpfeiler für Sicherheit, Frieden und Stabilität

Die WerteUnion misst der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eine große Bedeutung für die Sicherung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, unserer Freiheit und unseres Wohlstandes zu. In einer sich schnell verändernden, multipolaren Welt mit unterschiedlichen neuen Bedrohungslagen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen bekennen wir uns uneingeschränkt zu handlungs- und reaktionsfähigen sowie gut ausgerüsteten Streitkräften. Die WerteUnion sieht die Bundeswehr mit ihrem Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung als integralen Bestandteil der nationalen und internationalen Sicherheitsarchitektur an.

Die WerteUnion bekennt sich zur NATO

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg ist eng verwoben mit ihrer Mitgliedschaft im nordatlantischen Bündnis. In enger Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und den Alliierten in Europa wurde ein lebendiges, starkes und verlässliches Band der gegenseitigen Verteidigung und für Frieden geschaffen, das die Grundlage für die gedeihliche Entwicklung unseres Landes, das kooperative Miteinander auf unserem Kontinent und letztlich für die Überwindung der Teilung Deutschlands und damit Europas bildete. Eine weitere NATO-Osterweiterung schließen wir aus.

Eine Integration deutscher Truppen und Stäbe in die NATO-Kommando- und Streitkräftestruktur sowie die allianzweite Finanzierung von gemeinsamen Projekten wird weiterhin angestrebt, muss sich aber an den nationalen Interessen unseres Landes und seiner eigenständigen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik orientieren.

Verantwortlich für Sicherheit und Verteidigung ist der Verteidigungsminister

Die Felder der Sicherheits-, Militär- und Verteidigungspolitik sind anders als in früheren Jahren nicht mehr voneinander trennbar, sondern vielmehr ineinander verwoben. Insofern ist es für einen modernen, hochkomplexen Staat, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, besser, diese Felder in nur einem Ressort, dem Bundesverteidigungsministerium, zusammenzufassen (bisher Auswärtiges Amt und Bundesministerium der Verteidigung) und die entsprechende Politik dort unter der Aufsicht des Bundeskanzleramts auszuführen.



Ausstattung der Bundeswehr, Zwei-Prozent-Ziel

Die WerteUnion fordert, dass im Haushalt des Deutschen Bundestages genügend Mittel für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden. Die internationalen Verpflichtungen und Zusagen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der NATO sind bindend. Das Zwei-Prozent-Ziel, das auf dem NATO-Gipfel in Wales beschlossen und von Deutschland anerkannt wurde, bildet die Grundlage für die Planung der finanziellen Ausstattung der Bundeswehr und muss in den kommenden Haushalten des Bundes verstetigt werden. Es muss allerdings darauf geachtet werden, dass die Berechnungsgrundlagen für die finanzielle Ausstattung des Einzelplans 14 (Verteidigung) sich an tatsächlichen militärischen Aufwendungen orientiert. Ein „Hineinrechnen“ von Leistungen anderer Ressorts zur Erzielung der 2%-Marke hat zu unterbleiben. Sogenannte „Sondervermögen“, die zukünftigen Generationen eine Schuldenlast aufbürden, lehnen wir ab.

Bundeswehr im Dienst für Frieden und Freiheit

Nach vielen Jahren des „Herumdokterns“ an den Strukturen der Bundeswehr müssen die Streitkräfte wieder in eine wehrfähige, effiziente Organisation überführt werden. Die seit Jahren bekannten Mängel und Defizite müssen durch zügige Maßnahmen der Beschaffung neuen Wehrmaterials ausgeglichen werden. Das aktuelle Beschaffungssystem ist ineffizient. Die zur Beschaffung notwendigen Prozesse müssen deutlich verschlankt werden.

Die andere große Herausforderung ist die personelle Situation bei der Bundeswehr. Die Wehrmotivation muss gefördert und die Akzeptanz der Bundeswehr in der Gesellschaft gesteigert werden. Es müssen starke Anreize geschaffen werden, damit ein Dienst bei der Bundeswehr attraktiv ist und die Wehrfähigkeit gesteigert wird. Neben der Intensivierung von Anwerbung muss geprüft werden, wie eine laufbahnrechtliche Durchlässigkeit in den Streitkräften verbessert werden kann. Zudem ist die Alimentierung des militärischen Dienstes in allen Stufen deutlich anzuheben. Soldaten sollen leichter in den Staatsdienst auf Bundes- und Landesebene integriert werden können. Wir setzen uns für eine Wertschätzung der Soldaten ein.

Wehrpflicht – aber nur in reformierter Ausgestaltung

Dem Prinzip des Staatsbürgers in Uniform zur Landes- und Bündnisverteidigung misst die WerteUnion höchsten Stellenwert zu. Unsere freiheitliche Demokratie ist darauf angewiesen, dass die Bürger selbst Verantwortung übernehmen, um sie vor existenziellen Bedrohungen zu schützen.

Eine Rückkehr zum früheren System der allgemeinen Wehrpflicht der Bundesrepublik ist nicht zielführend. Es gilt zu prüfen, welches System einer Wehrpflicht der Sicherheit der Bundesrepublik und seiner Bürger am besten dient.



Andere Modelle von Wehrpflicht sind genauso zu prüfen wie die Alternative, ein modernes Berufsheer aufzubauen und einen regionalen sowie lokalen Katastrophen- und Heimatschutz mit möglicherweise verpflichtender Bürgerbeteiligung zu entwickeln.

Sollte es zu einer Wiedereinführung einer Wehrpflicht kommen, wollen wir Ausnahmen von der Wehrpflicht bei Nachweis entsprechender Gründe einschließlich der Gewissensprüfung zulassen. Im Fall einer Ausnahme wäre ein Ersatzdienst zu leisten. Frauen sollen grundsätzlich nur freiwillig Wehrdienst leisten. Deutsche Wehrpflichtige sollten nicht ohne deren ausdrückliche Einwilligung im Ausland eingesetzt werden. Wie beim Zeitsoldaten wollen wir auch beim Wehrpflichtigen die Einführung eines „Merit-Systems“ prüfen, das ihm Vorteile bei der Eingliederung in den Staatsdienst bringen könnte.



16. Digitalisierung

Freiheit sichern – Wettbewerbsfähigkeit stärken – Souveränität wahren

Die Verbindung zwischen „Wir wählen die Freiheit“ im Sinne von freiheitlicher Demokratie, Innovation, Entbürokratisierung und Digitalisierung ist für Deutschland von besonderer Bedeutung. Die Digitalisierung fungiert als treibende Kraft für Innovation und eine effizientere Verwaltung, indem sie bürokratische Prozesse vereinfacht und beschleunigt. Weniger Bürokratie eröffnet mehr unternehmerische und individuelle Freiheit, sodass Kreativität und Fortschritt weniger durch administrative Hürden gebremst werden.

Deutschland steht vor der Aufgabe, Digitalisierung, Innovation und den Abbau bürokratischer Hürden strategisch miteinander zu verbinden, um wirtschaftliche Dynamik zu stärken, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Handlungsspielräume zu eröffnen und zugleich einen wirksamen Schutz vor dem unberechtigten Zugriff auf ihre Daten sicherzustellen. Der digitale Wandel ist dabei nicht nur ein technischer Fortschritt, sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Vom öffentlichen Sektor über das Bildungswesen bis hin zur Wirtschaft können digitale Lösungen die Effizienz steigern, Kosten senken und Deutschland im internationalen Wettbewerb flexibler und zukunftsfähiger machen.

1. Digitalisierung als Freiheits- und Fortschrittsprojekt: Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern ein zentrales Instrument zur Stärkung individueller Freiheit, wirtschaftlicher Dynamik und staatlicher Effizienz. Sie ermöglicht den Abbau überbordender Bürokratie, beschleunigt Verfahren und schafft neue Innovationsräume für Bürger, Unternehmen und Verwaltung.

Deutschland muss Digitalisierung, Innovation und Entbürokratisierung konsequent zusammendenken. Nur so lassen sich Wohlstand sichern, Wettbewerbsfähigkeit erhalten und staatliche Handlungsfähigkeit stärken. ist daher eine gesellschaftliche und staatspolitische Aufgabe.

Die WerteUnion bekennt sich zu einer Digitalpolitik, die Freiheit schützt, Verantwortung stärkt und Innovation ermöglicht.

2. Entbürokratisierung durch Digitalisierung: Digitale Verfahren sollen nicht zur Verlängerung analoger Bürokratie führen, sondern diese konsequent ersetzen. Angestrebt wird eine Verwaltung, die schlank, effizient und bürgerorientiert agiert.

Digitale Verwaltungsprozesse als Regelfall; Automatisierte, medienbruchfreie Genehmigungs- und Antragsverfahren; Reduktion von Nachweis- und Meldepflichten



durch vernetzte Register; Einsatz sicherer **digitaler Identitäten (ID)** zur Vereinfachung von Behördengängen.

Um Freiwilligkeit bei der Einführung der digitalen ID praktisch sicherzustellen, fordert die WerteUnion ein verbindliches Diskriminierungsverbot, das keine Benachteiligung von Bürgern, die eine digitale ID nicht nutzen beinhaltet. Eine garantierte analoge Alternative die keine Gebührenaufschläge, keine künstlichen Wartezeiten und keine exklusive digitale Zugangsvoraussetzung beinhaltet. Weiterhin fordert die WerteUnion eine klare Begrenzung der Einsatzfelder, die durch außereuropäische Organisationen entstehen. Dies könnte zum Beispiel durch eine Implementierung einer europäischen universellen Identitätsinfrastruktur, die eine sichere, eindeutige und datensouveräne Nutzung digitaler Identitäten über Sektoren und Länder hinweg ermöglicht erreicht werden. Die Implementierung einer digitalen Identität muss durch eine unabhängige Sicherheitsprüfung und parlamentarische Kontrolle sichergestellt werden.

Weiterhin ist eine transparente technische Umsetzung, z. B. durch den Einsatz vertrauenswürdiger, transparenter und quelloffener Software (Open-Source) notwendig, die regelmäßig evaluiert und ggf. angepasst oder zurückgenommen wird.

Schlussfolgerung zum Einsatz der digitalen ID: Die digitale ID ist kein Zwangsinstrument – aber sie kann zu einem werden, wenn Politik nicht aktiv gegensteuert. Eine freiheitliche Digitalisierung braucht klare Regeln, echte Wahlfreiheit und eine konsequente Orientierung an Bürgerrechten.

Neue Technologien wie automatisierte Workflows, sichere Identitätslösungen und eine transparente Verarbeitung von Daten können den Verwaltungsaufwand deutlich verringern, Kosten reduzieren und das Vertrauen in staatliches Handeln stärken. Gleichzeitig bleibt der Staat jedoch verpflichtet, sicherzustellen, dass allen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ein verlässlicher analoger Zugang offensteht.

3. Innovation und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit: Ein leistungsfähiges digitales Ökosystem ist Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Innovation braucht Freiräume, Planungssicherheit und eine innovationsfreundliche Regulierung.

Unsere Leitlinien: Bürokratiearme Rahmenbedingungen für Start-ups und Mittelstand; Beschleunigte Forschungs-, Entwicklungs- und Genehmigungsprozesse; Stärkung von Schlüsseltechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Industrie 4.0 und datengetriebenen Anwendungen und Zielgerichtete Förderung statt pauschaler Subventionierung. Deutschland muss technologische Entwicklungen aktiv gestalten, um im internationalen Wettbewerb nicht zurückzufallen.

4. Künstliche Intelligenz und Datenschutz – Innovation mit Verantwortung: Künstliche Intelligenz bietet enorme Chancen für Wirtschaft, Verwaltung und



Gesellschaft. Gleichzeitig ist der Schutz personenbezogener Daten unverzichtbar. Die WerteUnion setzt sich für eine **verantwortungsvolle, innovationsfreundliche Regulierung** ein:

Risikobasierte statt pauschaler Regulierung von KI-Systemen; Klare, verständliche und praxisnahe Vorgaben; Vermeidung unverhältnismäßiger Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen; Förderung europäischer KI-Initiativen und Start-ups. Statt „mehr Daten“ zu sammeln, soll die KI-Architektur so gestaltet werden, dass sie **mit weniger personenbezogenen Informationen** auskommt. Wir fordern:

- Personenbezug soll **frühzeitig entfernt werden** (Pseudonymisierung/Anonymisierung)
- KI-Systeme sollen so gebaut werden, dass sie **nur die absolut notwendigen Attribute** verarbeiten
- Synthetische Datensätze können statistisch realistisch sein, ohne reale Personen abzubilden. Damit lassen sich KI-Modelle trainieren, ohne echte personenbezogene Daten zu verwenden
- Daten bleiben lokal (z. B. auf Geräten oder in Behörden), und nur die Modellparameter werden zentral zusammengeführt. So wird Wissen geteilt, ohne dass Rohdaten jemals den Speicherort verlassen.
- Daten oder Ergebnisse werden so „verrauscht“, dass Rückschlüsse auf Einzelpersonen unmöglich werden, während die KI trotzdem Muster erkennt
- Strikte Zweckbindung + Minimierung
- Datenminimierung bedeutet nicht „keine Daten“, sondern:
 - a. nur für einen klar definierten Zweck
 - b. nur so lange wie nötig
 - c. nur in der geringstmöglichen Detailtiefe
- Die Entwickler von KI-Systeme sollen nachvollziehbar dokumentieren, welche Daten sie wofür benötigen. Dadurch lässt sich „Strikte Datenminimierung“ besser durchsetzen
- Regelmäßige Audits verhindern „Datenhunger“ durch technische Hintertüren

KI-Projekte müssen daher präzise begründet werden. Welche Daten sind erforderlich, und welche können reduziert, aggregiert oder anonymisiert werden? Datenschutz muss Innovation ermöglichen, nicht verhindern. Deshalb sind Anpassungen der Datenschutzpraxis notwendig, ohne den Schutz der Bürgerrechte zu schwächen.

Zentrale Prinzipien:

- Datenschutz durch Technikgestaltung („Privacy by Design“);
- Transparenz und Nachvollziehbarkeit automatisierter Entscheidungen;



- Datenminimierung und Zweckbindung; Regelmäßige Überprüfung von KI-Systemen

Eine differenzierte Betrachtung personenbezogener und rein maschinell erhobener Daten kann rechtliche Klarheit schaffen und Innovationshemmnisse abbauen, ohne Datenschutzstandards aufzugeben.

5. Cybersicherheit und Bürokratieabbau zusammendenken: Cybersicherheit ist Grundvoraussetzung digitaler Freiheit und wirtschaftlicher Stabilität. Gleichzeitig darf Sicherheit nicht durch neue Bürokratielasten erkaufte werden.

Unser Ansatz: Automatisierte und KI-gestützte Sicherheitslösungen; Risikobasierte Sicherheitsanforderungen statt Einheitsvorgaben; Einheitliche, verständliche Standards; Zentrale Meldestrukturen für Cyberangriffe.

Digitale Identitäten und moderne Technologien können Sicherheit erhöhen und zugleich Prozesse vereinfachen. Förderprogramme für Cybersicherheit müssen praxisnah, unbürokratisch und insbesondere auf den Mittelstand zugeschnitten sein.

Weitere Anpassungen der DSGVO: Die praktische Wirksamkeit der DSGVO hängt maßgeblich von der Durchsetzbarkeit ab. Die Normen der DSGVO selbst sind stark, aber ihre praktische Durchsetzung für den Bürger hinkt hinterher. Eine wirksame Datenschutzgrundverordnung lebt nicht nur von starken Rechten, sondern von ihrer praktischen Durchsetzbarkeit.

Wir fordern deshalb zum Schutz der Bürger:

a. **Einheitliche, verpflichtende Verfahren für Betroffenenrechte:**

- Es bedarf eines EU-weit standardisierten Verfahrens für Auskunfts-, Lösch- und Berichtigungsanfragen mit Einführung eines verpflichtenden EU-Onlineportals für Betroffenenrechte, einheitlichen Formularen für alle Verantwortlichen, verpflichtender Eingangsbestätigung innerhalb von 48 Stunden und einer transparenten Statusverfolgung für Bürger

b. **Verbindliche Sanktionen bei Fristversäumnissen:** Die DSGVO muss bei Art. 12 ff. automatisch greifen, nicht nur im Ermessen der Behörden

c. **Einführung eines Verzugsmodells:** Jede Woche Fristüberschreitung löst eine pauschale Entschädigung aus; Verantwortliche müssen nachweisen, dass sie fristgerecht reagiert haben (Beweislastumkehr); Pflicht zur Dokumentation aller Betroffenenanfragen

Aufsichtsbehörden modernisieren und stärken: Datenschutzbehörden benötigen ausreichend Ressourcen, Kompetenzen und digitale Infrastruktur.

Maßnahmen: EU-weit verbindliche Mindeststandards für Personal und IT-Ausstattung; Fristen für die Bearbeitung von Beschwerden; Einführung eines digitalen Beschwerde-Trackers für Bürger.



Harmonisierung der Verfahren, um „Behördenlotterie“ zu vermeiden.

Kollektive Rechtsdurchsetzung stärken: Verbände und NGOs müssen Betroffene wirksam vertreten können.

Maßnahmen: Ausbau der Verbandsklagebefugnis nach Art. 80 DSGVO; Einführung von Sammelbeschwerden bei systematischen Verstößen; Staatliche Förderprogramme für Datenschutzorganisationen.

Digitale Werkzeuge für Bürger bereitstellen: Der Staat soll digitale Selbstbestimmung aktiv unterstützen. Dies kann erreicht werden durch Bereitstellung eines offenen Tools, das DSGVO-Anfragen generiert und Fristen überwacht, des Weiteren Browser-Plugins zur Meldung von Datenschutzverstößen sowie K.I.-gestützte Hilfen zur rechtlichen Einordnung von Antworten.

6. Zivilrechtliche Durchsetzung vereinfachen: Betroffene müssen ihre Rechte ohne hohen Aufwand einklagen können.

Maßnahmen: Einführung eines Regel-Schmerzensgeldes bei Verstößen, Online-Klagewege für Datenschutzangelegenheiten vor Amtsgerichten, vereinfachte Beweisregeln für Betroffene.

7. Aufklärung und Transparenz stärken: Datenschutz muss verständlich und präsent sein. Wir fordern u.a. standardisierte Kurz-Hinweise zu Betroffenenrechten bei jeder Datenerhebung, öffentlich finanzierte Informationskampagnen sowie verpflichtende Datenschutz-Schulungen für Unternehmen ab einer bestimmten Größe. Die DSGVO soll nicht nur ein starkes Gesetz sein, sondern ein wirksames Werkzeug.

6. Digitale Bildung und Medienkompetenz: Digitale Mündigkeit ist eine Schlüsselkompetenz moderner Gesellschaften. Digitale Bildung umfasst technische Fähigkeiten ebenso wie kritisches Denken, Datenschutzbewusstsein und Medienkompetenz.

Unsere Ziele: Verankerung digitaler Bildung in allen Schulformen; Vermittlung von Datenschutz-, Medien- und IT-Sicherheitskompetenz; Lebenslanges Lernen für digitale Selbstbestimmung; Praxisnahe Weiterbildungsangebote für alle Altersgruppen.

Eine informierte, medienkompetente Gesellschaft ist widerstandsfähiger gegen Manipulation, Desinformation und digitale Kriminalität.



7. Digitale Infrastruktur als Daseinsvorsorge: Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, soziale Teilhabe und staatliche Handlungsfähigkeit.

Unsere Forderungen: Flächendeckender Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen; Schließung aller weißen Flecken; Beschleunigte Genehmigungsverfahren; Technologieoffene Lösungen auch für schwer erreichbare Regionen.

Internetzugang ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse.

8. Digitale Souveränität und staatliche Handlungsfähigkeit: Digitale Souveränität bedeutet die Fähigkeit, digitale Infrastruktur, Daten und Schlüsseltechnologien selbstbestimmt zu kontrollieren.

Unsere Kernanliegen: Einsatz **offener und transparenter Softwarelösungen** (Open Source) in der Verwaltung; Aufbau interoperabler, europäischer Cloud- und KI-Strukturen; Schutz sensibler Daten vor fremdstaatlichem Zugriff; Förderung offener Hardware- und Softwarestandards; Stärkung europäischer und mittelständischer IT-Wertschöpfung.

Digitale Souveränität ist Voraussetzung für Datenschutz, Sicherheit und politische Unabhängigkeit.

Zusammengefasst steht die WerteUnion für eine Digitalpolitik, die Freiheit sichert, Innovation ermöglicht und staatliche Effizienz stärkt. Digitalisierung muss den Menschen dienen, wirtschaftliche Dynamik entfalten und die Souveränität Deutschlands und Europas sichern.

Mit einer konsequenten Verbindung aus Digitalisierung, Innovation und Entbürokratisierung kann Deutschland zukunftsfähig, wettbewerbsstark und frei bleiben.



17. Kulturpolitik

Nur wer die Geschichte kennt, kann die Gegenwart verstehen

Deutsche Kultur- und Geistesgeschichte mit ihren vielfältigen und über Jahrhunderte gewachsenen Formen genießt als fruchtbare Quelle für neue Entwicklungen bis in die Gegenwart weltweit Anerkennung. Die WerteUnion will die deutsche Kultur- und Bildungslandschaft in ihrer Verflechtung mit Europa und der Welt pflegen. Denn nur wer die eigenen Wurzeln und seine Geschichte in ihrer internationalen Einbettung kennt, kann die Gegenwart verstehen, sie kritisch reflektieren und die erbrachten kulturellen Leistungen achten. Die lebendige Auseinandersetzung mit der Vielfalt der Kultur- und Geistesgeschichte bildet den Nährboden für die Entwicklung eigener zukunftsfähiger Ideen. Und nicht zuletzt bedarf es einer kulturellen Verwurzelung, um die globale Vielfalt der Kulturen wertzuschätzen und mit ihnen in produktive Beziehung zu treten.

Kultur- und Geistesgeschichte schenkt Bewusstsein von Vielfalt

Eine Kultur entwickelt sich in Austausch, Dialog und Verflechtung mit anderen Kulturen. Dabei formt sie sich historisch und regional in je eigenen Färbungen aus, auch wenn es übergreifende Gemeinsamkeiten gibt, die durch Staatenbildung gefördert werden. Gerade die deutsche Kultur lebt von ihrer historischen und ihrer regionalen Vielfalt, der Volkskunst und Bräuchen, die wir bewahren wollen. Aber zugleich hat sie im Laufe der Geschichte eine übergreifende Identität ausgebildet. Sie wurde geprägt durch die Hochsprache, den Alltag strukturierende christliche Konfessionen mit ihren Feiertagen und Symbolen sowie die Einbettung in die europäische Geistes- und Kulturgeschichte mit ihrer ganzen religiösen und weltanschaulichen Vielfalt.

Heute wird diese gewachsene Kultur zunehmend vernachlässigt und aus dem öffentlichen Leben der Gesellschaft verdrängt. Deutschland läuft Gefahr, von seiner eigenen Geistes- und Kulturgeschichte abgeschnitten zu werden. Der Verlust historischen Bewusstseins macht eine Gesellschaft anfällig für Ideologien und totalitäre Steuerung. Dieser Tendenz wollen wir mit unserer Kulturpolitik gegensteuern.

Wir wollen unsere Kultur- und Geistesgeschichte leben

Die WerteUnion sieht eine Gesellschaft, die von der Freiheit des Menschen ausgeht. Der einzelne Bürger ist zur Freiheit berufen, sich selbst und sein gemeinschaftliches Leben mit anderen aktiv zu gestalten. Dieses Menschen- und Gesellschaftsbild ist Ergebnis der europäischen und deutschen Geistesgeschichte. Um eine freiheitliche Gesellschaft mit freien und doch zugleich sozialfähigen Individualitäten verwirklichen zu können, braucht es aktiv gelebte Kultur- und Geistesgeschichte. Kultur stiftet Iden-



tität, Gemeinschaft und Zusammenhalt. Kollektive Identität entsteht vor allem durch Sprach- und Kulturgemeinschaft. Ethische Werte werden nicht nur durch Gesetze, sondern primär durch kulturelle Verbundenheit vermittelt. Eine Gesellschaft teilt ethische Werte, wenn sie kulturelle Werte und kulturelles Leben teilt. Toleranz für andere Kulturen und Religionen darf nicht bedeuten, die eigenen Traditionen zurückzustellen, sondern verlangt vielmehr, Verschiedenheit auszuhalten und sie als Chance für wechselseitige Anregungen zur Weiterentwicklung zu sehen.

Es ist daher eine staatliche Aufgabe, zur Pflege des kulturellen Erbes adäquate rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen sowie eine tragfähige Infrastruktur zu schaffen.

Für eine gesicherte Finanzierung der kulturellen Infrastruktur

Die hochkarätige Kulturlandschaft Deutschlands wird immer weiter durch Kürzungen abgebaut. Bei den Einsparungen wird nicht bedacht, dass Kultur „der geistige Boden“ für „unsere eigentliche innere Überlebensfähigkeit“ (Richard von Weizsäcker) ist und daher genauso wichtig genommen werden muss wie die materiellen Grundlagen unserer Existenz. Die kulturelle Infrastruktur braucht, wie alle anderen Bereiche gesellschaftlicher Existenzsicherung, eine gesicherte Finanzierung ihrer tragenden Institutionen. Dazu zählen neben den Veranstaltungsträgern (Theater, Orchester, Chöre usw.) auch musisch-künstlerische Bildungseinrichtungen sowie Institutionen, welche die deutsche Kultur im Ausland repräsentieren und vermitteln (z. B. Goethe-Institute und Deutsche Historische Institute). Wir wollen den Abbau von Kulturinstitutionen stoppen und unsere Kulturlandschaft wieder stärken. Neben eine staatliche Grundfinanzierung soll ein starkes, privates Mäzenatentum durch steuerliche Förderung und öffentliche Anerkennung treten mit dem Ziel, eine freie Entfaltung des Geisteslebens zu gewährleisten und den Kulturbetrieb möglichst unabhängig von politischen Einflussnahmen zu machen.

Die Kunstfreiheit ist ein hohes und schützenswertes Gut und unverzichtbar in einer freiheitlichen Demokratie. Wir wollen dem Kulturbetrieb umfassende Autonomie für die Ausgestaltung seiner Ziele, Formen und Inhalte geben. Alle staatlichen Kulturförderprogramme sollen so ausgerichtet werden, dass sie keinen ideologischen oder politischen Einfluss auf deren Inhalte nehmen. Um eine freie Kulturentfaltung zu gewährleisten, sollen Mittelvergaben aufgrund künstlerischer Qualitätskriterien und nicht ideologischer Vorgaben erfolgen.

Zusätzlich zu staatlichen Kultureinrichtungen kann und soll sich eine Kulturszene entwickeln, die sich ihre Infrastruktur selbst schafft. Wir wollen deren Arbeitsbedingungen durch rechtliche Rahmensetzungen verbessern, wie zum Beispiel durch Mindeststandards bei Gagen und Honoraren oder auch in der Rente, etwa durch eine Verbesserung der sogenannten Künstlerrente speziell für Geringverdiener.



Geistige Freiheit leben und schützen

Zunehmend werden ideologische Konzepte wie „Diversität“, „Gender Mainstreaming“ und „Klimagerechtigkeit“ zum Bewertungsmaßstab erhoben und drücken ihren Stempel der Kultur auf. Zur Durchsetzung dieser Konzepte werden Bedingungen für Mittelvergaben, vielfältige Formen medialer und auch schulischer Indoktrinierung sowie Druck- und auch indirekte Zensurmaßnahmen eingesetzt. Die Freiheit von Meinung und Wissenschaft in Kunst, Kultur, Bildung und Forschung wird dadurch eingeschränkt. Das Boykottieren (Canceln), Depublizieren sowie das Ausschließen von Plattformen und Abschneiden von Finanzierungsquellen (Deplatforming) aufgrund politischer oder weltanschaulicher Einstellungen muss unterbleiben. Wir lehnen jede Form einer Einschränkung oder Lenkung des Sprachgebrauchs sowie des künstlerischen Ausdrucks durch Gesetze oder Vorgaben ab. Das betrifft vor allem die Gendersprache und die sogenannte „politische Korrektheit“ von Ausdrücken. Der nachträglichen Veränderung von Werken – zum Beispiel durch Streichung oder Umformung zur Anpassung an den Zeitgeschmack –, die nicht auf Initiative des Urhebers selbst erfolgt, treten wir entgegen.

Kultur bewahren und daraus Inspiration für Fortschritt schöpfen

Die Kultur eines Landes manifestiert sich in allen Bereichen, die von Menschen gestaltet werden, nicht nur in den sogenannten „schönen Künsten“ wie Literatur, Musik und Bildhauerei. Sie zeigt sich auch in der Wissenskultur, Industriekultur, Baukultur, Filmkultur, Sport- und Spielkultur. Deutschland hat in allen diesen Gebieten Hervorragendes geleistet und leistet dies auch weiterhin. Wir wollen unser kulturelles Erbe in seiner Gesamtheit bewahren, weiterentwickeln und daraus Inspiration für zukünftigen kulturellen und gesellschaftlichen Fortschritt schöpfen.